

Siedlung und Wirtschaft

Zeitschrift für den wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Ostens

Mitteilungsblatt der Ostpreussischen Heimstätte, Brandenburgische Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft Oberschlesien, Schlesische Heimstätte, Heimstätte Grenzmark, Pommerische Heimstätte und des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften, Bezirksverband Ostpreußen.

Herausgegeben von Wilhelm Schlemm und Dr. Ferdinand Reumann unter Mitarbeit von

Oberpräsident a. D. Prof. Dr. h. c. von Batocki / Direktor Beder / Oberregierungsrat Dr. Boß / Ministerialdirektor Bollert / Universitätsprofessor Dr. Brud / Regierungs- und Landeskulturrat Dr. Dietrich / Verwaltungsrechtswissenschaftler von Gruner / Privatdozent Dr. Hellwig / Diplom-Landwirt Dr. Hühns / Direktor Dr. Immenkötter / Landeskulturdirektor Dr. Kurig / Universitätsprofessor Dr. Lang / Direktor Linneke / Generaldirektor Nabolng / Regierungsbaumeister a. D. Roste / Professor an der Handelshochschule Dr. Dr. Schaaf / Ministerialdirektor a. D. Universitätsprofessor Dr. Schneider / Professor a. d. T. H. Hannover Dr. Wetterlein

13. Jahrg. in der Folge des Ostpreussischen Ostens

Januar 1932

Heft 5

Rechtfertigen Deutschlands wirtschafts- und sozialpolitische Verhältnisse eine verstärkte Förderung der ländlichen und vorstädtischen Siedlung?

[Hilfsfrage hierzu S. 10.]

von Dr. Hans Wagner, Berlin.

Die Periode der betonten Befriedigung des reinen Wohnbedürfnisses dürfte mit dem Jahre 1931 endgültig abgeschlossen sein. Eine neue Periode beginnt sich anzubahnen, die Periode der bevorzugten Befriedigung des Landbedürfnisses unseres Volkes. Siedlung ist der letzte Notschrei eines in seinen Grundfesten erschütterten Volkstörpers, Siedlung ist die Lösung des Tages. Und es ist, psychologisch gesehen, auch ein äußerst erfreuliches Zeichen eines immer noch gesunden Kernes der Nation, daß sich gerade im Zeitpunkt einer wirtschaftlichen und kulturellen Entwurzelung der Drang zur eigenen Scholle zu einer Volksbewegung entwickeln konnte. Eine gewalttätige Unterdrückung dieses Gefühls könnte nicht scharf genug gebranntmarkt werden. Das soll aber den in Zeiträumen von Jahrzehnten denkenden Wirtschaftspolitikern nicht abhalten, durch den Sachleier einer heimatlichen Hoffnungslosen Gegenwart hindurch die Gestaltung des zukünftigen Wirtschaftsbildes zu erforschen. Und gerade weil ähnlich wie im Wohnungsbau auch auf dem Gebiete der Siedlung die öffentliche Subventionierung eine nicht unerhebliche Rolle spielt und spielen wird, scheint es geboten zu sein, rechtzeitig die Frage aufzuwerfen, ob diesmal der Kapitalstrom in die richtigen Bahnen geleitet wird, wenn er in den Dienst einer großzügigen Stadt- und Land-siedlung gestellt wird. Wir wissen, daß der Wohnungsbau in den Jahren 1924—1930 Kapitalinvestitionen in Höhe von $16\frac{1}{2}$ bis $17\frac{1}{2}$ Milliarden

(nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturfor-schung) erfordert hat, d. h. von der gesamten Nominalkapitalbildung innerhalb Deutschlands im Verlauf der Jahre 1924 bis 1928 hat der Wohnungsbau ca. 30% absorbiert. Daß diese langfristigen Investitionen bei der Kapitalknappheit Deutschlands uns heute, abgesehen von den Kapitalverlusten, und den ersten Nebenercheinungen auf dem Baumarkt außerordentliche Schwierigkeiten und Kopfschmerzen bereiten, ist allgemein bekannt, und sollte Grund genug sein, ehe man die Landnehmerbewegung übersteigert, zu prüfen, ob auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen eine besondere öffentliche Förderung der städtischen und ländlichen Siedlung rechtfertigen.

Wenn man diese Voraussetzungen erfassen und zergliedern will, muß man von vornherein zwei Vorgänge unterscheiden. Der eine, der den Menschen zum Produzenten für den offenen Markt stempelt, der ihn im Rahmen der Gesamtwirtschaft in den Sektor der Landwirtschaft eingliedert, wird gekennzeichnet durch den landläufigen Begriff der ländlichen Siedlung, der andere, der ihn zum Produzenten für die geschlossene Hauswirtschaft, zum Selbstversorger entwickeln will, ohne ihn aus seiner bisherigen oder augenblicklichen Berufstätigkeit herauszunehmen, ist in die Praxis unter dem Namen Stadtrand-siedlung eingegangen. Diese Scheidung der beiden Maßnahmen nach dem Zweck der produktiven Tätigkeit, nach ihrem haupt-

oder nebenberuflichen Charakter, weist uns die Blickpunkte, von denen aus wir an die Betrachtung der Dinge herangehen müssen.

Wenn sich heute in den Maßnahmen der ländlichen Siedlung der gemeinsame Wunsch aller politischen Fronten bis einschließlich zur Sozialdemokratie offenbart, den aus dem industriellen Produktionsprozeß herausgeschleuderten Arbeitnehmer zum selbständigen Besitzer einer Halb- oder Vollbauernstelle „herauf“, und unter dem Gesichtspunkt der marxistischen Klassenkampfbildung gesehen, „heraus“ zu klassifizieren, dann müssen hierfür schon außerordentlich gewichtige Gründe vorliegen, Gründe, die aus dem Erkenntnis wichtiger Strukturveränderungen der Wirtschaft für dauernd, zum mindesten für nicht absehbare Zeit hergeleitet werden. Und diese Gründe liegen einmal in der Entwicklung unserer Produktionspotenz und zum anderen in der Gestaltung unseres Arbeitsmarktes.

Es ist, als im Laufe des Jahres 1929 nach einem durch gesunde Krediterschöpfung hervorgerufenen Konjunkturaufschwung die Krise sich deutlich abzuheben begann, viel über die Frage diskutiert worden, ob durch die nach der Inflation einsetzende Rationalisierung und Technisierung unseres Produktionsapparates eine dauernde, konjunkturmäßig nicht bedingte Freisetzung von Arbeitskräften ausgelöst worden ist. Weil die Antwort auf diese Frage nach der einen oder anderen Seite hin für die Urteilsbildung über die Zweckmäßigkeit der beruflichen Umschichtung des Industriearbeiters zum Bauern außerordentlich wesentlich ist, ist der Versuch unternommen worden, durch Gegenüberstellung der Produktions- und Belegschaftsziffern in den verschiedensten Industriezweigen ein einwandfreies Bild zu gewinnen.

Am deutlichsten zeigen sich uns die Folgen der Rationalisierung und Technisierung in der Rohproduktion. Wenn auch im Steinkohlenbergbau die Zahl der beschäftigten Personen im Jahre 1928 — dieses Jahr ist gewählt worden, weil ab 1929 die Krisenerscheinungen einsehen — gegenüber 1913 um 5,5% gestiegen ist, so ist doch auf der anderen Seite die Produktion von 140 753 000 auf 150 860 000 Tonnen, also um ca. 7,7%, 1929 und 1930 sogar um je 10% gestiegen. Im Ruhrgebiet liegen die Verhältnisse sogar noch schärfer. Eine Spezialuntersuchung, die Dr. Friedrich Elshoff in den „Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Siedlung und Wohnungswesen an der Universität Münster“ angestellt hat, entnehmen wir, daß im Jahre 1929 im Verhältnis zu 1913 in der Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenindustrie einer 9%igen Zunahme der Förderung eine 12%ige Abnahme der Belegschaft gegenüberstand. Verständlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß nach Angaben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ruhrgebiet im Jahre 1925 48%, im Jahre 1926 67% und im Jahre 1927 sogar 83% der Förderung durch Maschinenarbeit gewonnen wurden, während 1913

der Anteil nur 2,2% betrug. Dieser Freisetzungspitze hat nun 1928 nicht etwa seinen Stillstand gefunden, von Oktober 1929 bis Oktober 1930 stieg vielmehr nach einer Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung die Leistung je Mann und Schicht im Ruhrbergbau und im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau um je 9,7%. „Es ist also“, so schlussfolgert das I. f. K., „anzunehmen, daß menschliche Arbeitskräfte im größeren Umfang durch maschinelle Gewinnungsmethoden ersetzt worden sind“. Nicht anders liegen die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau. Die Belegschaft stieg von 1913 bis 1928 um 24%, die Produktion dagegen um 90%, da die Förderung immer mehr auf die am günstigsten arbeitenden Betriebe zusammengelegt und, wo irgend möglich, zur elektrisch betriebenen Großraumförderung übergegangen wurde. Grundlegende technische Umstellungen sind im Kokerereisenerfolg, insbesondere seit 1927. Die Ersetzung der Abhängeöfen durch Regenerations- und Verbundöfen bewirkte zwar eine Steigerung der Produktion an Koks um ca. 10%, aber gleichzeitig auch eine Verminderung der Belegschaft um ebenfalls ca. 10% (1913 zu 1928). Die Fabrikation von Steinkohlenbriketts nahm um 14%, die Zahl der Beschäftigten um 18% ab, dagegen nahm die Braunkohlenbrikettfabrikation um 83% zu, neue Arbeitskräfte aber nur 44% mehr auf. Ja selbst im Eisenerzbergbau, wo verhältnismäßig unbedeutende (im Siegerland staatlich subventionierte!) Rationalisierungen vor allem auf dem Gebiete der elektromagnetischen Aufbereitung durchgeführt wurden, stand einer 14%igen Senkung der Produktionsziffer eine 33%ige Freisetzung von Arbeitskräften des Vergleichsjahres 1913 gegenüber. Noch schlimmer ist das Verhältnis in der Blei-, Silber- und Zinkproduktion. Neue Aufbereitungsmethoden und das amerikanische Flotationsverfahren ermöglichten eine Steigerung der Produktion um 11% unter Abstoßung von 38% der im Jahre 1913 Beschäftigten. Im Schwefel-erzbergbau, der nach dem Kriege steigende Bedeutung für die chemische Industrie gewann und in der Produktionsziffer um ca. 30% höher liegt als 1913, hat die Beschäftigtenzahl nicht einmal um 9% zugenommen. Geradezu horrend sind die Rationalisierungserfolge in der Kalkindustrie, wo bei 151%iger Produktionssteigerung ein Nachlassen der Beschäftigtenziffer um 36% zu verzeichnen ist. In der eisenhaltigen Industrie bietet sich uns ein ähnliches Bild. Die Hochofenwerke erhöhten ihre Produktion um 8,2%, die Belegschaftsziffer ging um 25% zurück. Die Flußstahlwerke stiegen 13%, ihrer Leute ab, erhöhten aber ihre Produktion um 21%. Die Walzwerke gaben 3,2% der Arbeitskräfte frei und steigerten ihre Produktion um 10%. In der Papierindustrie ist weniger die große Papiermaschine als Rationalisierungsmaßnahme anzusehen als die Neben-, Hilfs- und Ergänzungsvorgänge der Produktion, die denn auch trotz 31%iger Steigerung der Produktion nur 16% mehr Arbeitskräfte dem

Es soll hier in den Streit der Statistiker, ob überhaupt und wann das deutsche Volk in den sogenannten Gleichgewichtszustand treten wird, nicht eingegriffen werden. Wir lehnen es auch ab, diesen Gleichgewichtszustand hinzunehmen als ein Naturgesetz, als göttliche Auswirkung des freien Spiels der Kräfte. Denn es ist kein freies Spiel der Kräfte, wenn man bewußt und überlegt die Fortpflanzung unterbindet und dadurch glaubt, der Freisetzung von Arbeitskräften begegnen zu können. Adolf Hitler sagt an einer Stelle seines Buches „Mein Kampf“: „Wer dem deutschen Volke das Dasein sichern will auf dem Wege einer Selbstbeschränkung seiner Vermehrung, raubt ihm damit seine Zukunft.“ Und darum wollen wir den Opfern der Rationalisierung nicht durch negative Maßnahmen einer angeblich „humanen“ Selbstbeschränkung helfen, sondern durch ein positives Bejahen der ländlichen Siedlung. Denn sie ist nicht nur das Überlaufpolder für die industrielle Expansion, sie ist auch die Grundlage für das biologische Wachstum des deutschen Volkes. Sie ist die konstruktive Idee gegen die Zersekung von Geist und Körper.

Dieses Bekenntnis zur ländlichen Siedlung hat aber noch einen agrarpolitischen Hintergrund. Trotz unserer schlechten Devisenlage und trotz unserer landwirtschaftlichen Absatzkrise ist es noch im ersten Halbjahr 1931 möglich gewesen, für 642 416 000 Mark Nahrungs- und Genussmittel einzuführen, die auch im Inland erzeugbar sind; und zwar:

Für 112 064 000.—	RM. Butter
101 808 000.—	„ Eier
76 025 000.—	„ Obst
49 596 000.—	„ Weizen
58 697 000.—	„ Fische
62 907 000.—	„ Küchengewächse
51 462 000.—	„ Schmalz und Talg
37 768 000.—	„ Fleisch und Fleischwurst
32 506 000.—	„ Süßwaren
26 436 000.—	„ Futtermittel
33 147 000.—	„ Käse

Sa.: 642 416 000.— RM.

Bei einer Gesamteinfuhr von 3,7 Milliarden Mark sind das rund 18%. Bei vollster Würdigung der an sich im Augenblick äußerst komplizierten und verworrenen landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzverhältnisse sollte man sich doch auch in den Kreisen, die diesen Zustand für richtig und sogar noch ausdehnungsbedürftig halten, darüber klar sein, daß man mit diesem Dumping ausländischer Waren ja weniger den Großgrundbesitzer, als gerade den Bauern und Kleinbauern trifft. Es ist verfehlt zu glauben, man könnte durch ein Hereinlassen billiger Auslandswaren die zum Teil weit höheren Inlandspreise herunterdrücken. Wenn der Hühnerfarmer das Ei

mit 2 Pfg. unter den Gefühungslosten verkaufen muß, weil er die Futtermittel sehr teuer einzukaufen gezwungen ist, dann darf ich nicht den Markt den billigen Auslandsfuttermitteln öffnen in der Annahme, damit die Rentabilität der Hühnerfarm zu gewährleisten, muß vielmehr den Markt abriegeln, um die hohen Futtermittelpreise sich dahin auswirken zu lassen, daß die dadurch angeregte Mehrproduktion zu einer Senkung des Inlandspreises führt. Erst dann kann ich wieder den Markt dem Ausland öffnen. Befeichte ich nämlich den anderen Weg, dann ruiniere ich mir systematisch jeden Produktionszweig, weil ich ihm nicht die Möglichkeit gebe, Atem zu schöpfen. Man wendet gegen dieses Autarkietreiben, gegen dieses nationale Wirtschaftssystem im östlichen Sinne von gegnerischer Seite immer ein, daß wir bei unserer hohen Auslandsverschuldung darauf angewiesen sind, unseren Markt offen zu halten, um als Äquivalent dafür unsere eigenen Waren absetzen zu können. Es bleibe dahingestellt, ob das richtig wäre, aber es steht ja außerhalb jeder Diskussion, weil, wo wir hinblicken in Europa, ein Wall von Zollmauern uns entgegensteht, an dem eben von vornherein jeder künftige Versuch, im gleichen Umfange wie bisher auszuführen, zerfallen wird. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre, wie glauben sich denn die Gegner einer autarken, zollgeschützten Produktion die Abwehr gegen das inflationsbedingte Dumping Englands und der an das Pfund angehängten Länder? Nein, nicht durch Überschwemmung mit Auslandswaren sollen wir die überhöhten Agrarpreise senken, sondern durch Erhöhung der Produktion im Wege über die ländliche Siedlung. Das dadurch entstehende Mehrangebot drückt die Preise am schnellsten herunter. Eigenartigerweise ist es gerade Herr Dr. Saabe, der sozialdemokratische Agrarfachverständige, der in seiner „Schweinefibel“ sehr instruktiv dieses Gesetz vom fallenden und steigenden Anreiz zur Produktion bei hohen und niedrigen Preisen dargestellt hat. Ziehen wir daraus die logische Konsequenz und folgen wir den übrigen europäischen Staaten, indem wir die Grenzen schließen. Gerade unsere Auslandsverschuldung zwingt uns, alle Möglichkeiten zur Erreichung der Autarkie auszunutzen, und das in erster Linie auch im Interesse einer gesunden Zellenbildung der ländlichen Siedlung. Völlig anders liegen die Voraussetzungen und Gründe für die Stadtrand siedlung. Handelt es sich bei der ländlichen Siedlung um die Fürsorge für die Opfer der Rationalisierung und Technisierung, also um die Beseitigung eines chronischen Strukturfehlers, so bei der Stadtrand siedlung um die Fürsorge für die Opfer der konjunkturbedingten Wirtschaftskrise, mit anderen Worten um die Behebung eines nur akuten Mißstandes. Hier daher nebenberufliche, dort hauptberufliche Tätige, hier Selbstversorgung, dort Marktbeflieferung. Und mit den

Ursachen sind auch die Gründe andere, die bei der ländlichen Siedlung wirtschaftspolitischer, bevölkerungspolitischer und agrarpolitischer, bei der Stadtrand-siedlung dagegen finanzpolitischer und vor allem ethischer Natur sind.

Wenn die Reichsregierung von ihren spärlichen Etatmitteln zunächst ein halbes Jahr lang monatlich 12 Millionen Mark auswirft, um hierdurch jede Stadtrand-siedlerstelle mit 2500 RM fördern zu können, dann tut sie das in der Erwartung, eines Tages dem arbeitslosen Nebenerwerbs-siedler den Wert der von ihm auf der Siedlerstelle erzeugten Nahrungsmittel von seiner Erwerbslosen-unterstützung abziehen zu können, und unter dem Gesichtspunkt der kommenden Entlastung des Reichs-etats versucht sie, vor der Öffentlichkeit das Gesicht eines Grundstücks mit einem kleinen Häuschen an den Arbeitslosen zu rechtfertigen. Ohne diesen Gedankengängen ihre grundsätzliche Berechtigung absprechen zu wollen, scheint mir doch in diesem Falle Aufwand und Ertrag vom Standpunkt des fiskalischen Sädels nicht genügend aufeinander abgestimmt worden zu sein. Hätte sich nicht der gleiche Erfolg erzielen lassen, wenn man sich darauf beschränkt hätte, den Arbeitslosen Land zu schenken und evtl. noch einen kleinen Einrichtungskredit von 200.— bis 300.— RM dazu, wie es ja die Richtlinien des Reichskommissars für vorstädtische Siedlung in beschränktem Umfang auch vorsehen? Man brauchte das Land ihnen nicht einmal zu schenken, man konnte die Bezahlung davon abhängig machen, daß sie wieder dauernde Beschäftigung haben. Der Nutzeffekt würde wohl sicherlich der gleiche sein, und der Kapitalaufwand der öffentlichen Hand ein und wesentlich geringerer. Selbst dann, wenn man noch wesentlich geringerer. Selbst dann, wenn man noch jeder Siedlerkolonne einen gartenbautechnischen Fachberater zur Seite gestellt hätte! Man wird erwidern, daß die Trennung von Wohnung und Siedlerstelle, vor allem bei langen Entfernungen ungünstig für den Siedler ist. Die Entfernungen werden aber im Regelfalle garnicht so groß sein, denn die Aniehung muß sich stets innerhalb der Grenzen des kommunalen Selbstverwaltungskörpers abspielen, da die ländlichen Nachbarkommunen die Aufnahme Erwerbsloser in ihr Territorium aus finanzieller Sorge vor etwaigen Wohlfahrtslasten berechneter ablehnen. Die finanzpolitisch-erfahrungsgemäß ablehnen. Die finanzpolitischen Gründe sprechen also eher gegen eine systematische und großzügig ausgearbeitete Förderung des Kleingartenwesens, hat bestimmt den gleichen Nutzeffekt bei unergleichlich geringerem Kostenaufwand. Und das sollte bei der Finanzanlage Deutschlands heute doch auch mitsprechen! Die Wohlfahrt ist wohl etwas übersteigert.

Es bleibt zu prüfen, ob die ethischen Gesichtspunkte so hoch zu werten sind, daß man die finanzpolitischen Bedenken zurückstellen muß. Diese Frage ist ohne Einschränkung zu bejahen

unter einer Voraussetzung: Daß es keinen anderen Weg gibt, der besser und billiger ist, als der der Stadtrand-siedlung. Das aber muß verneint werden, weil uns die Erfolge, die der Jungdeutsche Orden mit seinen Berufen auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes in Sachsen erzielt hat, endlich den Mut geben sollten, in Deutschland wenigstens vorübergehend die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Man glaubt human zu sein, und ist in Wirklichkeit grausam genug anzusehen, wie Tausende durch jahrelange Beschäftigungslosigkeit zu geistiger Stupidität herunter-sinken, durch Untätigkeit zur Untat geführt werden, nur um ja nicht das heiligste Menschenrecht der Selbstbestimmung zu verlieren. Mit 6 × 12 Millionen RM kann man 28.800 Stadtrand-siedler ansetzen, oder 200.000 Arbeitslose sechs Monate im Arbeitsdienst unterbringen, und dabei ipart man dann noch die Unterstü-tigungs-sätze von 2.— RM pro Tag, die die Arbeitslosenversicherung beim freiwilligen Arbeitsdienst zu zahlen pflegt.

Und schließlich noch ein drittes und letztes Argument gegen die Stadtrand-siedlung. In dem Rund-erlaß, mit dem der Reichs-siedlungskommissar die Richtlinien an die Länder begleitet, heißt es, im Interesse der Beispielswirkung seien nur große, massierte Projekte einzulassen. Es muß offen gesagt werden, daß der entgegengesetzte Weg richtiger gewesen wäre. Schon an sich mit ihrem Schicksal habende Menschen auch noch zu massieren in Pri-mitobehauungen, die gar bald ihre gemeinsame Unzufriedenheit erregen werden, erscheint doch gerade in der heutigen Zeit reichlich gewagt. Der entgegengesetzte Weg, der zwangsweise in die 60.000 Gemein-den Deutschlands unter 2000 Einwohnern je 10 bis 15 Arbeitslose in Einquartierung gegeben hätte unter ganz bewußter Aufhebung des Grund-rechtes der Freizügigkeit, die Mussolini sich auch nicht scheut hat aufzugeben, das wäre psychologisch und wirtschaftlich sicher gefünder gewesen und hätte auch eine organische Überleitung des städtischen Arbeiters über den Ueberbürger zum vollwertig gebildeten Bauern schaffen können.

Damit kehren wir zum Ausgangspunkt dieser Ausführungen zurück, und wiederholen die Frage: Haben ländliche und vorstädtische Siedlungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse ein Recht darauf, bevorzugt aus der Masse des öffentlichen und privaten Sparkapitals befriedigt zu werden oder nicht? Und wie diese Frage abzulehnen ist für die Stadtrand-siedlung als übersteigerte Wohlfahrt und untaugliches Mittel einer psychologischen Entlastungskampagne, so bejahen wir sie für die ländliche Siedlung als Ausdruck eines gesunden, nationalen Autarkie-strebens, als Ventil für eine industrielle Überexpansion und als Antithese gegen die These vom Bevölkerungsgleichgewicht.

Arbeitslosigkeit, Siedlung und der künftige Bevölkerungstillstand

von Regierungsrat Dr. Karl Wagner, Berlin.

Der Verfasser läßt zwei Probleme, die für die Berechtigung seiner Schlussfolgerungen von maßgebender Bedeutung sind, absichtlich ungelöst, nämlich die für die Aufnahme der in vermehrtem Umfange erzeugten Verbrauchsgüter notwendige Erhöhung der inländischen Kaufkraft oder der Ausfuhr und die gleichfalls notwendige Einfuhrnahme auf die Bevölkerungsentwicklung. Nach beiden Richtungen kommt der Siedlungstätigkeit eine große Bedeutung zu. Dies ist in den beiden kürzlich erschienenen und in diesem Heft besprochenen Schriften „Arbeitslosigkeit und Siedlung“ herausgegeben vom „Deutschen Archiv für Siedlungs-wesen“ und Wolkenweber „Ländliche Siedlung und Bevölkerung“ nachgewiesen. Aber dennoch sind die Ausführungen des nachstehenden Aufsatzes für die Siedlung, insbesondere für die Art der Siedlung von großem Interesse.

Die Schriftleitung.

Die Massenarbeitslosigkeit hat dem Siedlungs-gedanken in der letzten Zeit wieder einen starken Auftrieb gegeben. Man geht dabei von der Auf-fassung aus, daß mindestens 1 bis 2 Millionen Er-werbslose keine Aussicht haben, jemals wieder in den industriellen Produktionsprozeß eingegliedert zu werden. Es müßte ihnen daher eine andere Existenz verschafft werden. Das könne vor allem dadurch ge-schehen, daß man diesen Überschuß an Menschen-material als Siedler auf der heimischen Scholle ansieht.

Diese Überlegungen bergen aber m. E. für eine Wirtschaftspolitik auf weite Sicht große Gefahren in sich, wenn dabei der Wandel der Bevölkerungs-struktur nicht vorausschauend berücksichtigt wird. Deutschlands Bevölkerung wird voraussichtlich schon im kommenden Jahrzehnt, etwa um 1945 herum, ihren höchsten Stand erreichen und dann nicht mehr weiter wachsen. Bei der Beurteilung der bisherigen und künftigen Wirtschaftsentwicklung ist nun folgendes von ausschlaggebender Bedeutung: Wachsende Be-völkerung erfordert steigende Kapitalbildung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für den Zuwachs an Erwerbstätigen und neuer Wohnungen für den Zu-wachs an Haushaltungen, bei gleichbleibender Be-völkerung werden diese zufälligen Ineffizienzen in weitgehendem Maße überflüssig. Es genügt im allgemeinen, die vorhandenen Arbeitsplätze und die vorhandenen Wohnungen zu erhalten bzw. zu erneuern. Es ist also eine geringere Kapital-bildung erforderlich als bei ständig wachsender Be-völkerung. Wir können uns dann leisten weniger zu sparen und mehr zu verbrauchen als bisher. Es tritt eine grundsätzliche Wendung in der ganzen Wirtschaftsentwicklung ein: Einschränkung der langfristigen Investi-tionen einerseits, Steigerung der Kon-sumtion andererseits. Das bedeutet auch eine Umstellung unserer ganzen Wirtschaftsstruktur. Wir brauchen weniger Produktionsmittel zu erzeugen und können uns in verstärktem Maße der Erzeugung von Verbrauchsgütern zuwenden. Die Verbrauchs-

güterindustrien wachsen rascher als die Produktions-mittelindustrien, während bisher die Entwicklung umgekehrt verlaufen ist. Sobald wir das erkannt haben, werden wir auch das Gespenst der Dauers-arbeitslosigkeit zu bannen wissen. Wir werden es dadurch bannen, daß wir die Menschen, die wir bis auf weiteres für die Erzeugung von Produktions-mitteln nicht mehr brauchen können, zur Steigerung der Erzeugung von Verbrauchsgütern verwenden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird dabei im Endeffekt kaum eine nennenswerte Zahl von Arbeitslosen abfordern können. Der Löwenanteil wird auf die Steigerung der Verbrauchs-gütererzeugung in der Industrie bei gleichzeitiger Herabsetzung der durchschnittlichen Arbeitszeit ent-fallen müssen.

Eine solche Umstellung vollzieht sich für gewöhnlich nicht von heute auf morgen, natürlich auch nicht so schematisch, wie ich sie hier umrissen habe. Mit welcher Wucht dieser Umstellungsprozeß sich tatsächlich aber bereits angebahnt hat, darf ich an Hand der Bevölkerungsentwicklung kurz veranschaulichen.

Stellen wir uns die Bevölkerungsentwicklung als einen mächtigen Strom vor, dessen Verlauf wir von der Quelle bis zur Mündung beobachten können. Die Ergiebigkeit der Quellen des Stromes stellt die Zahl der jährlichen Geburten vor. Den Oberlauf des Flusses bilden die Kinder bis zu 15 Jahren, den Mittellauf die Erwachsenen von 15 bis 65 Jahren, den Unterlauf die Greise über 65 Jahre. Die Ein-mündung in das Meer der Ewigkeit soll als Symbol der Zahl der jährlichen Sterbefälle gelten. Je reich-lischer die Quellen fließen, desto stärker wird nach und nach der ganze Strom. Er zeigt das Bild eines kräftigen Wachstums. Beginnt die Ergiebigkeit der Quellen nachzulassen, so merkt man das zunächst nur im Oberlauf des Stromes; denn er ist dann nicht mehr so stark wie früher. Im Mittel- und Unterlauf merkt man davon noch nicht das geringste. Im Gegenteil, das allmähliche Heranwachsen der Kinder aus geburtenfreudigeren Epochen führt den Mittellauf des Bevölkerungstromes immer noch steigende Scharen von Erwachsenen zu. Als weitere Folge davon schwillt später auch die Zahl der Greise im Unterlauf immer mehr an und schließlich ergießt sich in das Meer der Ewigkeit eine steigende Flut von Sterbefällen. Es geht gewissermaßen wie einige Zeit nach einem Vollenbruch, wo der Unterlauf des Stromes immer noch gewaltiges Hochwasser aufweist, während im Quellgebiet sich die Wasser-massen längst verlaufen haben.

Überblicken wir den deutschen Bevölkerungstrom der Gegenwart, so erhalten wir folgendes Bild. Die Quellen fließen weit schwächer als vor dem Krieg. Während im letzten Vorkriegsjahrzehnt innerhalb des heutigen Reichsgebietes alljährlich etwa 1,8 Millionen Kinder geboren wurden, sind

es im Durchschnitt der letzten Jahre nur noch etwa 1,1 Millionen. Infolge des Geburtenausfalles während des Krieges und des starken Geburtenrückganges nach dem Krieg ist auch der ganze Oberlauf des Stromes bei weitem nicht mehr so stark wie früher. Wir hatten im Jahre 1930 rund 4,5 Millionen Kinder weniger als 1910. Der Mittellauf des Stromes ist von diesen Vorgängen noch völlig unberührt. Er trägt noch unverändert die Merkmale eines fräftigen Wachstums, einer ständigen Verbreiterung. Die Zahl der Erwachsenen hat von 1910 bis 1930 um nicht weniger als 10 Millionen zugenommen. Auch im Unterlauf des Stromes ist schon eine erhebliche Verstärkung zu beobachten. Aber der Hauptansturm zum Greisenalter ist noch nicht eingetreten. Und gar an der Mündung des Bevölkerungstromes herrschen noch Verhältnisse, die sich nur aus weit zurückliegender Zeit, so etwa um 1870 herum und noch früher, erklären lassen, als das deutsche Volk an Zahl nur etwas mehr als halb so groß war wie heute. Infolgedessen ist auch die Zahl derer die sterben müssen, einstuweilen noch verhältnismäßig gering.

Wie schließt sich dieses Bild der Gegenwart an die Vergangenheit an und wie wird es in Zukunft weitergehen? Vor dem Krieg zeigte unser Volkswachstum das Bild eines fräftigen Wachstums. Die Zahl der Kinder bis zu 15 Jahren hat von 1870 bis 1910 um 8 Millionen zugenommen, die Zahl der Erwachsenen zwischen 15 und 65 Jahren um 15 Millionen. Die Entwicklung der Greisen-schicht darf ich der Einfachheit halber hier unberücksichtigt lassen. Die gesamte Bevölkerung wuchs von 41 Millionen im Jahre 1871 auf 65 Millionen im Jahre 1910. Auch ohne daß ich den Versuch mache, hier nähere Berechnungen anzustellen, zeigen diese Zahlen zur Genüge, daß sich aus einem solchen Zuwachs an Kindern und Erwachsenen ein starker Auftrieb für die gesamte Wirtschaft ergeben mußte. Es wuchsen ständig neue Scharen von Verbrauchern heran, deren Versorgung eine ständige Erweiterung des gesamten Produktionsapparates notwendig machte. Der gesamte Bevölkerungszuwachs hat in Industrie und Handel Arbeit und Brot gefunden, während die Landwirtschaft ihren Bevölkerungsstand nur knapp behaupten konnte. Der Aufbau des industriellen Produktionsapparates, den Deutschland zur Gewinnung und Erhaltung gewerblicher Güter nach den heimischen Bedarf und für die Ausfuhr nach fremden Märkten unterhält, ist im wesentlichen erst im Laufe der letzten 50 Jahre erfolgt. Das charakteristische Merkmal der deutschen Industrieentwicklung in der zurückliegenden Epoche ist demgemäß der rasche Aufschwung der Produktionsmittelindustrien. Das Vordringen der Produktionsmittelindustrien setzte in Deutschland bald nach der Reichsgründung ein. Damals waren in der Produktionsmittelindustrie 1,9 Millionen Menschen beschäftigt, in den Verbrauchsgüterindustrien 3,5 Millionen. Die Verbrauchsgüterindustrien waren also nahezu doppelt so stark

wie die Produktionsmittelindustrien. Kurz vor Kriegsausbruch hatten die Produktionsmittelindustrien die Verbrauchsgüterindustrien bei einem Stande von etwa 5,6 Millionen Beschäftigten eingeholt und sie bis zum Jahre 1925 mit einer Belegschaft von 6,5 Millionen bereits beträchtlich überflügelt. Die Steigerung der motorischen Arbeitskräfte ist durchweg sehr erheblich gewesen. Die Kraftmaschinenleistung in den Produktionsmittelindustrien übertrifft aber die der Verbrauchsgüterindustrien um fast das Dreifache.

Auf eine andere etwas sinnfälligere Form gebracht, bedeutet diese Entwicklung, daß fortlaufend neue industrielle Arbeitskräfte für den Zuwachs an Erwerbstätigen und neue Wohnungen für den Zuwachs an Haushaltungen geschaffen werden mußten. Unter dem Begriff „Arbeitsplatz“ soll der gesamte industrielle Produktionsapparat verstanden werden, Fabriken, Maschinen, Elektrizitätswerte usw., also was der Mensch langfristig investieren muß, um die Rohstoffe gewinnen und weiter verarbeiten zu können. Unter dem Begriff „Wohnung“ soll schlagwortartig alles das verstanden werden, was der Mensch langfristig investieren muß, um wohnen zu können, also nicht nur die Herstellung von Wohnungen als solche, sondern auch deren Versorgung mit Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerten, die Versorgung mit Schulen für die Kinder, mit Verwaltungsgebäuden, Polizeistationen, Kinos usw., kurz alle diejenigen langfristigen Kapitalinvestitionen, die im Gefolge des Wohnungsbaues mehr oder minder zwangsläufig sind.

Sowohl die Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen wie die Herstellung neuer Wohnungen hängt ausschlaggebend nicht von der Kinderzahl, sondern von der Zahl der Erwachsenen ab. Die Kinder verursachen zwar Aufzucht-kosten, beanspruchen aber noch keinen Arbeitsplatz. Auch der Wohnungsbau richtet sich nicht nach der Kinderzahl, sondern nach den von den Erwachsenen gegründeten Haushaltungen.

Wir hatten also in den vier Jahrzehnten vor dem Krieg einen Zuwachs von 8 Millionen Kindern und 15 Millionen Erwachsenen. In der Nachkriegszeit hat sich diese Entwicklung teils in verstärktem Tempo fortgesetzt, teils völlig geändert. Statt Zuwachs an Kindern haben wir allein in den zwanzig Jahren von 1910 bis 1930 einen absoluten Rückgang der Kinderzahl um 4,5 Millionen. Erinnern wir uns nun an das Bild unseres Bevölkerungstromes. Von dem was im Oberlauf vor sich geht, merkt man weiter unten noch nichts. Im Gegenteil, die Zahl der Erwachsenen schwillt in einem geradezu beispiellosen Ausmaße weiterhin an. Wir haben in diesen zwanzig Jahren einen absoluten Zuwachs von 10 Millionen Erwachsenen, d. i. zwei Drittel des Zuwachses von 40 Vorkriegsjahren. In Wirklichkeit ist das Ausmaß des Zuwachses noch größer als diese Zahlen veranschaulichen. Denn der 15-Millionen-Zuwachs vor dem Kriege bezieht sich auf das alte Reichsgebiet, der 10-Millionen-Zuwachs kurz vor, während und nach dem Krieg auf das verkleinerte neue Reichsgebiet. In Wirklichkeit ist daher

das Verhältnis etwa wie 13,5 Millionen in 40 Jahren zu 10 Millionen in 20 Jahren.

Wie kann man diese Zahlen wirtschaftspolitisch und allgemeinpolitisch betrachten? 10 Millionen Erwachsene mehr bedeuten zunächst den brutalen Zwang, im Sturmtempo neue Arbeitsplätze für etwa sieben Millionen Erwerbstätige und neue Wohnungen für etwa 4,5 Millionen Haushaltungen zu schaffen. Dieses Sturmtempo fällt überdies in der Hauptsache mit stürmischen Zeiten zusammen, da mehr als $\frac{1}{2}$ des erwähnten Zuwachses an Erwerbstätigen auf die Kriegs- und Nachkriegszeit entfallen. Krieg und Inflation türmen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten aufeinander. Als wir endlich dazu kommen, unseren Wirtschaftsapparat wieder aufzubauen, laßen auf uns neben völlig anomalen Kapitalbedürfnissen der Wirtschaft zu allem Überfluß auch noch die politischen Zahlungen. Man wird daher gerechterweise zugeben müssen, daß auch bei noch so genialer Wirtschaftsführung der Wirtschaftsdagen nur unter schwerem Akzen und Knarren hätte vorwärts gebracht werden können.

Heute befinden wir uns aber in einer Sackgasse. Die Kapazität der Erzeugung ist so groß, daß unter den bisherigen Arbeits- und Verbrauchsgewohnheiten nicht entfernt daran gedacht werden kann, den gewaltigsten Produktionsapparat, den Deutschland je besessen hat, in voller Tourenzahl laufen zu lassen. Trotzdem warten viele immer noch auf den üblichen Ausweg aus der Krise, auf die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit. Aber es ist ein resigniertes Warten. Denn neue Investitionstätigkeit könnte nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeuten und davon haben wir einstuellen ja übergenug.

Wird da wenigstens die Zukunft eine Änderung bringen? Meine Ausführungen werden vielleicht den Eindruck einer gewissen Einseitigkeit machen. Ich habe mich aber mit voller Absicht auf das Bevölkerungsproblem beschränkt. Ich bin mir dabei durchaus bewußt, daß die wirtschaftliche Entwicklung von anderen Momenten oft noch viel entscheidender beeinflusst wird, seien es umwälzende Erfindungen und technische Neuerungen, seien es große Kolonisierungsaufgaben oder seien es die Wertezerstörenden Kriege. Bei einem Blick in die Zukunft können wir diese Dinge nicht mit Sicherheit in Rechnung stellen. Wir wissen weder, wann der nächste Krieg kommt; noch wissen wir, welche Erfindungen wir noch machen werden. Im Gegensatz dazu können wir aber die Bevölkerungsentwicklung, die der deutschen Wirtschaftsentwicklung bisher den entscheidenden Auftrieb gegeben hat, schon eine ganze Reihe von Jahrzehnten, allermindestens aber für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte klar überblicken^{*)} und müssen daraus die Konsequenzen ziehen.

^{*)} Vgl. Band 401 der „Statistik des Deutschen Reichs“, Teil II, Anhang „Ausblick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung im Deutschen Reich“. Bei gleichbleibender Geburtenzahl wie im Jahre 1927 würde die Bevölkerung des Deutschen Reichs im Jahre 1960 mit 69 $\frac{1}{2}$ Millionen

Zunächst also wieder einige Zahlen. Während wir von 1910 bis 1930 einen Zuwachs von 10 Millionen Erwachsenen verzeichnen konnten, sind von 1930 bis 1950 nur noch 2,5 Millionen zu erwarten. Gleichzeitig geht die Kinderzahl um 1,5 Millionen zurück. Ein objektiver Bedarf an zusätzlichen Investitionen ist also von der Bevölkerungsseite her nur noch in bescheidenem Ausmaß zu erwarten. Schon etwa von 1945 ab hört der von der Bevölkerungsseite ausgehende Zwang zu zusätzlichen Investitionen so gut wie ganz auf. Nur der Wohnungsbau hat bis dahin noch vieles aufzuholen, aber auch das hört nach 1950 fast ganz auf. Wir erreichen damit theoretisch einen für die Geschichte Deutschlands entscheidenden Kulminationspunkt unserer Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. Wir kommen zu einem stagnierenden Bevölkerungsstand mit einem stagnierenden Bestand an Arbeitsplätzen und an Wohnungen. Der Umfang der zu Investitionszwecken erforderlichen Kapitalbildung hängt dann nur noch davon ab, wie weit der vorhandene stagnierende Produktionsapparat einer Erneuerung und Verbesserung bedarf oder inwieweit durch neu auftommende Bedürfnisse der vorhandenen stagnierenden Bevölkerung eine Erweiterung des Produktionsapparates erforderlich wird. Man braucht deshalb nicht gleich den Untergang jeglicher Betätigungslust und ein Verkrüppeln der wirtschaftlichen Tätigkeit in trüber Stagnation zu befürchten. Aber eins dürfte feststehen: Der brutale Zwang zur zusätzlichen Investition, der sich aus der ständigen Bevölkerungszunahme bisher ergab, kommt unweigerlich in Fortfall. Ebenso unweigerlich tritt ein anderer Zwang heroor: entweder allgemein weniger zu arbeiten oder allgemein mehr zu verbrauchen. Wahrscheinlich werden wir beides zugleich tun, sobald wir wieder Herr über unsern Produktionsapparat geworden sind.

Theoretisch erreichen wir den geschilderten Zustand auf Grund der Bevölkerungsentwicklung erst in etwa 1 $\frac{1}{2}$ Jahrzehnten. Praktisch sind wir schon mitten drin, weil die Entwicklung des Produktionsapparates weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Durch die überflürzte Ausweitung unseres Produktionsapparates in den Jahren 1924 bis 1928 ist der Umfang von der langfristigen Entwicklungstendenz unserer Wirtschaft außerordentlich beschleunigt worden. Wir haben unseren Produktionsapparat vielleicht schon

ihre größte Höhe erreicht. Dieser Fall ist jedoch, wie seitens des Statistischen Reichsamts bemerkt wird, mehr von theoretischem Interesse, da mit einem Gleichbleiben der Geburtenzahl praktisch nicht zu rechnen ist. Ausgehend von der rückläufigen Bewegung der Geburtenintensität der Jahre 1922 bis 1927 würde der Höchststand der Bevölkerung bereits im Jahre 1945 mit 67,7 Millionen erreicht werden. Dieser Entwicklungsfall ist erheblich wahrscheinlicher. Zu beachten ist im übrigen, daß die Entwicklung der Zahl der Erwachsenen über 15 Jahre während der nächsten einhalb Jahrzehnte von der Gestalt der Geburtenziffer unabhängig ist, da die in Frage kommenden Jahrgänge bereits geboren sind.

auf den Stand gebracht, der für die stationäre Bevölkerung der Zukunft erforderlich ist. Ein objektiver Bedarf an zusätzlichen Investitionen ist gegenwärtig, abgesehen vom Wohnungsbau, kaum vorhanden und ist auch in den kommenden Jahren nur in weit geringerem Ausmaß als bisher zu erwarten. Zwei völlig konträre Entwicklungstendenzen prallen mit unerhörter Wucht aufeinander. Fast ohne jeden Übergang wird der in der Nachkriegszeit ins Riesenhafte gesteigerte Zwang zur Investition von einem nahezu völligen Zusammenschrumpfen des Investitionsbedarfes abgelöst. Der Zwang zur Umstellung unseres Wirtschaftsgebarens im Sinne einer scharfen Einschränkung der Investitionen und einer starken Steigerung der Konsumtion ist bereits da und übertreibt sich einstweilen in sogenannter Dauerarbeitslosigkeit.

Ob wir uns diesem Zwange etwas früher oder etwas später fügen werden, ist eine politische Frage, die hier nicht zu erörtern ist.

Jedenfalls sind wir heute mitten in der Umstellung auf eine stagnierende Bevölkerung mit stagnierendem Produktionsapparat. Wir haben nur noch die Wahl, entweder weniger zu arbeiten oder mehr zu verbrauchen. Gegenüber dieser Alternative ist die Dauerarbeitslosigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung, auch wenn sie noch 5 oder 10 Jahre dauern sollte. Demgemäß werden sich auch alle Maßnahmen, die von dem Glauben an die „dauernde“ Dauerarbeitslosigkeit ausgehen, in 5 oder 10 Jahren als verfehlt herausstellen.

Damit komme ich zur Siedlungsfrage. Ich gehe also bei der Siedlungsfrage von dem Gedanken aus, daß wir, dem Zwang unserer Bevölkerungsentwicklung gehorchend, spätestens 1940 die Dauerarbeitslosigkeit überwunden und gleichzeitig eine wesentlich bessere Lebenshaltung als bisher erreicht haben werden. Wie muß das auf die bis dahin geschaffenen Siedlungsstellen der verschiedensten Arten wirken?

Die Schaffung von Kleingartenstellen mit teilweiser Selbstversorgung, ist als sofortige, wenn auch ganz bescheidene Hilfe nur zu begrüßen. Der alte Heimstättengedanke lebt mit verstärkter Kraft wieder auf. Der Inhaber bleibt, falls er Arbeit hat, weiterhin hauptberuflich als Arbeiter tätig. Der Garten gibt ihm eine kleine Nebenbeschäftigung. Besonders für den Arbeitslosen ist der Besitz eines solchen Gartens immer noch besser als gar nichts. Auch bei einem Wiederansteigen der Konjunktur wird der Garten als angenehme Beigabe empfunden werden, sei es, weil es Freude bereitet, selbst seinen Kohl zu bauen, sei es um eine Sandkiste nach der Kinder oder um einen Erholungsplatz nach der Arbeit zu haben. Weder Fehlleitungen von Kapital noch enttäuschte Hoffnungen sind hier zu befürchten.

Demgegenüber will die vorstädtische Kleinsiedlung den eigentlichen kleinsten Arbeiter schaffen. Dieser kleine Siedler soll ausreichend erhalten, um nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern darüber hinaus auch noch in gewissem Ausmaß für den Markt liefern zu können.

Nach wie vor soll er aber — d. h. nach Überwindung der Krise — großstädtischer Arbeiter bleiben, wenn auch nur mit verkürzter Arbeitszeit. Er soll so zu sagen, drei Tage lang Arbeiter und drei Tage lang Gärtner oder Bauer sein. Im Notfall soll der Mann zeitweise auch ohne industrielle Arbeit existieren können. Vom Standpunkt der augenblicklichen Verhältnisse aus gesehen, mag eine solche Lösung als glücklich erscheinen, auf längere Sicht bedeutet sie nur Zehleilung von Kapital und enttäuschte Hoffnungen. Sobald wir uns dazu entschlossen haben werden, die sogenannte Dauerarbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und spätere Steigerung des Verbrauchs zu liquidieren, wird der Halb- und Halb-Siedler die Landarbeit wieder aufgeben, da sein Einkommen als Industriearbeiter ihn zur Ausschöpfung dieser zusätzlichen Einkommensquelle nicht mehr zwingen wird. Das ist umso sicherer zu erwarten, als er mit seiner Produktion ohnehin kaum auf dem Markt konkurrenzfähig sein wird. Die Steigerung der Quantität, insbesondere unserer Gartenbauerzeugung, kann ausländische Qualität einfach nicht verhindern. Eine Steigerung der Qualität kann aber nur der geschulte Gärtner und der hauptberufliche Bauer erreichen.

Die Förderung von Vorkieblungen, also die Schaffung von regulären Bauernstellen ist ursprünglich nicht als Heilmittel gegen die Dauerarbeitslosigkeit gedacht. Selbst wenn es aber gelingen sollte, in wenigen Jahren 100000 neue Vorkieblernstellen zu schaffen, würde das an dem Bestand von 1 bis 2 Millionen Dauerarbeitslosen nichts ändern. Für die Förderung dieser eigentlichen Siedlungsstätigkeit sprechen aber vor allem ernährungs-, bevölkerungs- und nationalpolitische Gründe. Die Beurteilung der zukünftigen Aussichten der bäuerlichen Siedlung läuft also auf eine Beurteilung der zukünftigen Aussichten des Bauerntums überhaupt hinaus. Die Schaffung und Erhaltung eines gesunden Bauerntums ist aus bevölkerungspolitischen Gründen für unser Volk mehr und mehr eine Notwendigkeit, wobei man allerdings nicht vergessen darf, daß die bäuerliche Fortpflanzungskraft allein unser Volk auch nicht am Leben erhalten kann. Die Fähigkeit des Bauern, nahe an seiner Scholle festzuhalten, wird ihn wohl auch in Zukunft, ebenso wie bisher, davor bewahren, die Landarbeit gegen die Industriearbeit einzutauschen. Er wird aller Voraussicht nach auch seinerseits mit einer wesentlichen Steigerung der Lebenshaltung rechnen können. Sollte die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Märkte sich, wie es einstweilen den Anschein hat, in verstärktem Tempo fortsetzen, dann steigen dadurch die Erzeugnisse des heimischen Bodens im Kurs. Andererseits wird die Steigerung unserer industriellen Produktionskraft es uns gestatten, auch dem Bauern seine Arbeit durch fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft weit mehr als heute zu erleichtern.

Eine andere Frage ist allerdings, ob nicht eine rationalisierte Großlandwirtschaft dem Bauerntum in Zukunft wieder Konkurrenz machen wird, falls der deutsche Bauer sich nicht technisch und geistig auf einen ganz anderen Stand hinaufarbeitet als heute. Unter diesem Gesichtspunkt könnte es zweckmäßiger sein, das vorhandene Bauerntum zum höchsten Maß der Leistungsfähigkeit zu erziehen, anstatt immer neue primitive Bauernstellen zu schaffen, die sich nur unter großen persönlichen Opfern erhalten können. Im übrigen ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das, was auf dem Wege der Siedlung an Arbeitslosen aus dem Arbeitsmarkt herausgenommen wird, auf der anderen Seite durch Freisetzung von Landarbeitern wieder dem Arbeitsmarkt zugeführt wird. In den letzten fünf Jahren sind mehrere Hunderttausend landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch die Mechanisierung der Landwirtschaft freigesetzt worden. Die Siedlungstätigkeit hat demgegenüber kein ausreichendes Gegengewicht eingesetzt. Dabei hat die Mechanisierung der Landwirtschaft bei uns zweifellos noch lange nicht ihr Höchstmaß erreicht. Grundsätzlich bin ich also nicht gegen die bäuerliche Siedlung, kann mich aber gegenüber einer Forcierung dieser Siedlungsart einer gewissen Skepsis nicht erwehren. Einen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit kann ich darin auf keinen Fall erblicken.

Die langfristigen Entwicklungstendenzen, die unsere Wirtschaftsentwicklung auf Grund der Bevölkerungsentwicklung vorgezeichnet sind, müssen jedenfalls auch bei der Beurteilung der Siedlungslagen im Auge behalten werden. Der Sinn dieser Entwicklung ist m. E.

Massensiedlung gegen Erwerbslosigkeit Neue Ziele — neue Wege

von Reg.-Baumeister a. D. Walter Proschwitz, Magistratsbaurat in Königsberg i. Pr.

Dieser Aufsatz enthält die Grundgedanken eines Vortrages, den der Verfasser am 12. Januar 1932 in der siedlungswissenschaftlichen Monatszusammenkunft der Ostpreussischen Heimstätte hielt. Der Gedanke, die in der Untätigkeit der Erwerbslosen und dem zu ihrer Unterstützung aufgewendeten Kapital verlorengeliebende Energie in irgend einer Form zur Schaffung von volkswirtschaftlichen und der Kaufkraft der Bevölkerung entsprechenden Diensten nutzbar zu machen, verdient auch nach unserer Meinung jede Unterstützung. Daß es aber richtig ist, diese Energie lediglich in die vom Verfasser vorgeschlagene Form der Kleinsiedlung zu überführen, wurde in der dem Vortrag nachfolgenden Debatte mit Recht bestritten. Es muß vielmehr eine planmäßige Verbindung dieser Bestrebungen mit der gesamten Siedlung und der gesamten Wirtschaft herbeigeführt werden. Wir geben den Ausführungen hier Raum, ohne jedoch zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen.

Die Schriftleitung.

I.

Von der theoretischen Behandlung des Erwerbslosenproblems ist nicht viel zu erwarten. Sie erstirbt,

bis auf weiteres, daß wir uns bewußt auf eine Einschränkung der Inflation und Auswertung der Konsumtion umstellen müssen, um durch diese strukturelle Änderung unseres Wirtschaftsgebarens die sog. Dauerarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Allerdings ist auch diese Entwicklungstendenz nicht von ewiger Dauer. Ich habe ihre allgemeinen Linien absichtlich schematisch betrachtet, um sie klar herausarbeiten zu können. Wir müssen natürlich mit Gegenenden rechnen, und zwar gerade auch aus der Bevölkerungsentwicklung heraus. Unsere Bevölkerungszahl wird nach 1945, wahrscheinlich nicht wie ich der Einfachheit halber unterstellt habe, stabil bleiben, sondern voraussichtlich eine Zeit lang abnehmen. Gleichzeitig wird die Zahl der arbeitsunfähigen Greise immer mehr anwachsen. Wir werden uns daher vielleicht in nicht all zu ferner Zeit wieder erneut darauf einstellen müssen, mehr zu investieren und weniger zu verbrauchen, weil der Mangel an arbeitsfähigen Menschen eine gesteigerte Ausrüstung der Wirtschaft mit maschinellen Arbeitskräften erfordert. Es kann allerdings auch sein, daß wir diesen Mangel durch Wiedererhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit oder durch ausländische Arbeiter ausgleichen, wie das Frankreich in großem Ausmaß gemacht hat. Gerade diese Zukunftsperspektiven zeigen übrigens, daß von struktureller Dauerarbeitslosigkeit dann erst recht keine Rede sein kann. Die Erörterung der weiteren Frage, ob wir später aus eigener Kraft auf einem niedrigeren Stand der Bevölkerungszahl wenigstens verharren oder gar zu einem Wiederaufleben der Geburtenziffer kommen werden, würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten.

wie mir erscheint, in den Fingern der Statistiker und der Wirtschaftstheorien. Auch die Verwaltungswissenschaft wird mit ihr nicht fertig. Diese läuft sich in den Gassen und Gäßchen der Geleise, Verordnungen, Vorschriften und Bestimmungen tot. Es sei daher einmal einem praktischen Ingenieur das Wort hierzu gestattet, der vielleicht mehr gewohnt ist, bei seiner Arbeit auf die Grundgesetze der Natur- und Lebenskräfte zurückzugreifen.

Wenn der Statistiker uns beweist, daß die Erwerbslosigkeit infolge der natürlichen Bevölkerungsbewegung in 20 bis 25 Jahren verschwinden sein wird, und daraus dann schließt, daß man also gar keine besonderen Maßnahmen gegen sie zu ergreifen braucht, so heißt das doch, etwas vergörbert: In 20 bis 25 Jahren sind die überzähligen Eier doch alle tot, also wozu sich noch viel Mühe mit ihnen machen. Da kann der gesunde Menschenverstand nicht mit. Auch ist dabei vergessen, daß die in Frage kommenden Abhilfemaßnahmen in sehr starkem Maße die Eigenschaft haben, die Bevölkerungsbewegung

zu beeinflussen und damit allen derartigen Prophezeiungen die Grundlage zu entziehen. Und wenn der Wirtschaftler sich aus Furcht vor neuen Fehlinvestitionen zu gar keinen Maßnahmen entschließen kann, so übersieht er, daß das Brahliegen der in den Millionen von Erwerbslosen stehenden Arbeitskraft die schlimmste Fehlinvestition ist, der man überhaupt verfallen kann. Diese letzte Behauptung hat schon fast ihre Berechtigung bezüglich der reinen materiellen Geldsummen, die den Staat der Lebensunterhalt der Erwerbslosen kostet. Wie viel mehr aber enthält er schicksalsschwere Wahrheit, wenn man die auf dem Spiele stehenden seelischen Werte einbezieht! Also fort mit Indolenz und tatenlosem Zusehen! Hier kann nur mannhaftes, wohl überlegtes, aber tatkräftig durchgeführtes Handeln helfen.

Ich gehe von der in der Nachwelt fast allgemein als richtig anerkannten Überlegung aus, daß ein erheblicher Prozentsatz der jetzigen Erwerbslosigkeit durch die Strukturänderung der Wirtschaft bedingt ist und als Dauererwerbslosigkeit bestehen bleiben wird, wenn nicht geeignete Abwehrmaßnahmen dagegen gefunden werden. Der Ausgleich würde durchweg zu kürzerer Arbeitszeit führen. Wie man im vorigen Jahrhundert im Laufe der Zeit von dem 16-Stunden-Tag über den 12-, 10-, 9-Stunden-Tag zum jetzigen 8-Stunden-Tag gelangt ist, so würde jetzt eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit auf etwa 6 Stunden möglich sein. Wir sind heute infolge der Fortschritte der Technik in stände, mit der etwa sechsstündigen täglichen Arbeitszeit der industriellen Arbeiterschaft den gewaltigen Apparat der deutschen Industrie zu betreiben. Diese ungemaine Erleichterung unserer Lebensführung haben wir der Maschine zu danken. Und wir würden dabei wahrscheinlich ebenso gut und ausreichend leben können wie vor 1914, wenn nicht das wirtschaftliche Mißgeschick des Krieges dazwischen läge, der mit seinen Folgeerscheinungen ganz ungeheure Mengen der in Form von Kapital in der ganzen Welt aufgespeicherter potentieller Energie zerstört oder in nicht gebrauchsfähige Formen der Energie übergeführt und daneben die wirtschaftliche Konstellation zu Ungunsten gerade Deutschlands geändert hätte.

Tatsächlich können wir also zur Zeit die sechsstündige Berufsarbeit nicht so hoch bezahlen, daß jeder davon ausreichend leben kann. Da bietet sich aber von selbst die Abhilfe, daß dann eben jeder neben seiner sechsstündigen Berufsarbeit noch seinen Garten wird bebauen müssen, um bezüglich der einfachsten Lebensmittel und möglichst auch bezüglich seiner Wohnung Selbstversorger zu werden und dadurch mit weniger Bargeld auszukommen. Das ist auch durchaus nichts Neues, sondern ist diejenige Lebensform, die vor 150 Jahren noch allgemein, auch bei den geistigen Berufen, üblich war und es

heute noch in vielen kleinen Städten ist. Hierbei würde dann gleichzeitig ein größerer Prozentsatz der Bevölkerung wieder in Verbindung mit der Scholle gebracht und infolge intensiver Bearbeitung des Bodens die inländische Ernährungsbasis verbreitert werden.

Das Ziel ist also: Bekämpfung nicht nur der akuten, sondern vor allem auch der strukturellen Erwerbslosigkeit durch die Kleinsiedlung, die sich im weiteren Verlauf zu einer Kurzschichtensiedlung ausgestalten muß, wie sie schon lange von mancher Seite vorgeschlagen ist und auf die in letzter Zeit wieder die Denkschrift der technischen Spitzenverbände an den Reichsiedlungskommissar hingewiesen hat.

So aufgefaßt ist der Kleinsiedlungsplan des Reiches ein wirklich produktiver Vorschlag zur Hebung unseres Elends und daher nach den vielen nur die Einschränkung der Wirtschaft bewirkenden Maßnahmen aufs freudigste zu begrüßen. Es ist aber bisher nicht gelungen, für seine praktische Durchführung eine Lösung zu finden, die sowohl bezüglich der bautechnischen Solidität des zu Schaffenden wie bezüglich der Quantität der zu gewinnenden Siedlerstellen ein befriedigendes Ergebnis erwarten läßt. Zur Lösung dieser Aufgabe soll die vorliegende Arbeit einen Beitrag liefern.

Beides, sowohl Solidität wie Quantität, sind in erster Linie davon abhängig, daß die zur Siedlung gehörigen Bauten, also sowohl Hausbauten wie Straßens- und Entwässerungsanlagen usw. sehr stark verbilligt werden. Die bisher einzige Verbilligungsmöglichkeit ist der freiwillige Arbeitsdienst. Dieser hat aber große Mängel, vor allem sind es die bürokratischen Hemmungen, die eine Entwicklung des Siedlungswertes in dem erforderlichen großen Umfang ganz unmöglich machen. Hier legt mein Vorschlag ein, indem er eine viel weitergehende Verbilligungsmöglichkeit aufzeigt, die ohne wesentliche verwaltungsmäßige Schwierigkeiten sich in großem Umfange durchführen läßt und ohne große Geldinvestitionen, ohne Schädigung der noch bestehenden freien Wirtschaft die Möglichkeit zu einem Siedlungswert auf ganz breiter Basis und zur Schaffung von sehr umfangreichen produktiven Werten gibt.

Dieser Vorschlag läuft im wesentlichen darauf hinaus, die in den Wohlfahrtsverwerbslosen brach liegende Arbeitskraft zu mobilisieren. Da diese in den Wohlfahrtsämtern der Städte zusammengefaßt sind und betreut werden, da außerdem die Städte in ihren Bauämtern die zur Bewältigung großer Bauaufgaben geeigneten Organisationen zur Hand haben, so liegt es nahe, als Träger dieses Siedlungswerkes zunächst die Gemeinden ins Auge zu fassen. Der Gesamtplan wird aber noch einseitiger gestaltet werden, wenn die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften und Siedlungsträger an dieser Aufgabe als Treuhandsstellen oder auch als Träger mitwirken.

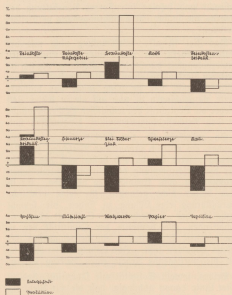


Abbildung zum Artikel „Rechtfertigen Deutschlands ortschafts- und sozialpolitische Werkstätten eine veredelte Förderung der ländlichen und vererblichen Siedlung“ Seite 135–137.

Die Kernpunkte meines Vorschlages sind nun folgende:

1. Anzuchtren ist die Schaffung von Kleinsiedlungsstellen in großem Umfange, wobei jede Stelle ein Wohnhaus und Stallung für Kleinvieh erhält. Dabei ist zunächst an die Unterbringung von Erwerbslosen gedacht. Eine solche Erwerbslosenstelle erhält etwa 2 Morgen Land. Gleichzeitig hat dies Siedlungswert der als notwendig erkannten allgemeinen Umstellung auf Gartenbau neben der Berufstätigkeit zu dienen und somit die Erwerbung von Siedlerstellen durch Erwerbstätige zu ermöglichen. Diese Stellen erhalten nur etwa $\frac{1}{2}$ Morgen Land.
2. Ausführung der Bauten durch die jetzigen Wohlfahrts-erwerbslosen. Radikale Verbilligung durch weitgehende Ausschaltung des Kostenfaktors „Arbeitslohn“ aus dem Endprodukt, nicht nur für die eigentlichen Bauarbeiten sondern vor allem auch für die Baustoffe. Verminderung des Baraufwandes durch systematische Indienststellung vorhandener, zur Zeit unbenutzter Produktionsmittel für das Siedlungswerk.
3. Ausführung sämtlicher Bauarbeiten mit regelrechten Baukolonnen in systematischem Baubetrieb unter Oberleitung des Städtischen Bauamtes (bzw. der sonstigen Siedlungsträger)

unter Einordnung der verfügbaren Arbeitskräfte nach ihrer Vorbildung und Eignung.

4. Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsunterstützung, weil diese individuell arbeitet und damit die geringst möglichen Unterstützungssätze gewährleistet. Zuzuschuß lediglich für bessere Verpflegung der Arbeitenden und für erhöhten Verschleiß von Kleidung und Schuhzeug.
5. Erweckung und Erhaltung der Arbeitsbereitschaft dadurch, daß jeder der Arbeitenden am Schluß einer Arbeitsdienstzeit von etwa 3 Jahren eine Siedlerstelle und zwar frei von Zins- und Rentenlasten zu Eigentum oder in Erbpacht erhält. Die Erwerbskosten, bzw. die kapitalisierte Erbpachtrente, sind innerhalb der dreijährigen Arbeitszeit von vornherein abgearbeitet (s. S. 170).
6. Um das Siedlungswerk zu ganz weiter Auswirkung zu bringen, wird gefordert, daß die Teilnahme daran allen Volksgenossen ermöglicht wird, nicht nur den Erwerbslosen und Kurzarbeitern, wie das die Richtlinien des Reichs-Siedlungskommissars vorsehen.

Zur Klarstellung meines Vorschlages führe ich im folgenden ein Beispiel durch und behandle dabei unter II. nacheinander:

1. die Organisation,
2. die bautechnischen Forderungen,
3. die bautechnische Lösung,
4. die Kosten,
5. die Finanzierung.

Dabei sind meine Ausführungen zunächst auf die Unterbringung der Wohlfahrts-erwerbslosen als der im Vordergrund stehenden Frage zugeschnitten. Wie auch die übrigen Erwerbslosen und noch Berufstätigen in einfacher Weise in das Siedlungswerk einbezogen werden können, wird unter III. kurz behandelt. Hier werden dann weiterhin noch einige grundsätzliche und allgemein erläuternde Bemerkungen über das Siedlungswerk angefügt.

II. Durchgeführtes Beispiel.

1. Organisation.

Der Einfachheit der Darstellung wegen sei hier angenommen, daß die Ausführung des Siedlungswertes den Gemeinden übertragen wird. Diese rufen zur freiwilligen Meldung von Siedlungsinteressenten auf, die sich zunächst nur aus Wohlfahrts-erwerbslosen zusammensetzen sollen. Bei Überangebot werden die geeignetesten ausgesucht. Die ausgewählten Personen werden zu Siedlungsgemeinschaften zusammengeschlossen. Jede Gemeinschaft arbeitet nach einem gemeinsamen Arbeitsplan unter strenger, sachverständiger Leitung. Jedes Gemeinschaftsmitglied hat eine bestimmte Anzahl von Stunden täglich, z. B. 8 Stunden, die ihm zugewiesene Arbeit zu leisten, deren Qualität natürlich überwacht wird. Da die Leute überhaupt nicht satt zu essen haben, erhält jeder auf seiner Arbeitsstelle eine einfache, aber reichliche und kräftige Mittags-

mahlzeit geliefert, ferner zu Frühstück oder Besper warmen Kaffee oder Tee und 1 Pfund Brot pro Tag. Dafür werden ihm pro Arbeitstag 0.50 Mk. von seiner Unterstüfung abgezogen. Soweit diese Summe für das in Massenverpflegung gelieferte Essen nicht ausreicht, wird Reichszuschuß gewährt. Für Herstellung und Instandhaltung von Kleidung und Schuhzeug, die bei der Arbeit starkem Verschleiß unterliegen, werden der Siedlungsgemeinschaft Schneider und Schuster zugeteilt, für den Einkauf der Stoffe wird ein Reichszuschuß ausgekehrt. Sämtliche Mitglieder der Siedlungsgemeinschaft, auch die Schneider, Schuster und anderen Handwerker, erhalten nur ihre um 50 Pfg. pro Mann und Arbeitstag gekürzte Unterstüfung, dagegen keinen sonstigen Vorklohn. Die eigentliche Vergütung für die in der Siedlungsgemeinschaft geleistete Arbeit besteht vielmehr darin, daß jeder nach Ableistung einer bestimmten Arbeitszeit von z. B. 3 Jahren Anspruch auf Zueweisung eines Siedlungsgrundstücks hat. Dieses wird am besten als Eigentum zugeteilt, evtl. genügt auch Erbpacht.

Nehmen wir an, die Gemeinschaft sei 300 Mann stark. Das Mittag wird in gemeinsamer Küche gekocht, die Rohstoffe hierzu werden gemeinsam eingekauft. Dann wird also eine gewisse Anzahl von Personen für Zubereitung und Verteilung der Speisen und Aufrechterhaltung des Küchenbetriebes benötigt. Eine andere Gruppe von beispielsweise 5 Schneidern und 5 Schustern hat dauernd für die Instandhaltung der Kleidungsstücke und des Schuhwerks zu tun. Weitere Kräfte werden für Schreibarbeiten usw. benötigt. Insgesamt mögen 20 Personen für die Aufrechterhaltung des inneren Gemeinschaftsbetriebes erforderlich sein. Dann bleiben 280 Mann für die Außenarbeiten: Bau der Siedlungshäuser, der erforderlichen Straßen, Dränagen und Entwässerungsanlagen, elektrischen Leitungen und der übrigen Aufschließungs- und Folgearbeiten. Alle diese Arbeiten werden nach gemeinsamem Plan durch zweckmäßig zusammengestellte Baukolonnen in regelrechtem Baubetrieb hergestellt. Es baut also nicht etwa jeder an seinem eigenen Hause. Das wäre zu unwirtschaftlich. Die Häuser werden in derselben Gegend, alle möglichst nach dem gleichen zu höchster Zweckmäßigkeit herausgearbeiteten Entwurf hergestellt, ohne daß dabei die Berücksichtigung dieser oder jener Sonderwünsche oder architektonischer Erfordernisse unterbunden zu werden braucht. Jede Arbeit wird gleich bewertet: der Schuster und Schneider bekommen nach Ableistung ihrer Arbeitszeiten ebenso ihr Häuschen wie der Maurer und Zimmerer.

Zur Verbilligung der Baustoffe wird eine zur Zeit stillgelegte Ziegelei durch eine zur Gemeinschaft gehörige Zieglergruppe unter sachlicher Leitung in Betrieb gesetzt. Da keine Arbeitslöhne gezahlt werden, kostet dann das Tausend Ziegel statt etwa 45 Mk. nur etwa 25 Mk. Ebenso werden Bau-

holz, Fenster und Türen in diesem Selbsthilfeferverfahren durch Ausnutzung stillgelegter Sägereien und Tischlereien in bargeldloser Verarbeitung verbilligt. Ebenso Dränrohre, Straßenbaustoffe usw. Zur Beschaffung der für den Baubetrieb erforderlichen Geräte wird auf stillgelegte Lagerbestände zurückgegriffen. Der Transport wird durch weitgehende Benutzung stillgelegten Raumraums, durch Einbeziehung beschäftigungsloser Fuhrhalter in die Siedlungsgemeinschaft verbilligt. In vielen Fällen wird der Kapitaldienst bei Inbetriebsetzung stillgelegter Werke und Geräte nur z. T. übernommen zu werden brauchen. Überall entstehen im wesentlichen nur die Kosten für die Eisenbahnfrachten (und auch diese werden sich für das Siedlungswert noch ermäßigen lassen), ferner für die Ausgangsrohstoffe, die maschinellen Betriebskosten, sowie für Abnutzung und Reparaturen. Die elektrischen Leitungen werden durch bargeldlos siedelnde Installateure gelegt, ebenso entstehen die Wasserverorgungsanlagen, die Glaser-, Maler-, Klempnerarbeiten.

Die angenommenen 300 Mann der Siedlungsgemeinschaft verteilen sich demnach etwa wie folgt:

Für Innenbetrieb	20 Mann	
„ Ziegelei:		
1. Fabrikation dergrünen		
Ware	30 Mann	
2. für Brennen, Ein-		
farten, Ausfarten	17 „	
3. für Sonstiges	3 „	
	<u>50 Mann</u>	50 Mann
Die 30 Mann zu 1. werden nur im Sommer (ca. 1.4.—30.9.) benötigt, im Winter werden sie also zweckmäßig z. B. für Holzfällen im Walde verwendet.		
Für Sägerei und Tischlerei einschl. Reparaturen	10 „	
„ Transportarbeiten einschl. Reparaturen	10 „	
„ Straßenbau	10 „	
	<u>100 Mann</u>	
Demnach bleiben für den Hausbau	200 „	
	<u>300 Mann</u>	

Rechnet man für das Herstellen eines Hauses eine Jahresarbeitskraft, wobei die saisonmäßige Unterbrechung bei der Kleinheit der Häuser bereits berücksichtigt ist, so ergibt das eine Produktion von 200 Siedlerhäusern pro Jahr. Die Häuser für alle 300 Mitglieder der Gemeinschaft sind also in $1\frac{1}{2}$ Jahren fertig. Die Jahreserzeugung der Ziegelei muß demnach etwa betragen $200 \times 11\,000 = 2\,200\,000$ Stück Ziegel und $2\,000 \times 200 = 400\,000$ Stück Dachpfannen. Das dürfte der üblichen Erzeugung einer Ziegelei von der Größe der zu Grunde gelegten entsprechen.

Die vorstehenden Vorschläge sollen natürlich nur für die grundsätzliche Durchführung der Organisation maßgebend sein. Ich betrachte sie im einzelnen

festigte Verkehrswege, ausreichende Verkehrsverbindung, Vorkehrungen für Massenverkehr (Nähe von Eisenbahnhaltestellen).

3. Bautechnische Lösung.

Wohnhaus (Abb. 1). Straßenquerschnitt für ersten und späteren Ausbau (Abb. 2). Grundrissliche Anordnung der Siedlungsanlage (Abb. 3).

Selbstverständlich bedeutet die in den Abbildungen 1, 2 und 3 gegebene Lösung nur, wie das überall bei technischen Aufgaben ist, eine Möglichkeit unter vielen. Es kommt hier nur darauf an, ein konkretes Beispiel zu gewinnen, um an ihm die Durchführung des Gedankens zu zeigen.

4. Kosten.

Der Zuschuß des Reiches für den Lebensunterhalt der Siedlungsgemeinschaft von 300 Mann berechnet sich wie folgt:

	für das Jahr für 1 Mann	für 300 Mann
--	----------------------------	--------------

Die genannte Beföstigung in Massenverpflegung kostet 0,60 Mk. pro Mann und Tag. Reichszuschuß demnach 0,60—0,50—0,10 Mk., in 300 Arbeitstagen also	30,—	9 000,—
Für Rohstoffe, für Bekleidung und Schuhwerk .	30,—	9 000,—
Für Bereitstellung der gemeinsamen Küche, der Werkzeuge und Geräte, Transport des Essens x. . .	25,—	7 500,—
		25 500,—

300 Siedlerhäuser erfordern nach der oben angelegten überschlagsrechnung $1\frac{1}{2}$ Jahre, an Reichszuschuß also für den Lebensunterhalt der Siedlungsgemeinschaft $1\frac{1}{2} \times 25\ 500 = 38\ 250$ Mk., pro Haus also $38\ 250 : 300 = 128,—$ Mk. Für die Baukosten des Siedlerhauses ergibt sich folgender Kostenüberschlag: (Die in der Aufstellung durch Stern (*) bezeichneten Einheitspreise sind durch Ausschaltung der Lohnkosten verbilligt. Zu Grunde gelegt sind Königsberger Verhältnisse, die Preise sind ziemlich hoch eingeleht).

Kostenüberschlag

a) für das Haus (ohne den Ausbau des Dachgeschosses, der dem Siedler zu überlassen ist)		einzel	gesamt
rd. 11 000	Stk. Ziegel	25,—*	275,—
" 3,0	To. Kalk	30,—	90,—
" 1	" Zement	55,—	55,—
" 13	cbm Kies und Sand	1,—*	13,—
" 2 000	Stk. Dachpfannen	50,—*	100,—
" 76,0	cbm Schnittholz	36,—*	252,—
" 3	Stk. gr. Fenster	10,—*	30,—
" 4	" H. "	4,—*	16,—
" 5 $\frac{1}{2}$	" Türen "	6,—*	33,—
Spalte			Sa. 864.—

rd. 1	Stk. Pumpe	70,—	70,—
" $\frac{1}{2}$	" Pumpenfessel	35,—	35,—
" 1	" Kochherd	20,—*	20,—
" 1	" Ofen	40,—*	40,—
1	Torfsireufofett	50,—	50,—
1	elektrische Lichtanlage	60,—	60,—
Für Stroh, Zinkblech, Bewehrungs-			
eisen, Dachpappe, Nägel, Drän-			
röhren und zur Abrundung x.		61,—	61,—
			Sa. Mk. 1 200,—

b) Für die zugehörige Straße.			
33 qm	Fahrdammbefestigung	2,—*	66,—
18 "	Fußwegbefestigung	1,—*	18,—
30 m	Lichtleitung	1,—*	30,—
			Sa. Mk. 114,—

c) Kosten der ersten Einrichtung.

10 Ztr. Saattartoffeln für			
2 500 qm	3,—	Mk. 30,—	Mk.
Saat für 1 250 qm Weize		10,—	"
Saat und Pflanzen für			
1 000 qm Garten		10,—	"
2 Ferkel	7,50	" 15,—	"
1 Ziege		30,—	"
12 Ztr. Torfsireu und Stroh	2,—	" 24,—	"
Gartengeräte (Spaten, Hacken,			
Harken, Gießkannen x.)		30,—	"
Düngung für 2 Morgen	12,—	" 24,—	"
			173,—
			Mk.

d) Zusammenstellung der Kosten.

Haus	1 200,—	Mk.
Zuwegung	114,—	"
Reichszuschuß für Lebens-		
unterhalt der Siedler		
während der Bauzeit	128,—	"
Erste Einrichtung	173,—	"
	1 615,—	Mk.
Sicherheitszuschlag	85,—	"
Insgesamt für das Siedler-	1 700,—	Mk.
haus anzuführende Kosten:		

4. Finanzierung.

Es wird angenommen, daß vom Reich ein jährlicher Zuschuß für das Siedlungswerk (ohne Kosten für Grund und Boden) von 270 Millionen Reichsmark ausgeworfen werden kann (z. B. aus der Hauszinssteuer.*). Im übrigen werden die durch die Ansetzung von Siedlern bei der Wohlfahrtsfürsorge auflaufenden Ersparnisse verwendet. Diese betragen, da die Unterzinsung jährlich durchschnittlich 1 000 Mk. pro Familie, nach der Ansiedlung aber nur etwa 400 Mk. (i. unten) pro Familie beträgt, 600 Mk. pro angelegtem Siedler und Jahr. Für das 1. Jahr wird noch mit einem Minderertrag des Siedler-

*) Die durchschnittliche jährliche Unterstützung je Erwerbslosen ist unverändertlich und heute bereits beträchtlich geringer als 1000 Mk. Das ändert aber nichts an demnachstehenden Finanzierungsplan, da die Ersparnis von 600 Mk. pro Person bestehen bleibt.

grundstückes von 100 Mt. gerechnet. Diese 100 Mt. werden der Einfachheit halber den Gesehungskosten der Siedlerstelle hinzugezählt und daher in der nachstehenden Aufstellung mit einer Bausumme von $1\ 700 + 100 = 1\ 800$ Mt. je Siedlerhaus gerechnet.

Damit ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Erstes Jahr:

Verfügbare Mittel 270 Millionen 270 000 000 Mt.
Anzahl Siedler 270 Mill.: $1\ 800 = 150\ 000$

Zweites Jahr:

Eriparnis an Unterstüfung 150 000 x 600 = 90 000 000 Mt.
Dauerzuschuß 270 000 000 „
verfügbar: 360 000 000 Mt.
Anzahl Siedler 360 000 000: $1\ 800 = 200\ 000$

Drittes Jahr:

Eriparnis 350 000 x 600 = 210 000 000 Mt.
Dauerzuschuß 270 000 000 „
verfügbar: 480 000 000 Mt.
Anzahl Siedler 480 000 000: $1\ 800 = 266\ 600$

Viertes Jahr:

Eriparnis 616 000 x 600 369 600 000 Mt.
Dauerzuschuß 270 000 000 „
verfügbar: 639 600 000 Mt.
Anzahl Siedler 639 600 000: $1\ 800 = 355\ 300$

Fünftes Jahr:

Eriparnis 971 300 x 600 582 780 000 Mt.
Dauerzuschuß 270 000 000 „
verfügbar: 852 780 000 Mt.
Anzahl Siedler 852 780 000: $1\ 800 = 473\ 700$

Sechstes Jahr:

Eriparnis 1 445 000 x 600 = 867 000 000 Mt.
Dauerzuschuß 270 000 000 „
verfügbar: 1 137 000 000 Mt.

Anzahl Siedler 1 137 000 000: $1\ 800 = 631\ 600$

Anzahl Siedler in sechs Jahren: 2 076 600

III. Grundfällige und allgemeine erläuternde Bemerkungen zum Siedlungswerk.

Sobald zwei Millionen Siedler angelegt sind, ist die Fürsorge jährlich um $2\ 000\ 000 \times 600 = 1,2$ Milliarden Markt entlastet und diese Summe steht dann für die Erteilung von Aufträgen an die Wirtschaft zu produktiven Zwecken zur Verfügung. Damit wird etwa eine weitere Million bisher Erwerbsloser direkt oder indirekt beschäftigt. Dadurch verringert sich die Erwerbslosenziffer weiter. Der Rest der Arbeitslosen kann durch steigende Wirtschaftskonjunktur oder Veränderung der Bevölkerungsstruktur beseitigt werden. Hierbei ist also damit gerechnet, daß die ganzen zwei Millionen angelegte Siedler noch mit 400,— RM jährlich in der Wohlfahrtsunterstützung bleiben. Die heutigen fünf Millionen Erwerbslosen verteilen sich dann wie folgt:

1 Million hat Arbeit gefunden.
2 Millionen sind angegliedert,
jährliche Unterstüfung
 $2\ 000\ 000 \times 400 = 0,8$ Milliarden Mt.
2 Millionen sind weiterhin erwerbslos, jährliche Unterstüfung $2\ 000\ 000 \times 1\ 000 = \underline{2,0}$ Milliarden Mt.
2,8 Milliarden Mt.

Falls zu jener Zeit andere Hilfe noch nicht vorhanden oder in Aussicht ist, besteht die Möglichkeit, das Siedlungswerk weiter zu treiben, bis alle Erwerbslosen angegliedert sind.

Für die Abgeltung des Kaufpreises für das Siedlungsgrundstück oder der kapitalisierten Erbpachtrente bestehen mehrere Möglichkeiten, z. B.:

a) Abarbeiten der Schuldsumme. Der Bau der Häuser dauert $1\frac{1}{2}$ Jahre, die Dienstpflicht wird auf 3 Jahre festgesetzt. In den überschließenden $1\frac{1}{2}$ Jahren bleiben die Arbeitskolonnen zusammen und werden zur Schaffung gemeinnütziger zusätzlicher, aber verkäuflicher Werte eingesetzt. Arbeitslohn wird auch während dieser Zeit nicht gezahlt und der Erlös zur Abgeltung der Gesehungskosten für die Siedlerstellen einschließlich des Grund und Bodens verwendet. Solche verkäuflichen Werte sind z. B. Kleinsiedlungshäuser für solche Interessenten, die ein solches Grundstück käuflich erwerben wollen, Siedlungshäuser für die ländliche Siedlung, Eindeckungen, Ent- und Bewässerungsanlagen, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Wasserkraftanlagen usw., auch Erntehilfe kommt in Frage. Der Vorgang wäre dann etwa, wie folgt: Die 300 Häuser für die Kolonne sind in $1\frac{1}{2}$ Jahren fertig. Von der Gemeinschaft mögen 100 Mann die weiteren $1\frac{1}{2}$ Jahre in derselben Gegend beschäftigt werden, sie können also ihre Häuser beziehen, und der Garten muß in der Freizeit und durch die Familie, so gut es geht, bestellt werden. Die restlichen 200 dienen die letzten $1\frac{1}{2}$ Jahre an entfernteren Arbeitsplätzen ab, so daß sie nur Sonntags an den Ausgangsort kommen können. Von ihnen mögen 100 in der Lage sein, das Land trotzdem z. B. durch Familienangehörige noch ordnungsmäßig bewirtschaften zu lassen, sie beziehen also auch ihre Häuser. Die restlichen 100 verzichten einseitigen auf Übernahme ihrer Grundstücke, diese werden vielmehr an Interessenten aus der freien Wirtschaft, z. B. an beliebige Berufstätige die ein solches Grundstück erwerben möchten, verkauft. Diese 100 Mann dienen erst ihre 3 vollen Jahre ab und beziehen ihre Grundstücke erst am Schluß der Dienstzeit. Es ist dann nicht nötig, daß diese Häuser durch die eigene Kolonne gebaut sind, sondern es können ebenjotig Häuser anderer Kolonnen dazu bereitgestellt werden.

b) Durch bare Bezahlung seitens der Siedler. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß manche der Siedler von Anverwandten die Gesehungskosten für ein Siedlerhaus zur Verfügung

gestellt erhalten, so daß sie diese bar bezahlen und sich dadurch von den letzten 1½ Dienstjahren loskaufen können.

c) Die Kosten des Siedlungshauses werden vom Staat als verlorener Zuschuß gegeben. Hierzu ist folgende Überlegung anzustellen. Nach dem Finanzierungsplan S. 169 f. werden von den ganzen für die ersten 6 Jahre aufzuwendenden 3 739,38 Millionen Mark nur $6 \times 270 = 1620$ Millionen als Reichszuschuß, der also evtl. aus zinspflichtigen Anleihen herrührt, geliefert, während der Rest von den aus Steuern aufgebrauchten Wohlfahrtsmitteln stammt, für die auch bisher kein Mensch an Verzinsung denkt. Es ist daher durchaus vertretbar, diese Summen als verlorenen Zuschuß für das Siedlungswerk hinzugeben. Diesen Zuschuß würde man dann zweckmäßig auf alle Siedlungsstellen verteilen, so daß für ein Siedlungshaus nur $1800 \times 1600 : 3739,38 = 770$ — M. abgearbeitet bezw. erlattet oder verrechnet zu werden brauchen.

Man könnte sogar noch weiter gehen und auch den jährlichen Reichszuschuß von 270 Millionen mindestens zum Teil als verlorenen Zuschuß geben insonderheit für die in den Ostprovinzen anzusehenden Siedlerstellen, da hier staatspolitische Gesichtspunkte für die Sicherung dieser Provinzen mitsprechen.

Hier sollen kurz die nötigen Hinweise eingeschaltet werden, wie die außerhalb der Wohlfahrtspflege stehenden Erwerbslosen und die Erwerbstätigen in das Siedlungswerk einbezogen werden können.

Für die Ersteren scheint das einfachste zu sein, daß jedem Erwerbslosen freigestellt wird, auf Wunsch zum Wohlfahrtsamt überzutreten und damit direkten Zugang zu den Siedlungsgemeinschaften zu erlangen. Die Erwerbslosenversicherungsanstalt müßte den vom Wohlfahrtsamt für den neuen Versorgungsberechtigten aufzuwendenden Betrag ersetzen. Da dieser Betrag aber geringer ist als die Erwerbslosenversicherung, macht die Erwerbslosenversicherung hierbei Erparnisse und wird also gegen ein solches Verfahren nichts einzuwenden haben.

Den Erwerbstätigen kann freigestellt werden, solche durch die Arbeitsgemeinschaften der Wohlfahrtsunterstützten hergestellten Siedlungshäuser einschließlich des zugehörigen Landes käuflich zu erwerben. Der Preis für das Haus berechnet sich dann wie folgt:

a) Baukosten ohne erste Einrichtung nach II, 3	
Haus	1 200 Mk.
Zuwegung	114 "
Reichszuschuß für Lebensunterhalt	128 "
	<hr/>
	1 442 Mk.
Sicherheitszuschlag	58 "
	<hr/>
	Ca. 1 500 Mk. 1 500 Mk.

b) Lebensunterhalt für einen Erwerbslosen für 1½ Jahre $1,5 \times 1 000 = 1 500$ "	
	<hr/>
	Ca. 3 000 Mk.

Die allgemeinen Verwaltungskosten, die den Behörden durch das Siedlungswerk entstehen, sind hierbei außer Anschlag gelassen. Weiterhin treten die Kosten für Grund und Boden hinzu. Um die Erwerbstätigen gegenüber den Erwerbslosen nicht zu benachteiligen, kann Herabsetzung der Kosten zu a) entsprechend den vorstehend ausgeführten Gesichtspunkten in Frage kommen. Die Bezahlung des Kaufpreises kann erfolgen durch Barzahlung, durch kurz- oder langfristige Ratenzahlung oder durch laufende Einzahlungen etwa entsprechend den bei den Baupartien üblichen Sparplänen, möglichst in zinsloser Verrechnung.

Die Siedler können ihre 2 Morgen etwa wie folgt bewirtschaften:

1 Mrg. für Kartoffeln, Ertrag etwa 70 Ztr., davon	
30 für die Familie und 40 für das Vieh,	
½ " als Meie für die Ziege,	
½ " für die eigentliche Gartenwirtschaft, Bohnen, Erbsen, Kohl, Rüben x. und etwas Obst.	

Damit hat der Siedler den überwiegenden Teil der Lebensmittel und seine Wohnung. Der Wert des jährlichen Ertrages aus der Siedlung ist wie folgt zu schätzen:

30 Ztr. Kartoffeln je 2.— Mk.	60.— Mk.
Ziege	100.— "
Gemüse x.	100.— "
300 Pfund Fleisch (Schweine, Geflügel, Kaninchen x.) je 0.70 Mk.	210.— "
Wohnung 12 x 20.— Mk.	240.— "
	<hr/>
	710.— Mk.

Für den Erwerbslosen rechnet man durchschnittlich mit einer jährlichen Unterstützung von 1 000 Mk.

Demnach weiterhin erforderlicher Zuschuß zur Erzielung gleicher Lebenshaltung mit den Erwerbslosen 290 "

Dazu kommt der gegenüber dem in der Stadt lebenden Erwerbslosen beim Siedler entstehende Mehrbedarf von:

6 Ztr. Getreide für das Vieh je 8.— Mk.	48.— Mk.
12 Ztr. Torfmüll und Stroh je 2.— Mk.	24.— "
2 Ferkel je 7.50 Mk.	15.— "
	<hr/>
	87.— Mk. 87.— Mk.

Zur Aufrundung 23.— "

Für den Siedler, solange er erwerbslos ist, erforderlicher jährlicher Zuschuß 400.— Mk.

Nur wer ein Nebengewerbe, wie Imkerei, Pelztierzucht x. betreibt, wird sich ganz ernähren können. Die übrigen bleiben auf nebenberufliche Arbeit bei späterer Besserung der Wirtschaftslage

angewiesen. Darauf ist bei den Bebauungsplänen (Plan für Industrie) Rücksicht zu nehmen. Ist aber solche Arbeit einmal gefunden, so hat der Siedler in seinem Grundstück einen wertvollen und dauernden Besitz.

Einen solchen Besitz kann sich der Durchschnittsarbeiter heutzutage selbst bei größter Sparjamkeit und Strebjamkeit in einem ganzen Menschenleben nicht erwerben, und diese Überlegung ist der Ausgangspunkt für die Forderung, daß der Siedler vor Zuweisung eines solchen verhältnismäßig mühelos erworbenen Besitzes auf seine Eignung geprüft wird. Hier liegt eine große Gefahr in der Bestimmung der Richtlinien des Reichsiedlungskommissars, daß nur Erwerbslose und Kurzarbeiter zum Siedlungswerk zugelassen sind. Im großen Durchschnitt sind doch die heute Erwerbslosen die weniger Tüchtigen und die noch in ihrer Brotstelle verbliebenen sind die Tüchtigeren. Jene Bestimmung würde also bedeuten, daß den weniger Tüchtigen ein großer Vorteil zugeschanzt wird, und daß die Tüchtigen wieder einmal die Dummen sind. Ein solches Vorgehen müßte neue ungeheure Konfliktstoffe in die Bevölkerung tragen und den letzten Rest von Arbeitsmoral vernichten. Auch noch besondere Eigenschaften sind Bedingung für den erfolgreichen Betrieb einer solchen Gartenwirtschaft: Körperliche Leistungsfähigkeit, Gartenbaukenntnisse, Liebe zur Scholle usw., die bei weitem nicht jeder Erwerbslose und Kurzarbeiter aufbringen wird, sondern die man viel leichter bei anderen Volksschichten finden wird. Daher die Forderung: Das nicht nur den Erwerbslosen und Kurzarbeitern sondern jedem Volksgenossen die durch das Siedlungswerk zu schaffenden Möglichkeiten offenstehen müssen, damit die wirklich Geeigneten schließlich für die Siedlerstellen ausgewählt werden. Bei den sich freiwillig zum Siedlungswerk meldenden Erwerbslosen wird die dreijährige Arbeitsdienstzeit Gelegenheit für die Ausscheidung Ungeeigneter bieten. Bei denjenigen, die eine fertige Siedlung kaufen und bezahlen, wird die Eignungsprüfung natürlich weniger wichtig sein.

Für die Beschaffung des erforderlichen Siedlungslandes genügt es, wenn die Mittel für künstlichen Erwerb nicht da sind, daß dieses Land durch die Landbeschaffungstellen den jetzigen Eigentümern zunächst abgepachtet wird, natürlich mit späterem Kaufrecht. Für 2 Millionen Siedler werden 10 000 qkm Fläche benötigt. Soweit die unmittelbare Umgebung der Städte nicht genügt, wird man an den Bahnstrecken entlang ins Land hineinsiedeln müssen. Ein so aufgezoogenes Siedlungswerk wird endlich auch die Möglichkeit bieten, eine wirklich nennenswerte Bevölkerungszunahme in unsere Ostprovinzen zu bringen, was durch die ländliche Siedlung allein

nicht erreichbar ist. Man wird bestrebt sein müssen, hier zusätzliche Industrie, insbesondere Heimindustrie, für den späteren Nebenerwerb der Siedler zu schaffen. Auf diesem Gebiet ist schon einige Vorarbeit geleistet.

Die durch das Siedlungswerk zu schaffende große Anzahl von Neuwohnungen ist für die Wohnungswirtschaft nicht nur tragbar, sie bringt ihr sogar die notwendige Entlastung. Denn nach den statistischen Erhebungen haben wir im Reich immer noch einen objektiven Wohnungssehbedarf von mehr als einer halben Million Wohnungen und bis 1935 einen Neubebedarf von jährlich je 250 000 Wohnungen. Selbst wenn diese Schätzung zu hoch gegriffen sein sollte, ist zu bedenken, daß sich durch das Siedlungswerk die Anzahl der Eheschlüsse und damit der Wohnungsbedarf steigern wird.

Der vorstehend skizzierte Entwurf scheint mir die Möglichkeit zu einem groß angelegten Siedlungswerk zu bieten. Es handelt sich nicht mehr um die mitleidige Zuweisung primitiver Hütten und eines dürftigen Plätzchens Erde an die Armseligen, vom Schicksal Untergespülten, sondern es ist das große Selbsthilfewerk des einst so machtvollen deutschen Volkes. Dieses Siedlungswerk kann bei richtiger Durchführung die entscheidende Tat sein, die unser Volk aus der wirtschaftlichen und damit auch aus der außenpolitischen Not herausführt. Und darüber hinaus trägt es implizite alle die Werte in sich, die in einer gesunden, bodenständigen Bevölkerung sich von selbst entwickeln und eröffnet damit auch die Aussicht auf die innere Befriedung und damit auf die Errettung aus unserer innenpolitischen Not.

Wenn man schließlich fragt, wer sich zum Siedlungswerk melden soll, so ist die Antwort: Jeder, der irgend die gesunde Kraft in sich fühlt, in inniger Verbundenheit mit der Mutter Erde, auf sich selbst gestellt, seinen Mann zu stehen. Vor allem sollen — *horribile dictu* — unsere jungen Akademiker sich melden. Diese Forderung mochte noch vor kurzer Zeit überspannt aussehen. Aber heute sind wir so weit, daß das ganze Volk nur noch eine große Schicksalsgemeinschaft ist, wie einst im Schillingen, wo die Kugel den Akademiker ebenso wie den Arbeiter traf. Gelingt die Abhilfe in letzter Stunde nicht, so kommt das Chaos und reißt den geistig Hochentwickelten wie jeden andern Volksgenossen mit sich. Es muß ein großer Kampf gekämpft werden, der Kampf der lebendigen, produktiven Arbeit gegen das kalte Gold, und in diesem sollten die Akademiker wie immer Führer und Vorbild sein. Und die Scholle wird es ihnen danken, gekulte Intelligenz wird sich in erhöhten Erträgen und erhöhter Lebensfreude auswirken. Und wenn später zu dem vollen Gehalt schon das Haus und die Scholle vorhanden ist, wird der Wohlstand ein um so höherer sein. Selbstverständlich muß von vornherein Vorsorge getroffen werden, daß die Siedelnden bei der späteren beruflichen Anstellung nicht benachteiligt, sondern vielmehr bevorzugt werden.

Darum alle Hände heran und frisch ans Werk!

Holzbauteisen

von Oberregierungs- und baurat Dr. ing. Me ger.

Die Wege, die wir beschreiten müssen, um die Bauten der ländlichen Siedlung künftig noch rentabel zu gestalten, führen zwangsläufig zu einer Suche nach Baustoffen, die billiger sind als gebrannte Ziegel. Wer seinen Blick zurückswenden läßt, wird sich erinnern können, daß diese Bewegung nicht neu ist. Kurz nach dem Kriege machte sich die Tendenz des Siedelns zum ersten Mal wieder mit stärkerem Druck bemerkbar. Unter diesem Druck der Zeit entstand als ausgesprochener Versuch die Siedlung Rothenstein bei Königsberg. Die einzelnen Gebäude wurden nicht einheitlich aus Ziegeln errichtet, sondern man versuchte alle möglichen Neuerungen, gleichgültig ob sie sich bereits bewährt hatten oder nicht. Und welchen Erfolg hatte das Rothensteiner Experiment? Nicht den geringsten! Kein Mensch hat daran gedacht, die in Rothenstein gemachten Erfahrungen auszuwerten und die eine oder andere „bautechnische Neuheit“ zu wiederholen. Der Grund für diese so starke Ablehnung ist wohl in der Hauptsache in den veränderten Zeitverhältnissen und in der Eigenart des Ostpreußen zu suchen. Zutrauen findet nur, was den harten Stürmen der Zeiten widerstanden hat, und sich in Jahrhunderten bewährt hat, alle Neuerungen werden sehr vorsichtig aufgenommen und reiflich und misstrauisch geprüft. So erging es auch den Rothensteiner Experimenten. Nur eine Bauweise hat sich noch neben dem Massivbau gehalten, das ist der Holzbau. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie uralte, kulturecht und bodenständig ist. Holzbauten finden wir noch heute in einer stattlichen Zahl sehr alter und gut erhaltener Beispiele. Aber wir finden sie, abgesehen von einzelnen verstreuten Beispielen auch nur wieder dort, wo sie wurzeln in den baukulturellen Bedingungen der Gegend entsprungen, nämlich im Norden der Provinz, in der Niederung und im Süden, in Masuren. In Masuren führte der Mangel an Ziegeln und der Reichtum an Holz, in der Niederung die geringe Tragfähigkeit des Baugrundes zwangsläufig zur Holzbauteisen.

Es steht nun die Frage offen, ob wir nach den vorliegenden Erfahrungen für das kommende Baujahr Siedlungsbauten in Holz errichten sollen. Die Frage ist unter allen Umständen mit ja zu beantworten. Jedoch nicht bedingungslos! Wenn wir bei der Planung einer Siedlung Überlegungen über die zu wählende Bauweise anstellen, ist es klar, daß wir die Bauweise wählen, die die wirtschaftlichste, das heißt, die billigste ist und, ebenso wie der Bodenpreis, dazu beiträgt, die Renten der Siedler tragbar zu gestalten. Es wäre also ebenso falsch, Siedlungshäuser aus Holz zu errichten, wenn andere Bauweisen billiger sind, wie es falsch wäre, die Holzbauteisen nicht zu wählen, wenn ein Wald mit schlagbarem Holz vor der Tür liegt. Mit dem Augenblick, wo ein mehrfacher Transport des Holzes mit Eisenbahn oder

Zuhrwerk in Frage kommt, ist im allgemeinen der Holzbau zu teuer. Es sei denn, daß etwa im Winter auf einem Zimmerplatz mit Schneidemühle und Tischlerei die Holzhäuser fabrikmäßig im großen hergestellt, verladen und in kurzer Zeit auf der Baustelle aufgestellt werden können. In diesem Fall kann ein Mehr an Transportkosten durch ein Mindere an Herstellungskosten ausgeglichen werden. Ob es bei der Durchführung dieses Verfahrens aber noch möglich ist, bei den Erdarbeiten, den Fundamenten, Kellermauern und den Aufstellungsarbeiten das erforderliche Maß an Selbsthilfe des Siedlers herauszuwirtschaften, muß geprüft werden.

Im allgemeinen dürfte jedoch vor einer gewaltsamen Verpflanzung der Holzbauteisen zu warnen sein. Richtig ist, sie jedoch heute immer, wenn sie die billigste Bauweise ist. Wir sollen 1932 billig, ja sogar sehr billig, aber nicht schlechter, wie bisher und nur auf Kosten betrieblich vertretbarer räumlicher Einschränkung bauen und da stehen wir Baufachleute vor der schwereren, aber ebenso schönen Aufgabe, mit den allergeringsten Mitteln auszukommen, wie es die Not unserer Tage verlangt.

Ist die Holzbauteisen aber auch wirtschaftlich, ist sie wärmetechnisch unbedenklich und ist sie konstruktiv einwandfrei? Die Wirtschaftlichkeit ist ein Rechenexempel; sie wird stets zu bejahen sein, wo ein Waldbestand so greifbar daliegt, daß mit Lokomotive, Kreissäge und Gatter die Hölzer unmittelbar im Walde zugerichtet und mit Zuhrwerk auf kurzem Wege zur Baustelle gefahren werden können. In allen anderen Fällen ist, wie wir bereits oben bemerkten, eine reife Nachprüfung erforderlich.

Sind Holzbauten ausreichend warm? Die Erfahrung bestätigt dies durchaus. Holzbauten sind, selbstverständlich bei ausreichender Wandstärke und guter Konstruktion im Sommer kühl und im Winter warm. Die wissenschaftlichen Versuche bestätigen dies in vollem Umfange. Die Wärmeleitungscoefficienten einiger bekannter Baustoffe sind folgende: Bruchsteinmauerwerk 1,3 bis 2,1. Zement 0,059. Eisen 40 bis 70. Glas 0,47 bis 0,65. Kiefernholz längs der Faser 0,108, quer zur Faser 0,032. Kork 0,26. Pappe 0,16. Stuck 0,47. Ziegel 0,70. Zink 105. Das Wärmeleitungsvermögen des Holzes quer zur Faser — und das ist der Normalfall — ist also nur etwa $\frac{1}{20}$ so groß, wie das des Ziegelmauerwerks (praktisch: 7 cm Holz = 38 cm beiderseitig verputztes Ziegelmauerwerk).

Ist der Holzbau auch konstruktiv einwandfrei? Auch diese Frage ist auf Grund der vorliegenden Erfahrungen zu bejahen. Die alten, in Ostpreußen vorhandenen Holzbauten haben sich in ihrer Konstruktion ohne Zweifel bewährt; sie stehen heute noch fest und solide auf ihren Fundamenten und Wind und Wetter der langen Jahrzehnte haben ihnen nichts anzuhaben vermocht. Man wird nur

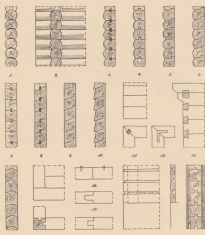
gut tun, nicht ohne Not neue Konstruktionen zu erfinden, sondern sich an die alten, bewährten Bauweisen zu halten. Ein Blick rückwärts ist deshalb lehrreich.

Unsere Altvordern wußten genau wie wir, daß der ärgste Feind jedes Gebäudes nicht der Sturm, auch nicht die Abnutzung durch die Menschen, sondern das Wasser ist. Das Wasser sachgemäß vom Hause fernzuhalten, insbesondere zu verhindern, daß es in das Gefüge des Hauses selbst einbringt, ist schon beim Massivbau eine selbstverständliche Voraussetzung, sie wird noch zwingender, wenn es sich um Holzbauten handelt. Was der Wind in unjerm rauhen Osten, besonders in den Küstengebieten bei Regen und Schnee leisten kann, wissen wir zur Genüge aus unseren Erfahrungen mit dem verfallenen Pfannendach. Das richtige bleibt deshalb, unsere Holzkonstruktionen so einzurichten, daß das Wasser so gut wie möglich an den Außenseiten und vor allem an der Wetterseite zum Erdboden abfließen kann. Alle Vorsprünge, die das Wasser aufhalten, insbesondere Sockelvorsprünge, sind beim Holzbau auf das sorgfältigste zu vermeiden.

Die Konstruktionen, die auf uns gekommen sind, tragen diesen Umständen mehr oder minder Rechnung und zwar sowohl bei den Ausführungen in reiner Holzbauweise wie bei denen im Fachwerkbau mit Ausfüllung der Gefache mit Ziegeln oder Lehm.

Beim reinen Holzbau finden sich im allgemeinen zwei Konstruktionsarten. Entweder hat man Rund- oder Kanthölzer aufeinander gelegt und sie an den Ecken blattartig verbunden (Blockbau), oder man hat ein Fachwerk errichtet und in die Holzständer mutartig Bohlen eingeschoben (Ständerbau) (Fig. 1 bis 12 und 13—18). Die ursprünglichste und älteste Bauform bestand darin, daß man Rundhölzer, wie sie der Wald liefert, aufeinander legte und an den Ecken überlattete (Fig. 1—2). Um den Rundhölzern ein festeres Auflager zu geben, höhlete man sie unten so aus, daß jedes Rundholz in die Ausrundung des darüber liegenden Holzes hineinpafte (Fig. 1). Als Dichtungsmaterial in den Fugen hat sich Moos sehr gut bewährt, jedoch dürften Berg und Teerstride ebenfalls gute Dienste leisten. Diese Ausführungsart konnte als einwandfrei bezeichnet werden, da sie sich ergebenden Sattel den Abfluß des Wassers nach außen begünstigen. Aber die inneren Flächen der Rundholzwände hatten den Nachteil unansehnlicher und roher Innenwände, falls man nicht dazu überging, sie mit Lehmörtel abzugleichen. Dies war erst nach einiger Zeit möglich. Es war also der nächste und natürlichste Schritt, daß man die innere Seite des Rundholzes glatt bebeilte. Um die horizontal auf einander lagernden Hölzer fester miteinander zu verbinden, wurden in geeigneten Abständen Dübels eingeschaltet (Fig. 3). Bei Wiederverwendung dieser „Artform“ des Blockbaues könnte man die Rundhölzer der einfacheren Herstellungsgruppen in den Fugen glatt schneiden,

so daß nur die Außenseite roh und rund bleibt (Fig. 3), dann tut man gut, die Dübels durch ausgefräste Ruten und Federn zu ersetzen (Fig. 4). Denn bei der Verwendung von Dübeln besteht die Gefahr, daß starker und gleichmäßiger Wind den Regen durch die Fugen nach innen drückt.



Besonderer Beachtung möchten wir dem in Fig. 5 u. 6 dargestellten Vorschlag empfehlen. Hier liegen Rut und Feder nicht in der Mitte, sondern es ist an der Innenseite ein Halbprofil angearbeitet. Hierdurch wird Arbeit gespart, der Weg des eindringenden Regens ist länger und die Fugenpressung an der Innenseite wird poröser. Einen Schritt weiter geht noch der nächste Vorschlag (Fig. 6). Um dem Regenwasser das Eindringen noch mehr zu erschweren, sind hier die Fugen schräg gestellt und um herunterfließendes Wasser zum Abtropfen zu bringen, sind die Hölzer „wassersehenkelartig“ ausgeschliffen. Das ist der Grund, weshalb man zur Verwendung, vierkantig geschnittener Bohlen überging, bei dem sich die gleichen Variationen wie beim Blockbau ergeben (Fig. 7—10). Schwierig ist die Erdlösung. Will man nicht die alte Form der Überlattung mit überstehenden Endstücken (Fig. 2) wählen, so wird man zum Zusammenschrauben der Erdhölzer auf Gehrung kommen. Die Firma Tepper in Angerburg hat zur Verbesserung der vertikalen Standfestigkeit die Einfügung eines schwalbenschwanzförmigen Dübels und die Anbringung von winkelförmigen eisernen Leisten nach Art der Fensterdeckenecken in Vorschlag gebracht (Fig. 11 und 12), dessen Wirkung zur Zeit an einem Versuchsbau der Östpreussischen Bau- und Sieblungs-Gesellschaft erprobt wird.

*) Bei der Verwendung von Rundhölzern ist eine rauhe Außenseite unvermeidlich, die zwar sehr schön aussieht, dem glatten Ablauf des Regenwassers aber doch Hindernisse in den Weg legt.

Die zweite, für den Holzbau typische Bauart ist der „Ständerbau“. Die Dach- und Deckenlast, die bisher von der ganzen Wand getragen werden mußte, wird hier von senkrechten Stielen aufgenommen, die als Eck- und Zwischenständer, Tür- und Fenstergewändeständer auf einer Schwelle auferichtet und durch ein oberes Rahmenholz untereinander verbunden werden. Während wir beim Blockbau mit Wandstärken von etwa 14—18 cm zu rechnen haben, beträgt die Wandstärke beim Bohlenbau nur etwa 12 cm. Die Bohlen werden mit ihren angearbeiteten Enden in naturtuge Falze der Ständer gehoben (Fig. 15) und vom oberen Rande schräg (Eiselsriden) oder rund (Wolfsraden) abgearbeitet. Die Befestigung der Bohlen untereinander erfolgt, wie beim Blockbau, durch Dübel (Fig. 3). Eine in Ostpreußen noch mehrfach in alten guten Beispielen erhaltene Ederbindung nach dem Prinzip des „Geßraßes“ ist in Fig. 13 dargestellt.

Die Gesamtanordnung des Ständerbaus ist bereits als Übergang zum Fachwerkbau zu werten, auf den näher einzugehen kaum nötig ist, da seine Ausführungsweise als allgemein bekannt vorausgesetzt werden darf. Hier sei nur auf den verschalteten Fachwerkbau eingegangen, der wegen der größeren Wärmehaltung heute gern zur Anwendung kommt. Hier sind zahlreiche Kombinationen möglich. Innere Schalung und äußere Schalung, äußere und innere Heraklit-Plattenerkleidung oder ähnliches, innerer Verputz auf Schalung, Einschaltung einer windstehenden Dachpappennlage, Ausfüllung oder Ausmauerung des Fachwerks usw. Entscheidend bleibt dabei, welche örtlichen Erfordernisse bereits vorliegen und welche Mittel zur Verfügung stehen. Auf alle Fälle dürfte die horizontale Schalung auch hier den Vorzug vor der vertikalen verdienen (Fig. 19). Das ablaufende Regenwasser trifft zwar bei dieser Schalungsart auf die horizontalen Fugen, aber dem kann durch Anwendung eines Hohlspundes (Fig. 20) begegnet werden. Bei der vertikalen Schalung besteht — wie bei Scheunen — der Nachteil, daß im Laufe der Zeit sämtliche unteren Enden der Schalbretter verwittern, während bei der horizontalen Schalung dieser Schaden durch Erneuerung eines oder einiger Bretter zu beheben ist. Erwähnt sei noch eine in Schweden, aber auch in Ostpreußen vielfach angewendete Konstruktionsart. Es wird ein Holzfachwerk mit eingeschobenen Bohlen errichtet, außen werden Futterleisten aufgenagelt, auf diese kommen vertikale Schalbretter und Deckleisten und innen wird geschalt und verputzt.

Wenn man heute trotz der vielerlei Vorzüge des Holzbaues seiner Anwendung im Siedlungsweisen doch ein beträchtliches Mißtrauen entgegenbringt, so liegt dies in der Hauptsache an dem Umstande, daß man für Bauzwecke so gut wie kein fachgemäß abgelagertes Holz erhalten kann. Um diesem Ubelstande zu begegnen, tut man gut, von den Schutzmitteln Gebrauch zu machen, die uns heute die chemische Industrie zu bieten vermag. Alle dem

Verderben durch Nässe besonders ausgesetzten Holzteile wird man daher durch Anbringung geeigneter Schutzanstriche imprägnieren, ganz abgesehen davon, daß man mit den Sockeln möglichst hoch aus der Erde heraussetzt. Als Imprägnierungsmittel haben sich Quecksilberchlorid (Sublimat $Hg Cl_2$), Zinkchlorid ($Zn Cl_2$) Kupfervitriol ($Cu O S O_4$) und nach den neuesten Forschungen besonders Fluor-natrium bewährt. Um eine Kontrolle über den Umfang des erfolgten Anstrichs zu haben, empfiehlt sich ein Zusatz von färbenden Anilinen oder Dinitrophenol. Bewährte gefärbte Schutzanstriche sind: Basillit (S. G. Farben), Fluorosit (Dr. Raschig, Ludwigshafen) und Rütgers Schwammischuß. Ein guter Kitt zum Schließen von Rissen und Fugen besteht aus einem Teil Fluornatrium und zwei Teilen Gips. Auf alle Fälle dürfte es ratsam sein, alles sichtbare Holz im Innern der Stallungen auf etwa $\frac{1}{2}$ der Höhe mit einem Schutzanstrich zu versehen.^{*)} Ein weiterer Gesichtspunkt liegt beim Holzbau in dem Eintrocknen und Schwinden des Holzes.

Das Eintrocknen spielt für uns eine besondere Rolle, da gut ausgetrocknetes Holz jetzt nicht zur Verfügung steht und wir mit frisch geschlagenem Holz rechnen müssen. Aber auch ausgetrocknetes Holz arbeitet noch, dehnt sich in feuchter Jahreszeit aus und zieht sich in der trockenen Zeit zusammen. Frisch geschlagenes Kiefernholz verliert bis zur Lufttrockenheit bis 61% Wasser. Das spezifische Gewicht des frischgeschlagenen Kiefernholzes ist 0,94, das des ausgetrockneten 0,58. Mit dem beträchtlichen Gewichtsverlust, den das Holz beim Austrocknen erleidet, ist eine Veränderung des Volumens, das „Schwinden“ verbunden, hervorgerufen durch die Zusammenziehung der Fasern. Das Verhältnis, in dem sich die verschiedenen Abmessungen dabei verkleinern, ist äußerst verschieden. Während sich das Holz in der Faserrichtung so gut wie garnicht zusammenzieht (ca. 0,1%), wird es in der Richtung des Radius im Durchschnitt bis zu 5% in der Richtung der Sehne bis zu 8% kleiner. Kiefernholz schwindet in der Achse bis zu 0,10%, in der Richtung des Radius bis zu 2,49%, in der Richtung der Sehne bis zu 4,1%. Die Kraft, die das Holz beim Schwinden und Quellen entwickelt, ist eine so ungeheure, daß äußere Zwangsmittel dagegen vergeblich sein würden. (Sprengen der härtesten Felsen durch quellendes Holz.) Wird daher das Holz an diesen Volumenänderungen, seinem „Arbeiten“ irgendwie gehindert, so erfolgen beträchtliche Formveränderungen. Es wirft sich, zieht sich oder reißt. Allen diesen Gefahren, die das Schwinden und Arbeiten des Holzes mit sich bringt, muß durch geschickte Konstruktionen, die dem Setzen des ganzen Hauses und der Bewegung seiner einzelnen Teile Rücksicht tragen, begegnet werden. Solche Kombinationen gibt es von Alters her und neue zu erfinden,

*) Bgl. Dr. Richard Fald, Hausschwammforschungen Heft 8, Jena, Ver. v. Gut. Fischer 1927, S. 17 ff.



Siedlung St. Lauth, Vorkolonistenstelle in Blockhausbauweise (Joh. Tepper, Angerburg) Teilansicht

ist man überall bemüht. Und selbst, wenn sich trotz aller Vorzüge noch Risse oder Fugen zeigen, ist es für den Siedler nicht schwer, sie zu verschmieren oder im oben angedeuteten Sinne zu verpichen.

Die konstruktiven Anforderungen, die der Holzbau stellt, sind die selbstverständliche Voraussetzung für seine äußere Erscheinung. Grundsätzlich gilt im übrigen für derartige Siedlungsbauten dasselbe, was für alle Siedlungsbauten gilt, ihre gute Wirkung steht und fällt mit einem guten Flächenverhältnis. Die Fenster, die man in Stipruken klein halten und stets mit einem Lüftungsfügel ausstatten sollte, müssen harmonisch zur Gesamtläche stehen und Geschoßhöhen, Gesamthöhe, Sockel und Dach müssen rhythmisch abgemessen sein. Während bei den Massbauten alle kleinsten Beigaben an Gesimsen, Profilen pp. nur schaden, ergibt es sich bei Holzbauten manchmal von selbst, daß Balkenprofile, Fenstereinfassungen u. ähnl. in weißer Beherrschung das Bild vorteilhaft beleben. Die wichtigste Belebung wird das Holzhaus durch die Farbe bekommen müssen. Aber auch da muß gewarnt werden! Wir wollen keine Tuschstäben in die Gegend setzen, wir wollen das

Holzhaus einfarbig, etwa braun oder rot streichen die Fenster weiß, die Fensterläden und etwaige Balkenprofile sowie die Haustür farbig abheben und es damit genug sein lassen!

Und nun noch etwas aus der Praxis der neueren Zeit. Im Kriege sind in Rußland Holzbauten zu Tausenden von Fachleuten unserer Armeen errichtet und zwar meist sehr schnell und behelfsmäßig. Holzschwert, innere und äußere Verschalung dazwischen zur Abhaltung der Windes Dachpappe, ein Ziegelofen und ein Haus, in dem man sogar bei -30° behaglich hausen konnte, war fertig. Nach dem Kriege hat die Domänenverwaltung überall Holzhäuser für Landarbeiter errichtet. Auch diese haben sich durchaus bewährt; man hat sie z. T. nach einigen Jahren innen verputzt und das Schindeldach in vielen Fällen durch ein Pfannendach ersetzt. Die gute Schindeltechnik ist leider fast ausgestorben und eine neue Belebung dieser an sich begrüßenswerten Dachdeckungsart dürfte gewisse Gefahren mit sich bringen. Lassen es die Verhältnisse irgend zu, so sollte man die Dachkonstruktion auf alle Fälle darauf einrichten, daß sie sich leicht so verstärken läßt, daß man später ein Pfannendach anlegen kann.



Gesamtansicht der Rollbauernstelle in Blockhausbauweise

Leider herrscht in Ostpreußen eine starke Abneigung gegen den Fachwerkbau; und doch finden wir so viele alte und schöne Beispiele guter und allerbesten Fachwerkarhitektur, daß man wirklich einmal in geeigneten Fällen den Versuch machen sollte, die Bauten in Fachwerk zu errichten und die Fache mit Wellhölzern und Strohlehm auszufüllen; hier könnte die Selbsthilfe des Siedlers auch un-

bedenklich einsehen. Es gibt noch der Möglichkeiten genug, in welcher Form man Holzbauten verwenden kann. Was im Einzelfall richtig ist, muß sorgfältig geprüft werden. Auf jeden Fall können wir überall, wo der Holzbau in Frage kommt, unbedenklich mit frischem Mut zugreifen und eine Bauweise wieder aufleben lassen, die sich Jahrhunderte hindurch bewährt hat.

Veruchsbauten der Ostpreußischen Bau- und Siedlungsgesellschaft.

Die grundlegenden Veränderungen im Siedlungsbauweisen, die die neue Wirtschaftslage notwendig macht, haben verschiedenen Stellen Anlaß gegeben, den Herbst des vergangenen Jahres dazu auszunutzen, Versuche zu machen, um festzustellen, ob bei der Verwendung bisher nicht üblicher Bauweisen und Baustoffe nennenswerte Ersparnisse gemacht werden können und ob sich diese Bauweisen auch wohntechnisch als ausreichend erweisen.

Unter den verschiedenen Versuchen der Ostpreußischen Bau- und Siedlungsgesellschaft seien hier zwei Ausführungen in Holzbauweise kurz dargestellt. Beide Versuchsbauten stehen auf dem für die diesjährige Besiedlung erworbenen Gelände des Siedlungsgutes Gr. Lauth und zwar auf dem bereits der Gutsgemarkung Jeezau zugehörigen Teil. In beiden Fällen handelt es sich um Rollbauernstellen.

Der billigere der beiden Typen ist ein Blockhausbau nach einer Konstruktion der Firma Joh. Tepper, Angerburg. Sämtliche Wände bestehen aus Rollholz und zwar sind die Außenwände durchgehend in 12 cm Stärke (gemessen an den Schnittstellen) ausgeführt. Die Innenwände sind aus 6 cm starken Bohlen hergestellt. Das Holzwerk der Außenwände ist aus Materialersparnisgründen beiderseits genietet. In die Ruten wurden hölzerne Federn eingelegt, um einen durchgehenden Verband der Lagerschichten herbeizuführen.

Gegen das Eindringen von Regenwasser sind die Fugen durch Einlegen eines Teerstrichs gesichert. Die einzelnen Schichten stoßen an den Ecken auf Gehung zusammen und werden untereinander durch einen, in der ganzen Wandhöhe durchgehenden Dübel gehalten, der einen schwalbenschwanzförmigen Quer-

schnitt erhalten hat. Die Ecken sind außerdem durch eingelegte Winkelisen nach Art der versenkten Fensterdecken gesichert. Die Innenwände bleiben unverkleidet, da sich das Gebäude erst einmal setzen muß. Diese Arbeit wird der Siedler nach angemessener Zeit also nachholen.

Ein besonderes Interesse verdient diese Art der Bauausführung auch deswegen, weil man den Siedler in weitgehendem Umfange in den Bauvorgang einschalten kann, selbst wenn er keine bau-gewerblichen Kenntnisse hat.

Nach den vorhandenen Berechnungen können etwa 110 Arbeitstage vom Siedler und einer von ihm zu stellenden Hilfskraft durch Mitarbeit erspart werden. Das bedeutet eine Kostensenkung um den entsprechenden Lohnanteil für Bauarbeiter.

Das Gebäude, zu dem eine Scheune von 10 x 13 m bei 5,50 m Höhe gehört, enthält neben einem für eine Wohnfläche, eine Schlafstube und eine Kammer für 2 Betten, insgesamt 44,28 qm Wohnfläche, außerdem einen Stall von 65 qm Fläche, ausreichend für die Unterbringung von 2 Pferden, 6 Stück Großvieh, von 3 Schweinebuchten und einer Kälberbucht.

Das feile, doppellagig mit Ruberoid auf Dach-pappe gedeckte Dach gestattet die Einrichtung einer geräumigen Dachstube für den Fall, daß es sich um linderreiche Familien handelt. Die Siedlung ist bis auf die Anstriche fertig und wird voraussichtlich zugleich einer Oberstube mit einem Gebäudepreis von 6700.— RM an den Siedler abgegeben werden können.

Der zweite Versuchsbau unterscheidet sich konstruktiv von dem oben geschilderten dadurch, daß eine Fach-wertsbauweise gewählt ist und anstelle des Steil-daches ein Flachdach auf hohem Drempe vorgesehen wurde. Die Flachdachanordnung wurde gewählt, um dem Siedler einen ausreichenden Schüttboden selbst dann noch zu verschaffen, wenn ein Teil des Wohnbedürfnisses durch Ausbau von Dachstuben im Obergeschloß befriedigt werden muß. Dies ist möglich.

Die Gefache werden mit Ziegelsteinen ausgemauert, von außen mit Dachpappe benagelt und alsdann mit halbgepundeten Brettern verpfacht.



Siedlung Gr. Lauth
Kollbauernstelle in Fachwerkbauweise

Die Innenseiten des Wohnteils haben Spießschalung erhalten und wurden behört und gepußt, während im Stallteil die Wände unerpußt geblieben sind und einfach abgesclemmt wurden. Einschließlich des Scheunenbaus sind die Kosten für diesen Typ, der bei größerer Berücksichtigung der Erweiterungs-möglichkeiten in der Fläche dem ersten entspricht und einen von dem Viehstall abgetrennten Schweinestall enthält, um etwa 500.— RM teurer gekommen. Dieser höhere Preis ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Innenwände des Blockhauses völlig roh geblieben sind, während sie hier durchweg verpußt wurden.

Die Einschaltung von Selbstbedienerarbeit ist auch bei diesem Falle in weitgehendem Umfange möglich. Sm.

Siedlungsbau im Winter

von Dipl. Landwirt Dr. M. Mezmaier, Raudnitz.

Das bisherige Verfahren, 50 Prozent und mehr der Ernterückkosten für eine Kollbauernstelle allein in Gebäudewerten anzulegen, während auf den produzierenden Faktor, den Grund und Boden, knapp die restliche Hälfte entfällt, ist untragbar geworden.

Naturngemäß wird künftighin eine restlose Aus-nützung alter Gutsgebäude eintreten und weiter eine bei diesen viel sparzamere Aus- oder Umbauweise

erfolgen müssen. Damit ist die Frage noch nicht gelöst, wie die neuen Gebäude der Landflächen, beschaffen sein sollen, die nach der Zuteilung zu den Altgebäuden noch frei bleiben. Dies sind zahlen-mäßig mindestens 50 Prozent oder mehr der gesamten Siedlungsfläche.

Noch ehe die Wirtschaftsdepression im vorigen Sommer akut geworden war, ist man in rechtzeitig

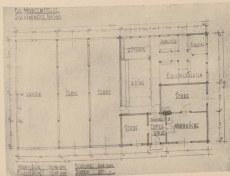


Bild 1 Blockbauweise-Grundriss

Erkenntnis der allgemeinen Lage und der zu starken Belastung der einzelnen Siebertelle an die praktische Ausführung billigerer Wirtschaftsgebäude gegangen. Ein Beispielsversuch hierfür ist in der von dem Siedlungsunternehmer Krueger ausgeführten Siedlung Gramten, Kreis Rosenberg, gemacht worden. Das Ziel war eine Kostenentung um 50 bis 60 Prozent, wobei der Gebäudepreis für eine Vollbauernstelle auf 7200 RM zu stehen kam.

Das an der Drenowz gelegene Gelände, das nach umfassenden futurtechnischen Maßnahmen 1000 Morgen hochwertige Wiesen abgab, zeigte besondere Eignung für ausgeprohene Viehwirtschaften. Es wurden Stellen von 60 bis 80 Morgen auszuweisen, die ein Vießen: Ackerverhältnis von 4—3: 1 gelegt, die ein Vießen: Ackerverhältnis aufweisen. Dem veränderten Wirtschaftscharakter mußte auch in der Bauweise durch ausreichenden Stallraum Rechnung getragen werden. Als Grundform wurde ein Rechteckbau von großer Tiefe gewählt, der sämtliche Wirtschaftsgebäude unter einem Dach vereinigt. Besonders berücksichtigt wurde bei der Planung die spätere Erweiterung der Stallräume durch Einbeziehung der Wohnräume.

Diesen Weg hat nun Krueger bei der Besiedlung des Gutes Traupel weiter verfolgt. Der Fachwerkbau wurde durch die Blockbauweise abgelöst. Da der zum Gute gehörige Wald billiges und zweckentsprechendes Baumaterial abgab, konnte an eine erhöhte Holzverwertung gedacht und damit eine weitere spürbare Verbilligung erzielt werden. Die Blockhölzer wurden dreiseitig behauenen, die vierte roh belassene Seite kommt nach außen zu liegen, bildete somit einen guten Witterungsschutz und gab die gleichzeitige dem Bau ein natürliches Gepräge. Durch gegenseitige Abdichtung der Holzblöde geschah durch Moos, das in der Längsmittle des Blockes in einer Fuge festgepackt und durch den darauf lastenden Druck zusammengepreßt wurde.

Die innere Ausgestaltung wird durch Abb. 1 veranschaulicht. Grundgedanke ist auch hier: Einfachste Gestaltung des Wohnanteiles, geräumige Stallflächen und deren spätere Erweiterungsmöglichkeit durch

Einbeziehung und Ausbau der Wohnräume. Gegenüber der Gramtener Bauweise sind verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Die Pferdestände befinden sich gleich neben dem Eingang (in Gramten hinter den Kuhständen), anschließend die Kuhstände und weiter der Durchgang zur Scheune. Die Fütterung der Tiere erfolgt von der Tenne aus durch entsprechende Futterläufe. Die angrenzende Stube (für Kinder) kann bei etwaiger späterer Stallerweiterung durch Herausnahme der Blockwand zum Stall hinzugezogen werden. Die andere Stallhälfte weist eine Lungenviehbucht, zwei große Schweinebuchten und eine kleinere auf.

Auch hier bedarf es nur der einfachen Herausnahme der Blocktrennwand um später durch Hinzunahme der Wohnstube eine Vergrößerung des Stalles vorzunehmen, je nach Erfordernis durch Anlage von weiteren Schweinebuchten oder Viehständen. Die Wohnfläche als Extraum ist besonders hell und geräumig gestaltet. Den beim Gramtener Bautyp noch vorhandenen Hausflur als Zugang zu Wohn- und Stallräumen hat man durch Ausbau zu einer Futterküche besser ausgenutzt. Der Scheunentraum besitzt zwei Auffahrtsternen und wirt somit arbeitssparend. Der Bodenraum dehnt sich über Wohn- und Stallteil aus, dient als Heu- und Schüttboden und kann, wenn nötig, mit Oberstaben ausgebaut werden.

Die Kosten für die 60 Morgenstelle betragen 5300 RM, für die 30 Morgenstelle 4800 RM. Es ist also eine weitere Senkung der Baukosten auf nahezu ein Drittel gegenüber den alten Steinbauten erreicht, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine bestimmte Raumverringering eintreten mußte. Die Auswirkung dieser einschneidenden Kostenentung zeigt sich trotz Wegfallens der niedrig verzinslichen Hauszinssteuer, bei der Rentenbelastung pro Morgen. Während vorher eine solche von 20 RM durchaus üblich war, kommt sie in diesem Falle nicht höher wie 13 bis höchstens 14 RM pro Morgen bei in guter Kultur befindlichem Mittelboden. Auch die Höhe der Anzahlung wird im Interesse des Siedlers wesentlich günstiger gestaltet werden können.

Gleichzeitig tritt aber auch ein gänzlich neues Moment in Erscheinung, das des Gebrauchs wirtschaftseigner Baustoffe in Form des Holzbestandes. Die Verwertung von Waldbeständen hat beim Kauf von Siedlungsgütern öfters bedeutliche Schwierigkeiten bereitet und manches Objekt für die Besiedlung ungeeignet erscheinen lassen. Die Erstellung der Blockhäuser schafft hier neue Möglichkeiten, nicht nur hinsichtlich stärkerer und umfangreicherer Besiedlung, sondern auch im siedlungstechnischen Sinne. Die Bauweise erhält ein wesentlich schnelleres Tempo und vor allen Dingen ermöglicht sie eine Ausführung auch während der Winterzeit. Die Verfüzung der Bauzeit beschränkt aber zeitlich die Zwischenwirtschaft und mindert deren Kosten im Interesse des Siedlers.



Bild 2 Im Rohbau nahezu fertige 30-Morgenställe

Gleichzeitig ermöglicht dies einen bedeutend früheren Zugang der Siedler zur Stelle, was sich wiederum für die Entwicklung des Betriebes günstig auswirkt. Sie wirkt ferner, wenn auch vorläufig noch in bescheidenem Maße, ausgleichend auf den Arbeitsmarkt, da man schon in der Winterzeit vielen Arbeitern, ungelerneten wie Fachhandwerkern, Arbeit und Verdienst geben kann. So werden in Traupel den Winter über durchschnittlich 100 Arbeiter der verschiedenen Berufsgruppen beschäftigt, die im Landwirtschaftsbetrieb tätigen, nicht mitgerechnet.

Es ist interessant, den erstmals unternommenen Versuch, der in seiner Ausführung, was Arbeits-tempo und technische Vorbereitung betrifft, fast amerikanisch anmutet, näher zu betrachten. Nach Auswahl besonders geeigneter Holzbestände wird mit dem Einschlag begonnen, möglichst an einer ebenen Geländestelle, die die Aufstellung einer Kreissäge und evtl. eines fliegenden Gatters ermöglicht. Abbildung 4 und 5 zeigen die Kreissäge bei der Arbeit, die sich auf das Schneiden des Materials für die Blockhäuser beschränkt. Als Antrieb dient eine Lokomobile, die mit dem Abfallholz und mit Stubben geheizt wird. Zur Zeit wird in zwei Schichten gearbeitet, doch kann bei Bedarf eine weitere dritte Schicht eingelegt werden. Für die notwendige Beleuchtung sorgen einige Karbidgaslaternen. Die Stämme werden mit Seilspann herbeigeschleppt, seitlich an der Kreissäge abgelegt, sofort mit dem Spaten geschält und von zwei weiteren Arbeitern gleich an die Säge herangerollt. Anschließend befindet sich der Arbeitsplatz für die Zubereitung der Balkenverbände usw. Es muß bei all diesen Arbeiten besonders darauf geachtet werden, daß die einzelnen Arbeitsorgänge örtlich und zeitlich so eingerichtet sind, daß so wenig wie möglich unnütze Transportarbeit geleistet und den Arbeitern die Arbeit erleichtert wird. Nur dadurch ist es möglich einen guten Akkordverdienst zu sichern und im Interesse der Niedrighaltung der Kosten ein schnelles Produktions-tempo zu erzielen.

Die Konstruktion erlaubt eine weitgehende Ausnützung der bei der Verarbeitung abfallenden



Bild 3 Das erste fertige Blockhaus, Stallställe

Schwarzenhölzer, die zur Belegung der Bodenflächen dienen. Passende Rundhölzer werden ohne besondere Bearbeitung als Ständer und Binder im Stall und hauptsächlich beim Scheunenbau gebraucht. Das für Bodenbelag und Außenverjchalung besonders geeignete Stammholz wird direkt dem Gatter zugeführt. Es traf sich günstig, daß in Traupel ein solches in eine Scheune eingebaut vorhanden war. Andernfalls wäre ein fliegendes Gatter in der Nähe der Kreissäge aufzustellen gewesen. Auch hier wird in Schichten gearbeitet und zwar gleichzeitig auf Vorrat. Die Blockhäuser werden auf einer Anzahl Zementsokel aufgebaut, wobei die dazu nötigen Erd- und Fundamentierungsarbeiten bereits in der frostfreien Zeit ausgeführt worden sind. Die noch benötigten Zementsokel aus Beton werden in den Kellerräumen des Frachtspeichers zu jeder Witterungszeit angefertigt. Diese sowie weitere Betonplatten, die als Seitenbekleidung von der Erde bis zum ersten Holzblock dienen, sind ebenfalls als Akkordarbeiten vergeben. Hand in Hand damit beginnt man auch schon mit der Herstellung der Brunnenröhre sowie der für die Wege und Gräben nötigen Durchlaßrohre. Wo günstige Grundwasserhältnisse vorliegen, werden einfache Ziehbrunnen, im Nichtfalle Pumpbrunnen erstellt. Das für die Abdichtung der Blockhölzer erforderliche Moos ist bereits im Herbst zusammengetragen worden, lagert im Walde und bedarf lediglich der Anfuhr. So nichtig diese Tatsache scheint, umso zweckmäßiger hat sie sich erwiesen, denn es wäre im Augenblick unmöglich, ein entsprechend billiges und zugängliches Material zu erhalten.

Das erste Blockhaus, nahe am Walde gelegen, ist bereits seit Wochen fertiggestellt (Abbildung 3) und wird den Arbeitern als Wohnstätte dienen, während in der üblichen Reihenfolge dann Blockhaus auf Blockhaus in den verschiedenen Aufbaustadien folgt. Bild 2 zeigt beispielsweise eine kurz vor der Rohbauvollendung stehende 30-Morgenställe. Naturgemäß verlangt die Arbeitsvorbereitung mit ihren neuartigen Arbeitsverrichtungen viel Erfahrung, umso mehr als die Blockbauweise



Bild 4 Keriölöge im Walde

gewisse technische Fertigkeiten von den Handwerkern verlangt, die sie in der Praxis bis jetzt nur vereinzelt zu üben Gelegenheit hatten. Es wird sich im Laufe der Zeit von eingearbeiteten Arbeitern bilden, der dann durch weitere Ergänzung einige Gruppen abgeben wird, denen man die selbständige Ausführung eines Baues überlassen kann.

Bei Verwendung frisch geschlagenen Holzes muß naturgemäß der durch Eintrocknung und Schwund eintretenden Formänderung Rechnung getragen werden. Da in der Hauptsache eine quer zur Faserung stattfindende Schrumpfung erfolgt, hat man die Vertikalhölzer, soweit sie die horizontal liegenden Blochhölzer bestäuen, mit verlängerten ausgeschnittenen Zapfen versehen, die unterteilt sind und von den Keilen erst dann befreit werden, wenn die Eintrocknung im großen ganzen abgeschlossen ist. Die Auskleidung der Holzwände in den Wohnräumen erfolgt mit sogenannten Enjo- oder Enju-lit-Platten, einem Spezialprekarton, der in verschiedenen Stärken erhältlich ist und sich für solche Bekleidungs-zwecke vorzüglich eignet. Dieses Bekleidungs-material hat sich seit Jahren bestens bewährt und auch in Finnland beim Siedlungsbau allgemeine Anwendung gefunden. Wir treffen übrigens gerade dort nahezu die gleiche Bauweise an, nur mit dem Unterschied, daß der Siedler seine Gebäude selbst errichtet.

Praktische Beispiele der Lehmbauweise aus Mitteldeutschland und ihre Anwendungsmöglichkeit für den Siedlungsbau des Ostens

von Dipl.-Ing. Johannes Hoffmann, Stralsund.

Die wirtschaftliche Not und der Zwang zum Sparen werden künftig gerade den ländlichen Siedlungsbau auf eine völlig veränderte Grundlage stellen. Die Einsparungen werden einmal durch weitgehende Ausnutzung der Arbeitskraft des Siedlers, zum anderen durch bewußte Rückkehr zu den einfachsten Bauweisen zu erreichen sein.

In den ersten Jahren nach dem Kriege befanden wir uns bereits in einer ähnlichen Notlage und damals



Bild 5 Nachtsicht an der Keriölöge

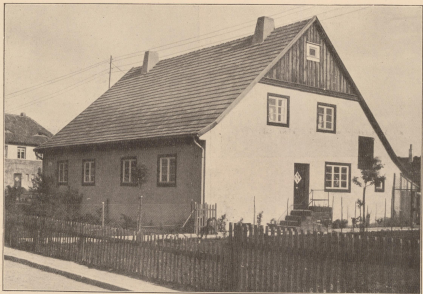
Diese Tatsache läßt aber von vornherein den unsachgemäßen Einwand hinsichtlich eines nicht genügenden Wärmeschutzes der Holzbauweise hinfällig werden, denn wir finden in Finnland ein viel extremeres Klima (bis minus 30° C) vor als in allen Provinzen Deutschlands. Man hat, um einen weiteren Beweisgrund anzuführen, auch in der amerikanischen Landwirtschaft nahezu 90 Prozent aller Bauten aus dünnwandigen Holzdoppelwänden aufgeführt, und selbst in Kanada habe ich dieselbe Bauweise angetroffen. Wer indes nur einigermaßen mit amerikanischen Lebensgewohnheiten vertraut ist, wird bekräftigen können, daß der amerikanische Farmer der letzte sein wird, der sich im Winter in eine kalte Stube setzt.

Wo Neues geschaffen wird, stellt sich als erstes die Kritik ein. Stüßt sie sich auf Erfahrung, dann verdient sie Beachtung, und in diesem Falle wird sie auch befruchtend wirken. In diesem Sinne ist die Siedlungspraxis ihren, und man kann wohl sagen, zeitentsprechenden Weg gegangen. Siedlung im Leben einer Nation bedeutet aber Beweglichkeit des Menschen, sowohl geistig wie körperlich. Es gibt keine starre Form praktischer Ausführungs-systematik, denn jede Zeit kolonialisatorischer Tätigkeit steht unter besonderen Gesichtspunkten und Erfordernissen. Die Fähigkeit, sich diesen anzupassen, ist die notwendige Voraussetzung für jeden, der im Siedlungswesen erfolgreich schaffen will.

wurde zur Verringerung der Baukosten die alte Lehmbauweise in vielen Gegenden Deutschlands mit Erfolg wieder aufgenommen.

Eine Reise in den Harz gab mir erwünschte Gelegenheit, aus dieser Zeit stammende Lehmbauten der Mitteldeutschen Heimstätte zu besichtigen.

In Mitteldeutschland, insbesondere in den beiden Mansfelder Kreisen, ferner in der Gegend um Bitterfeld und Halle ist seit Jahrhunderten der



Lehmwellerbau, fertiger Zustand, Doppelhaus der Halberstädter Baugenossenschaft

Lehmbau geübt worden, und wenn auch in den letzten Jahrzehnten diese Bauweise stark im Schwinden war, so war doch die Überlieferung wenigstens nicht ganz abgebrochen. An diese konnte angeknüpft werden. Die Wiederbelebung erstreckte sich besonders auf den Lehmputz oder Lehmwellerbau als diejenige Bauweise, die hier am meisten bekannt war und die größten Ersparnisse versprach.

In Halberstadt bot sich mit Gelegenheit, Beispiele dieser Bauweise in mustergültiger Ausführung zu besichtigen. Die dortige Heimstätten-Baugenossenschaft hatte sechs Doppelhäuser unter Leitung ihres rührigen Vorstandes und unter fürsorgender und fachkundiger Betreuung durch die Mitteldeutsche Heimstätte im Jahre 1923 errichtet. In diesem Jahre, dem Höhepunkt der Marktentwertung schien jede geordnete Finanzierung von vornherein ausgeschlossen. Wenn gebaut werden sollte, so konnte dies nur aus eigener Kraft und mit den einfachsten Mitteln geschehen. Mit kühnem Entschluß wurde der Schritt zum Lehmwellerbau getan und der Erfolg hat die aufgewendete Mühe vollumfänglich belohnt.

Die äußere Erscheinung der Bauten, die jetzt 7 Jahre bewohnt sind, unterscheidet sich in Nichts von den in der sonst üblichen Weise mit gebannten Steinen ausgeführten Häusern.

Es möge hier zum kritischen Verständnis eine kurze Beschreibung des Herganges bei der Bauausführung eingeschaltet werden:

Der aus der Baugrube gewonnene Lehm — er lag hier unter einer Humusschicht von etwa 75 cm

Höhe in wechselnder Mächtigkeit von 0,50 bis 1,10 m — wird zunächst angefeuchtet und mit Stroh — auch vertrocknete Quecken wurden verwandt — gemischt. Diese Strohzugabe soll dem Lehm größeren Widerstand gegen die etwa auftretenden Zugspannungen verleihen. Unter ständigem Treten wird diese Mischung lagenweise im „Püßl“ durchgetretet bis zur Höhe von etwa 1 m geschichtet und 24 Stunden sich selbst überlassen. Dann ist der Lehm für die Verwendung fertig. Die Kellermauern und Fundamente sind vorher aus Kiesbeton erstellt. Aus dem zubereiteten Lehmhaufen hebt nun der Siedler mittels einer Rißgabel einen Lehmputz heraus, der von einem auf der Kellermauer stehenden Arbeiter im Verband verlegt wird. Schichtweise wird so der äußere Mauerring aufgeführt, wobei der Arbeiter, indem er auf der vorhergehenden Lage rückwärts schreitet, durch sein Körpergewicht gleichzeitig die Pakete zusammenpreßt. Ist eine Höhe von 60 bis 80 cm erreicht, so bleibt dieser „Saß“ zunächst 4 bis 6 Tage — je nach der Trockenheit des Wetters — stehen. Die herausragenden Strohteile werden nun mit einem Spaten abgestoßen, daß eine stütz- und lotrechte Wand von etwa 45 cm Stärke übrig bleibt. In dieser Weise wird Saß auf Saß gewellt. Die Tür- und Fensterstürze werden durch Kohlen gebildet.

Der Ausführung dieser Bauten war es besonders förderlich, daß sie in einer regenarmen Zeit unter Dach gebracht werden konnten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß das Wetter ein sehr wesent-



Bild 2 Lehmwellerhaus im Bau

licher, aber leider auch recht unsicherer Faktor im Bauvorgang ist, und es muß deshalb auf die Gefahr auftretenden Regens während der Ausführung sorgfältig Bedacht genommen werden. Dies geschieht in erster Linie durch Bereithalten von Brettern, mit denen die Oberfläche der letzten Lage abgedeckt wird. Gegen Schlagregen können seitlich angelegte oder aufgehängte Strohbänden hinreichend Schutz geben.

Auf alle Fälle ist auch dafür zu sorgen, daß beim Richten des Daches bereits die Dachsteine zur Stelle sind und sofort mit dem Einhängen begonnen werden kann. Am sichersten wird die Ausführung geschützt, wenn bei Beginn das Dach auf behelfsmäßigen Holzstützen gerichtet und eingedeckt wird, ein Verfahren wie es vom Pastor Bodelschwingh in Bielefeld geübt wird. Er hat ihm den treffenden Namen Schwalbenestbau gegeben. Trägt doch auch die Schwalbe Nagen auf Nagen unter das schließende Hausdach zu ihrem Nest zusammen.

Das Verhalten des Lehmes der Feuchtigkeit gegenüber, ist nicht überall gleich, vielmehr hat sich gezeigt, daß fetter Lehm begieriger Wasser aufnimmt, als magerer Lehm und infolgedessen auch schneller seine Standfestigkeit bei starken und anhaltenden Regengüssen einbüßt.

Eine recht unliebbare und kostspielige Erfahrung hat die Halberstädter Baugenossenschaft mit dem Fuß machen müssen. Die Bauten waren vor Beginn

des Winters unter Dach gebracht, wurden im Frühjahr 1924 mit Kalkmörtel gepuzt und am 1. Juli desselben Jahres bezogen. Aber schon bald zeigten sich verdächtige Risse im Fuß, er fing an, an einzelnen Stücken abzufallen und allmählich entblätterte sich fast der ganze Bau. Es mußte später ein vollständig neuer Fuß aufgebracht werden. Die inneren Vorgänge, die zu diesem Schaden führten, lassen sich zweifelsfrei feststellen. Der Lehm, besonders der hier verwendete magere Lehm, gibt das zur Verarbeitung beigemengte Wasser nur sehr langsam wieder ab.

Mit der Wasserabgabe tritt zugleich ein Schwinden ein. Der Kalkmörtelpuz dagegen bildet eine starre, praktisch unelastische Mörtelplatte. Es muß sich also, wenn beim Auftragen des Puzes die Lehmwand noch nicht völlig ausgetrocknet ist, bei deren Schwinden die Verbindung zwischen Fuß und Wand lösen. Die nachdrückende Decke sorgt dann für die Rißbildung und das Abschleiben des Puzes. Es ergibt sich daraus die unbedingt einzuhaltende Vorschrift, daß nur auf vollständig trockenen Lehmwänden gepuzt werden darf; dies ist beim Lehmwellerbau erst nach einem Jahr der Fall.

Es ist verständlich, wenn diese durch den zweimal ausgeführten Fuß entstandene Mehrausgabe bei einer Baugenossenschaft, die gewohnt ist, mit ihren Mitteln aufs strengste hauszuhalten, die Begeisterung für den Lehmbau stark gedämpft hat und man von weiteren Bauten dieser Ausführung abhat. Es bejagt aber nichts gegen diese Bauweise, da



Selbsthilfebau im Lehmfachwerk (Kr. Greifenhagen 1931)

der begangene Fehler vermieden werden kann. Die Bauten sind in jeder Hinsicht als vollwertig anzusprechen. Die Bewohner hatten über nichts zu klagen und fühlten sich in ihren unter hingebender persönlicher Mithilfe erbauten Häusern in jeder Hinsicht wohl und zufrieden. Die Zimmer machten besonders infolge der tiefen, uns heute ungewohnten Fensteröffnungen einen äußerst behaglichen Eindruck. Die gute Wärmehaltung der Wohnungen wird gelobt und nirgends über Feuchtigkeit getlagt.

Über die beim Bau erzielten Ersparnisse lassen sich leider keine genauen Berechnungen aufstellen, da die Inflationszahlen mit ihrer ständigen Steigerung Vergleiche nicht zulassen. Die Baugenossenschaft schätzt die Verbilligung auf 20%. Hierin sind neben den Lehmarbeiten auch die sonstige Mithilfe der Siedler, wie die Anfertigung der Treppen, der rauhen Türen, das Abbinden und Aufstellen des Dachstuhles einbegriffen. Diese Schätzung scheint uns recht vorsichtig, sie kann umjomehr als sichere Kalkulations-Grundlage verwendet werden. Die Ersparnis ist jedenfalls so hoch, wie sie die ganze, mühevoll, langjährige Arbeit der Reichsforchungs-Gesellschaft mit Ausprobung neuer und neuester Bauweisen nicht aufzuzeigen hat.

Die Vorteile des Lehmwellerbaus sind kurz zusammengefaßt folgende:

Zum Aufbau der Außenwände und der tragenden Innenwände genügt der auf der Baustelle vorhandene Lehm ohne jede ergänzende Zufuhrnahme anderer Baumstoffe wie Holz oder Ziegelsteine. Anlauf- und Anfuhrkosten für diese hauptsächlichsten Elemente des Hauses fallen ganz fort.

Das Verfahren selbst kann ohne die teure und umständliche Schalung, wie sie bei Stampfbauten nötig ist, auszuführen werden. Es ist also kein Betriebsmaterial erforderlich.

Die Arbeit kann ohne Einstellung von Facharbeitern von ungeschulten Arbeitskräften geleistet werden. So läßt sich die Mithilfe des Siedlers in erschöpfendster Form auswerten. Unbedingte Voraussetzung bleibt allerdings, daß ein mit allen Einzelheiten vertrauter und in langer Erfahrung geschulter „Kleber“ die Ausführung überwacht. Der Halberstädter Baugenossenschaft stand hierfür ein Polster als alter Praktikus aus der Merseburger Gegend zur Verfügung.

Ich hatte gehofft, neben dem Lehmwellerbau auch den Lehmquaderbau und die Dachdeckung mit Lehm-schindeln in einer gleichfalls von der Mitteldeutschen Heimstätte betreuten Siedlung, Groß Ottersleben bei Magdeburg, durch persönlichen Augenschein kennen zu lernen. Leider aber mußte ich erfahren, daß diese Bauten im Laufe der letzten Jahre mit gebrannten Mauer- und Dachsteinen völlig umgebaut sind. Der aus dieser Tatsache sichtbar werdende Mißerfolg bei diesen Versuchsbauten wird beim Lehmquaderbau auf die ungünstigen Eigenschaften des hier verwendeten Löschlechmes, beim Lehm-schindel-dach auf eine mangelhafte Ausführung zurückgeführt. War dieser Ausfall in meinem Programm für mich sehr bedauerlich, so mag das doch bei der übertragenden Bedeutung, die der geschulderte Lehmwellerbau unter den Lehm-Bauweisen einnimmt, für die anzustellende Untersuchung nicht von allzu großem Belange sein.

Die hier über den Lehmwellerbau wiedergegebenen Beobachtungen gestatten immerhin, die Frage zu prüfen, in welcher Weise diese Bauart für den ländlichen Siedlungsbau in Kommern angewendet werden kann. Die Grundbedingung ist selbstverständlich das Vorhandensein eines geeigneten Lehmes unmittelbar auf der Baustelle. Das wird in überwiegendem Maße der Fall sein. Kommern verdankt ebenso wie die gesamte norddeutsche Tiefebene seine Oberflächengestaltung in der Hauptache dem

Diluvium, der Eiszeit, und so stoßen wir fast überall auf die Ablagerungen des Gletscherschuttes, die sogenannte Grundmoräne, die im weiteren Verlauf zu sandigem Lehm verwittert, den wir als Baustoff fuchen.

Bei jeder Brunnenbohrung können wir uns von seinem Vorhandensein überzeugen. Im übrigen geben die für große Teile unserer Provinz bereits bestehenden geologischen Landesarten klar und übersichtlich den gewünschten Aufschluß. Wir können somit das Vorhandensein brauchbaren Lehms als gegeben voraussetzen.

Für die Bauarbeiten selbst wird dann in erster Linie ein alterfahrener Fachmann zur Anleitung und örtlichen Aufsicht heranzuziehen sein. Das dürfte keine allzu großen Schwierigkeiten machen, da, wie bereits geschilbert, in Mitteldeutschland und auch in anderen Gegenden derartige Leute zu finden sind, vor allem solche, die auch an den Bauten der ersten Nachkriegsjahre neu geschult wurden. Besondere Lehmbaukunst einzurichten scheint nicht zweckmäßig. Hiermit würde viel und kostbare Zeit verstreichen, auch würden die Ergebnisse nicht den alten erfahrenen Fachmann erreichen können.

Die zum Bau nötigen Arbeiter können sowohl aus den Reihen der Siedler selbst, soweit diese schon vorhanden, genommen, als auch von den Arbeitsämtern aus den Erwerbslosen ausgesucht werden. Auch kann hier mit größtem Erfolge der freiwillige Arbeitsdienst betätigt finden.

Sind in dieser Hinsicht die Vorzeichen günstig, so bildet doch die für die Ausführung benötigte Zeit ein schwer wegzuräumendes Hindernis. Die großen Kosten und sonstigen Nachteile der Zwischenwirtschaft bringen es mit sich, daß der Aufbau der neuen Stellen innerhalb kürzester Frist, vom Beginn frostfreien Wetters bis zum Beginn der Herbstbestellung, abgewickelt werden muß. Den Lehmwellerbau in dieser Zeitspanne fertig zu stellen, ist nicht möglich. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Lehm vor dem Putzen völlig austrocknen muß, was mindestens ein Jahr beansprucht, und solange muß natürlich auch der ganze innere Ausbau ausgeführt werden. Wie soll aber der Siedler seine Stelle bewirtschaften, wenn er vielleicht den Stall aber nicht sein Haus für seinen Betrieb benutzen kann. Blicke nur eine Ausdehnung der Zwischenwirtschaft auf die zweijährige Bauzeit.

Wir fürchten, daß damit die durch den Lehmbau erzielten Ersparnisse vollständig wieder ausgezehrt werden. Die Frage, in welcher Weise der Bauvorgang auf die zur Verfügung stehende knappe Frist abgekürzt werden kann, ist hiernach von ausschlaggebender Bedeutung. Sollte sie sich nicht in günstiger Weise lösen lassen, so bliebe als Ausweg der Übergang zum Lehmweller-Widelbau oder Lehmfachwerkbau.

Und diese Bauweise scheint uns allerdings gerade für den ländlichen Siedlungsbau ganz hervorragend geeignet. Der Lehmfachwerkbau ist überdies, wie

in vielen anderen Gegenden Deutschlands, so auch in Pommern aus dem 18. Jahrhundert keineswegs unbekannt. Zeugen dieser Bauweise stehen heute nach 150 und mehr Jahren noch in vorzüglicher Verfassung. Häusern, wie sie diese Abbildungen zeigen, begegnen wir in vielen pommerschen Dörfern. Gewiß, die Lehmfachwerksbauweise verteuert sich um die Kosten für das Holzfachwerk und die zum Schutz gegen durchdringende Feuchtigkeit innere oder äußere Verkleidung; aber wieviele Vorteile bietet sie auf der anderen Seite! Im Winter kann das gesamte Holz für Fachwerk und Dachstuhl zugeschnitten und abgebunden werden. Sind im Frühjahr die Kiesbetonfundamente gestampft, so ist in wenigen Stunden das Skelett von Haus und Stall gerichtet und nun beginnt die Mithilfe des Siedlers bei der Anfertigung der Lehmstaken bei Ausfüllung der Fache und Herstellung der Zwischendecke. Stroh und Staken sind leicht zu beschaffen, die wenigen Handgriffe beim Einschlemmen und Wideln sind schnell geübt. Daß solches Verfahren in Selbsthilfe auch heute noch möglich ist, zeigt ein Beispiel aus der Praxis in den Abbildungen. Hier hat in diesem Herbst ein erwerbsloser Arbeiter sich in der geschilberten Weise ein Lehmfachwerkhäus auf einer heute beinahe aufwendig erscheinenden Grundfläche von 8×6 m errichtet. An Barauswendungen sind ihm für Material und Arbeitslöhne 3200.— RM entstanden. Diese hat er durch Aufnahme einer Hypothek von 2000.— RM ausgebracht, die ihm Verwandte gegeben haben, weil sie es hier sicherer als auf der Sparrasse angelegt glauben. Den Rest von 1200.— RM hat er sich aus dem Sparstrumpf geholt.

Im Innern kann alsbald und unbejorgt mit dem Auftrag des Lehmputzes begonnen werden, denn innerhalb der Ausfachungen ist kein irgendwie nennenswerter Schwund oder das Auftreten von Spannungen zu befürchten. Unter dem schützenden Dach ist der ganze Arbeitsvorgang den Unbilden der Witterung entzogen. Das Aufbringen der Außenhaut, sei es aus Holz, sei es aus Kalkmörtelputz, eilt nicht; sie kann ausgeführt werden, wenn alles genügend ausgetrocknet ist. Der Siedler braucht nicht darauf zu warten, er kann einziehen und seine Stelle in Betrieb nehmen, sobald der innere Ausbau vollendet ist.

Das sind ausschlaggebende Vorteile des Lehmfachwerkbau, die im ländlichen Siedlungsbau nach dem Rentengutsverfahren die Mehrkosten für das Holz aufwiegen. Aber überall da, wo die Bauten nicht nach befristeter Fertigstellung drängen und wo die Bauherren von ihrer alten Wohnung ausziehen — also beim Landarbeiter-Wohnungsbau und bei der Stadtrandbesiedlung — kann der Lehmwellerbau seine Vorzüge, die in der großen Kostenersparnis liegen, zur Geltung bringen; zunächst allerdings nur da, wo größere geschlossene Siedlungen beabsichtigt sind und es lohnt, einen Fachmann heranzuziehen. Dies ist unerlässlich.

Lage der Siedler.

Die wirtschaftliche Lage der Siedler läßt sich heute nicht ohne Besorgnis betrachten. Die große Not der Landwirtschaft wirkt sich auf die kleinen, bisher als krisenfest bezeichneten Siedlerbetriebe in zunehmendem Maße aus. Von den äußeren Wirkungen der Agrarkrise, die uns in der Statistik der Vergleichsverfahren und Zwangsversteigerungen entgegenzutreten, ist der Siedler zwar in weitem Maße geschützt, weil er über verbilligte und langfristige, bei den preußischen Rentengütern auch unfündbare Realkredite verfügt. Dieser äußere Gleichgewichtszustand hindert aber nicht den Einzug der Krise in das Innere des Siedlerbetriebes, denn auch der kleine Familienbetrieb ist bei dem gegenwärtigen Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht mehr rentabel. Als Produktionskosten werden dabei nur die Rentenlast, die angemessene Verzinsung der Anzahlung und der notwendige Unterhalt der Siedlerfamilie eingerechnet. Es muß aber im Siedlerbetriebe nach einem hinreichenden Arbeitsertrag gestrebt werden, der eine Aufwärtsentwicklung ermöglicht.

Wenn wir beim Siedlerbetriebe unter der aufzubringenden Zinslast lediglich die Verzinsung des bestehenden Restkaufgeldes, die Ausbringung der Rente, verstehen, dann sind die Betriebe immer noch leistungsfähig, wenn sie mit angemessener Anzahlung gekauft sind, und wenn ihre Eigentümer keine persönlichen Schulden bei der Anschaffung des Inventars, insbesondere durch unüberlegte Käufe von Maschinen, gemacht haben. Solche zahlungsfähigen Siedler waren noch in den vergangenen Jahren in großer Anzahl vorhanden, so daß die von ihnen in bar aufzubringenden Zinsen nicht hoch sind. Dennoch ist selbst die Rentenbelastung dieser Siedler gegenüber den heutigen, bei einer ordnungsmäßig betriebenen Siedlerwirtschaft möglichen Einnahmen sehr hoch. Für das Übernahmejahr 1930 hat die Preussische Landesrentenbank in ihrem Geschäftsbericht eine durchschnittliche Rentenbelastung von 14,91 RM. je Morgen festgesetzt. Bei Siedlungen, die in früheren Jahren angelegt wurden, sind die Renten teilweise noch höher. In Ostpreußen liegen die Renten bei gut angelegten Siedlungen je nach der Güte des Bodens zwischen 11,— und 18,— RM.

Die Nachrichten der Tages- und Fachpresse über dingliche Renten von mehr als 20,— RM. bei mittlerem und bis zu 20,— RM. bei leichtem Boden entbehren der statistischen Unterlagen.

In keiner Weise nachprüfbar sind aber die Angaben über eine weitere persönliche Zinslast der Siedler von 6,— bis 10,— RM. je Morgen. Die praktischen Ergebnisse der Kontrolle landwirtschaftlicher Großbetriebe zeigen, wie außerordentlich schwierig gerade die Erfassung der persönlichen, regelmäßig nicht durch die Buchführung laufenden

Schulden ist. Die Feststellung der persönlichen Schulden beim Kleinbetriebe ist noch viel schwieriger, vor allem bei den Siedlern, die vor dem Anlauf ihre tatsächlichen Schulden gern verschweigen und sie nachher vorführen, um Rentenstundungen zu erreichen. Die Nachprüfungen haben aber ergeben, daß die Art der nach Übernahme des Siedlerbetriebes entstandenen Schulden regelmäßig der Verbesserung der Wirtschaft und nicht der Lebenshaltung gedient haben. Die Zahlungsschwierigkeiten der Siedler haben darum ihren Grund darin, daß diese Aufwendungen für die Verbesserung der Produktionsmittel in der Landwirtschaft bei der augenblicklichen Konjunktur nicht rentabel sind. Die Zahlungsstrife bei den einzelnen Siedlern wird noch erhöht, weil sie vielfach diese Schulden in dem Glauben gemacht haben, in ihren Aufwertungshypothen und noch ausstehenden anderen Forderungen gegen Verwandte und Bekannte einen Rückhalt zu haben. So sind auch die Siedler in das allgemeine Kreditnetz eingepaßt und an der Kreditkrise in weitem Maße beteiligt. Daraus erklärt es sich, daß es heute schon vielfach Siedlerbetriebe gibt, die erhebliche Rentenrückstände haben. Diese Rückstände erscheinen aber wiederum nicht so schwerwiegend, wenn man bedenkt, daß dem Siedler früher 3 Freijahre zugestanden wurden, bis zum Inkrafttreten der neuen Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung vom 10. November 1931 dagegen nur ein Freijahr. Alsdann ist der Zinssfuß von 4,25% auf 5% erhöht worden. — Man darf vor allem die Rentenrückstände bei dieser Wirtschaftslage nicht auf die geringe Leistungsfähigkeit des Betriebes zurückführen. Denn der Siedler bekommt bei Übernahme der Stelle eine ausreichende Ernte mit, von der er in den meisten Fällen noch einen Überschuß erzielen und zum Teil auf die Rentenzahlung des ersten Leistungsjahres verwenden kann.

Die Ursachen der Rentenrückstände sind vielmehr bei den weitaus meisten Siedlerbetrieben die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Siedler an die Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Marktes und die schon hervorgehobenen Aufwendungen für Maschinen und Geräte, die den Siedlern von den Reisevertretern der Firmen unter geschickter Anpreisung der Vorzüge des Abzahlungsgeschäfts verkauft werden. Eine zielbewußte und streng durchgeführte Wirtschaftsberatung wird nötig sein, um derartige Mängel der Wirtschaftsführung zu verhüten.

Es ist bekannt, daß im Siedlungsverfahren des Jahres 1932 durch Senkung des Landpreises und der Gebäudekosten Siedlungen geschaffen werden sollen, die ganz erheblich billiger sein werden als die Siedlungen des vergangenen Jahres. Weitere Vergünstigungen sehen die Richtlinien durch Ein-

parung bei Mitarbeit der Siedler und Erhöhung der Freijahre vor. In den beiden Siedlungszone Norddeutschlands sollen bei Ausbaufiedlungen gemäß Ziffer 60 der Richtlinien im ersten Jahr nach der Übergabe der Stelle keine Zinsen, im zweiten Jahre 1,5 v. H. jährlich Zinsen, im dritten Jahre 3 v. H. jährlich Zinsen und im vierten Jahre 4 v. H. jährlich Zinsen gezahlt werden.

Die Mittel für die ländliche Siedlung sind zwar knapp und müssen gestreckt werden. Darum wird die Rentenbelastung je Morgen auch bei den Siedlungen des Jahres 1932 nicht erheblich zurückgehen. Die Richtlinien machen aber, insbesondere durch die Vermehrung der Freijahre, eine Siedlung möglich, die den angelegten Siedlern auch in der jetzigen Krise eine sichere Existenz schafft, wenn sie fachkundig wirtschaften und zukunftsreudig an die Arbeit gehen.

Aber auch für die bereits angelegten Siedler müssen Erleichterungen geschaffen werden.

Es können zwar die Forderungen der Siedlerverbände, die sich in letzter Zeit allorts bilden, nicht erfüllt werden. Bekannt sind die Entschuldigungen der mecklenburgischen Siedler in den Oktoberversammlungen in Güstrow und Greifswald, in denen insbesondere gefordert wurde:

1. sofortige Niederschlagung aller rückständigen Renten,
2. ein Moratorium für alle Siedler, sowie Herabsetzung der Renten,
3. Bereitstellung der zur Fortführung der Wirtschaft notwendigen Düngemittel- und Saatgutfreibite.

Durch vorbeugende Maßnahmen muß verhindert werden, daß eine Verheerung, wie sie aus diesen ultimativen Forderungen spricht, unter den Siedlern gar nicht aufkommt.

Die Rentenpolitik muß sich nach der objektiven Leistungsfähigkeit des Betriebes richten. Sie darf dem Siedler regelmäßig nicht die Substanz teilweise oder ganz nehmen. Sie muß vielmehr diese Leistungsfähigkeit des Siedlerbetriebes durch geeignete Wirtschaftsberatung zu erhöhen suchen. Sie darf aber andererseits auch nicht vor Zwangsmaßnahmen zurückschrecken, damit nicht etwa unter den Siedlern das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit schwindet und dem Gefühl des schicksalsergebenen Staatsrentners Platz macht. Nur wenn dieser Grundsatz beachtet wird, können die Siedlungen gemäß ihrem staats- und wirtschaftspolitischen Zwecke zu kraftvollen Wirtschaftszellen werden, die die Krise überdauern und darüber hinaus einen wirtschaftlichen Aufschwung der Landwirtschaft vorbereiten helfen.

Sollen wir noch siedeln?

Hin und wieder sind Meinungen laut geworden, nach denen man gegenwärtig wegen der fehlenden Rentabilität der Landwirtschaft die Durchführung der Siedlung einstellen oder ihr gegenüber wenigstens zurückhaltend sein soll.

Ganz fraglos sind die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß auch der Bauer, der mit seiner Familie allein auf seinem Grundstück arbeitet, nicht mehr als krisenfest bezeichnet werden kann. Der in eine neue Stelle hineinfallende Siedler hat es, wie aus den vorstehenden Ausführungen über die Lage der Siedler zu entnehmen ist, noch sehr viel schwerer. Denn er muß die Bauernwirtschaft erst auf- und ausbauen. Aber andererseits müssen wir uns klar darüber sein, daß, wenn eine Zeit geeignet ist, billig zu siedeln, d. h. die Siedler mit geringem Zinsfuß in ihr Land einzuweisen und vor allem Land für die Siedlung zu erhalten, es nur eine Zeit sein kann, in der es der Landwirtschaft nicht gut geht, denn sonst würden wir vom Großgrundbesitz entweder überhaupt nicht oder zum mindesten doch nur zu hohen Preisen Land zur Siedlung erhalten können.

Aber wir gründen unsere Siedlungen nicht für Krisenjahre, sondern sie sollen — vom menschlichen Leben aus gerechnet — für die Ewigkeit erstellt sein. Selbst die Gebäude sollen mehrere Menschenalter hindurch bestehen. Darum sind die Bestrebungen auf dem Gebiete des Siedlungswesens durch Krisenjahre nicht aufzuhalten und umgekehrt gerade durch Krisenjahre zu fördern. Daß freilich auch in dieser Zeit die Siedlung Bestand behält, muß auf andere Weise erreicht werden, nämlich durch die Verminderung der Zinslasten in der Zeit der Not. Wenn überhaupt Mittel von staatswegen gegeben werden, dann wäre es das Wichtigste, für die Zeiten der Not von der Zahlung der Zinsen ganz oder teilweise Abstand zu nehmen und sie erst dann voll zu verlangen, wenn die Krisenzeit überwunden ist, ebenso wie der König Friedrich Wilhelm I. bei den Salzburgern die Zinslast zum Teil bis auf 9 Jahre hinausgab, um sie an den Schluß der vertragsmäßigen Tilgungsfrist anzufügen. Die neuen Richtlinien des Reiches für die ländliche Siedlung tragen dieser Voraussetzung bereits Rechnung. Auch für die bisher angelegten Siedler sind allgemein entsprechende Ermäßigungen für die Krisenjahre zu schaffen. Sicherlich ist es für den Staat ein schweres Opfer, einstweilen auf die Zinsen der Siedler oder auf einen Teil derselben zu verzichten, aber besser ist es für den Staat, daß er die Sicherheit der Siedler in der jetzigen Zeit gewährleistet und die Zinsen später bekommt, als wenn er Unruhe in die Siedlerschaft und in das Siedlungswert hineinbringt.

Gruppensiedlung.

Das grundsätzlich Neue des Siedlungsverfahrens 1932 ist die Gruppensiedlung. Es erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Siedler und Siedlungs-

träger. Mit der Zusammenstellung der Gruppen und den weiteren Vorbereitungen muß bereits jetzt im Winter begonnen werden. Die Gruppen sollen nach den Richtlinien für die ländliche Siedlung nach landmannschaftlichen, konfessionellen und ähnlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden. Die Arbeiter, Handwerker und Angestellten des Siedlungsguts werden, wenn sie auf diesem Gute siedeln wollen, diesen Gruppen in geeigneter Weise angegliedert werden. Jede Siedlergruppe wird nach ihrer Zusammenstellung einen Gruppenführer wählen. Hierbei wird es zu empfehlen sein, möglichst die einstimmige Wahl herbeizuführen. Nur dann wird es für den Führer möglich sein, die notwendige Autorität unter den Siedlern zu erlangen. Die Siedlungsgesellschaft wird sich aber das Recht der Bestätigung vorbehalten müssen. Denn sie kann nur mit einem Gruppenführer zusammen arbeiten, zu dem sie volles Vertrauen hat. Der Gruppenführer darf aus seiner Tätigkeit gegenüber den anderen Siedlungsbewerbern keinen finanziellen Vorteil oder Vorzug bei dem Erwerb einer Siedlung haben. Die Gruppe selbst hat sich in den Besiedlungsvorgang einzuordnen und mit allen Kräften an dem Ausbau der Siedlung mitzuarbeiten. Über die Eingliederung der Gruppe in die Besiedlungsarbeit wird bei Beginn der Arbeit zwischen der Siedlungsgesellschaft und dem bevollmächtigten Führer der Gruppe eine vorläufige Vereinbarung zu schließen sein.

Sobald ein Mitglied der Siedlergruppe sich während der Bearbeitung und der Errichtung der Siedlungen zu dem Ankauf eines bestimmten Siedlergrundstücks entschließt, wird mit ihm ein Kaufvertrag oder wenigstens ein Vorvertrag, in welchem dem Siedler ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird, abzuschließen sein. Beim Abschluß dieses Sondervertrages erteilen die einzelnen Siedler dem Siedlungsträger die Vollmacht und den Auftrag, für sie als Bewerber und Bauherren alle Maßnahmen zu treffen und alle Verträge abzuschließen, die zur Fertigstellung der Siedlung bis zur Übergabe an die Siedler notwendig sind. Die dem Siedlungsträger für diese Tätigkeit obliegende Vergütung kann im Einzelfalle sowohl mit einem bereits fest bestimmten Kaufpreis für eine bestimmte Siedlung eingeschlossen werden, sie kann aber auch als besondere Betreuungsgebühr gesondert festgelegt werden.

Hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des hierbei einzuschlagenden Verfahrens müssen die Bewerber auf die Sachkunde der Siedlungsgesellschaft vertrauen und sich verpflichten, keine Sondervorschriften zu machen. Dagegen wird es Aufgabe des Siedlungsträgers sein, Wünsche der Siedler nach Maßgabe des Möglichen zu berücksichtigen. Der Sinn dieses Verfahrens muß in dem Ziele liegen, den anzusehenden Siedler durch seine Arbeit und seinen Willen zum Emporstreben vom Beginn der Siedlung an mit der Siedlung innerlich zu verbinden.

Wenn einzelne Siedler sich zum Abschluß dieser Vereinbarungen nicht sofort oder überhaupt nicht

entschließen, dann stehen sie weder zum Siedlungsträger oder einer anderen Person in einem Arbeitsvertragsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Sie können sich dann einem anderen Siedler anschließen und mit ihm eine Sondervereinbarung über die Mitwirkung und die Bezahlung in Form eines Dienst- oder Gesellschaftsvertrages abschließen. Es kann auch von den Mitgliedern der Gruppe untereinander und zusammen mit der Siedlungsgesellschaft eine Gelegenheitsgesellschaft gebildet werden, bei der unter den Beteiligten als wichtigster Grundsatz festgelegt wird, daß weder die Siedler einen Anspruch auf Bezahlung für ihre Arbeit (mit Ausnahme des Anspruchs auf die Ersparnisse beim Erwerb einer Siedlung) oder die Gesellschaft gegen die Angehörigen der Gruppe einen Anspruch auf die Fortsetzung der Arbeiten bis zu einer bestimmten Dauer haben.

Daß die Siedler im Rahmen ihrer Gruppe bestimmte Sonderverpflichtungen über Arbeitsdauer, Arbeitszeit, Arbeitsumfang und Sonderentgelt untereinander eingehen, wird hierbei nicht ausgeschlossen.

Die Höhe der Ersparnisse durch Mitarbeit wird im Einzelfalle davon abhängen, ob der Siedler nur selbst mitarbeitet, oder ob er noch einen oder mehrere erwachsene Angehörige zur Mitarbeit unter Verrechnung bei dem Erwerb einer einzigen Siedlung stellt. Diese Verrechnung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Mitarbeit bei einem anderen Siedlungsvorgang desselben Jahres und desselben Siedlungsträgers vorgenommen wird.

Über die Art der Verrechnung und die Höhe der Abzüge für Unterkunft und Verpflegung werden die Siedlungsträger mit den Siedlern bestimmte Vereinbarungen schließen müssen, damit Mißverständnisse und nachträgliche Streitigkeiten vermieden werden.

Das hier in kurzen Zügen angedeutete Verfahren der Gruppensiedlung stellt das ganze Siedlungsverfahren auf eine andere Basis. Es ist hier bisher nur das Verhältnis von Siedler zum Siedlungsträger beleuchtet worden. Die Einschaltung des Unternehmers bringt noch neue Probleme, die bisher ungelöst sind. Diese Mitwirkung des Unternehmers wird notwendig sein. Einmal, weil aus wirtschaftspolitischen Gründen für das unter der Krise besonders schwer leidende Baugewerbe Arbeit geschaffen werden muß, alsdann muß der Siedlungsträger einen bewährten Bauleiter auf dem Siedlungsgute haben, auf den er sich verlassen kann. Bei der Vergabe der Arbeiten wird so zu kalkulieren sein, daß der Unternehmer das Risiko für die Bauausführung, die von ihm zu stellenden Geräte und das zu liefernde Material übernimmt. Der Siedlungsträger wird dafür einzustehen haben, daß die von ihm unentgeltlich gestellten Arbeitskräfte, die Gruppenmitglieder, ihre Arbeitspflicht ordnungsmäßig erfüllen. Wenn dies einmal nicht der Fall ist, müssen die Kräfte ausgewechselt oder durch Tarifarbeiter auf Kosten des Siedlungsträgers abgelöst werden.

Unter der Fülle der Probleme, die noch gesetzlich und dann im Wege der freien Vertragsvereinbarung unter den Beteiligten zu regeln sind, treten die Fragen des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitsbedingungen sowie die der Sozialversicherung während der Arbeitszeit in den Vordergrund. Für die landwirtschaftliche Siedlung werden entsprechende Vorschriften zu erlassen sein, wie es für die vorstädtische Kleinsiedlung durch die Verordnung vom 23. Dezember 1931 geschehen ist (RGS. II, 790). Danach ist bereits für die Siedlergruppen der vorstädtischen Kleinsiedlung gesetzlich bestimmt, daß die Mitarbeit bei der Errichtung der Siedlerstellen einschließlich der Aufschließung und Kultivierung des Geländes, sowie der Einrichtung der Gemeinschaftsanlagen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Dienst- und Arbeitsverhältnis im Sinne der Verordnung über die Fürsorgepflicht begründet.

Der Gewährung der Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung steht demnach die Mitarbeit beim Siedlungsorgane nicht entgegen. Die Gewährung der Krisenunterstützung wird nicht davon abhängig gemacht werden, daß die Siedlergruppe auch in der Gemeinde des Siedlungsortes zugelassen ist. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter sind auch, solange sie beim Siedlungsorgane mitarbeiten, von der Verpflichtung entbunden, sich beim Arbeitsamt zu melden. Die Unterstützung wird vielmehr an die Erwerbslosen über den Träger der Siedlung geleitet werden.

Kranken- und Unfallversicherung bleiben für die Erwerbslosenmitglieder der Siedlergruppe in derselben Weise bestehen, wie es die Bestimmungen für die Zeit der Arbeitslosigkeit vorsehen.

Auch für die ländliche Siedlung wird die klare gesetzliche Regelung dieser Fragen neben sorgfältiger Ausgestaltung der Beiträge bald zu treffen sein. Das Gelingen dieser notwendigen Vorbereitungen ist die erste Voraussetzung für einen praktischen Erfolg der neuen Gruppen-siedlung. Auch die lang erwartete neue Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes (vergl. „Siedlung und Wirtschaft“, Heft 3, Seite 106) wird im Sinne einer eindeutigen, authentischen Auslegung aller Zweifelsfragen alsbald Wirklichkeit werden müssen.

West-Ost-Siedlung.

In den letzten Jahren hat die Umsiedlung im Rahmen des großen Siedlungsplanes erheblich an Bedeutung zugenommen. Da die meisten der nach dem Osten Umgesiedelten — in den Jahren 1927 bis 1929 waren es 73 % — aus den westlichen Abgabebereichen: Westfalen, Rheinland, Westhannover, Hessen-Rassau, Hessen und Oldenburg stammen, ist die Bezeichnung „West-Ost-Siedlung“ zu einem Begriff der Umsiedlung überhaupt geworden. Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation hat in diesem Aufgabenkreis die von ihr gegründete „Reichsstelle für Siedlerberatung“

als Vermittlungsstelle zwischen Siedler und Siedlungs-träger eingerichtet. Die von dieser Zentralstelle vorgebrachte Ausflüchtungsarbeit, sowie die planmäßige Eignungsprüfung und Beratung der Siedlungsbewerber hat zu einem erfolgreichen Anwachsen der Umsiedlungsbewegung geführt. Die Reichsstelle für Siedlerberatung hat jetzt in der von Dr. Johannes Schauff verfaßten Schrift „Die West-Ost-Siedlung in den Jahren 1927—1930“ (Deutsche Landbuch-handlung Berlin SW 11) einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der West-Ost-Siedlung gegeben. Danach wurden in den Jahren 1927—1930 insgesamt 1623 Siedler in eine neue Heimat um-gesiedelt und zwar:

im Jahre 1927	153
„ „ 1928	263
„ „ 1929	355
„ „ 1930	852.

Demnach entfallen im Vergleich zur gesamten Siedlung auf die Umsiedlung:

1927 kaum 6 %, nämlich 153 von 2623 Stellen
 1930 bereits über 15 %, „ 852 „ 7477 „

Für das Jahr 1931 ist der Umfang der gesamten Umsiedlung noch größer geworden. Die endgültigen Zahlen stehen noch nicht fest.

Die meisten West-Ost-Siedler haben den groß-bäuerlichen Stellen den Vorzug gegeben. 88,1 % haben nämlich Betriebe von über 8 ha erworben. Diese Erfahrung ist demnach eine Bestätigung der bereits wiederholt gemachten Beobachtung, daß bisher für die Umsiedlung weniger die menschlichen und beruflichen Eigenschaften, sondern die Kapital-kraft der Bewerber entscheidend war. Gerade bei der Umsiedlung muß dem Siedler in seiner neuen Heimat auf dem Lande Gelegenheit gegeben werden, seinen alten gewerblichen Beruf unter verbesserten Produktions- und Absatzbedingungen weiter zu betreiben. Darum müssen den West-Ost-Siedlern kleine Stellen gegeben werden, deren Bewirtschaftung noch für Neben-arbeit Raum gibt. **Diese Verpflanzung der bisher in den Großstädten betriebenen Berufe auf das Land wird eine bevorzugt zu behandelnde Aufgabe der künftigen Umsiedlung sein.**

Die in diesem Jahre vollzogene Änderung in der Siedlungsmethode, die anstelle der schematischen Einzelstellenverkäufe eine mehr individuelle Siedlungsweise treten lassen wird, wird für diese berufsmäßige Erfassung der West-Ost-Siedler unter Berücksichtigung der Einzelinteressen genügend Raum bieten.

Die berufsmäßige Eingliederung der West-Ost-Siedler in den organischen Wirtschaftsaufbau eines Siedlungsorfes setzt aber eine besonders sorgfältige und individuelle Prüfung der Siedlungsbewerber voraus. Zu diesem Zwecke veranstaltet der evangelische Siedlungsdienst e. V., Bielefeld, in der Zeit vom 17.—23. Januar 1932 in den Städten Hamm,

Gelsenkirchen, Bochum, Recklinghausen, Dortmund, Moers, Duisburg, Essen und Hagen Versammlungen, in denen die Siedlungsbewerber die nötige Aufklärung erlangen und die Siedlungsträger die Vorbereitungen für die passende Auswahl der Siedlungsbewerber treffen können. Der evangelischen Kirche ist für diese aufklärende und fördernde Mitarbeit bei der Umsiedlung zu danken. Der Anfangserfolg des Evangelischen Siedlungsdienstes im Jahre 1931 ist die Umsiedlung von rd. 100 Familien, von denen der größte Teil nach Ostpreußen verpflanzt wurde. Der hohe Anteil Ostpreußens gegenüber den übrigen Provinzen erklärt sich daraus, daß die Ostpreußische Bau- und Siedlungsgesellschaft die Rückführung der aus der alten Heimat zur Industrie abgewanderten Landarbeiter in besonderer Nähe als ihre Aufgabe betrachtet hat. Sie hat ¹⁰ der in Ostpreußen unter Mitwirkung des evangelischen Siedlungsdienstes angeführten Rückfiedler angelehrt. Als Sonderaufgabe im Rahmen der Umsiedlung behandelt der evangelische Siedlungsdienst die Umsiedlung der Landarbeiter. In der Zeitschrift „Pfarrerschaft und Siedlung“ (von Konsistorialrat D. Symmen und Dr. Hermann Schulz) empfiehlt der evangelische Siedlungsdienst der Pfarrerschaft die Unterstützung auch in den Fachkreisen der Siedlung miterreichten Maßnahmen. Die kirchliche Organisation soll durch geeignete Aufklärung dabei mitwirken, daß den zur Siedlung geeigneten Landarbeitern Mut gemacht wird, auf den Weg zu treten, der ihnen — wenn auch gewiß in harter Arbeit und unter mancherlei Entbehrung — die Aussicht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit und auf die Schaffung einer Zukunft für ihre Familie eröffnet. Es gilt der Hoffnungslosigkeit zu wehren

und den eigenen Entschluß und die eigene männliche Tat zu wecken und der Neigung entgegen zu wirken, die notdürftige Sicherung der Existenz von der Allgemeinheit, der Gesellschaft, dem Staat zu erwarten. Es gilt den harten Zwang wirtschaftlicher Notwendigkeiten von innen her umzuschaffen zu einem starken Antriebe verantwortungsvollen Wirkens und Schaffens.

Die hier in dieser Zeitschrift angeregte und z. T. auch schon vorhandene tatkräftige Anteilnahme der Pfarrerschaft an der Siedlung kann für die Erfolge der Siedlung von großem Nutzen sein.

Das Umsiedlungsprogramm des Jahres 1932 steht ganz im Zeichen der Erwerbslosenhilfe. In den Großstädten der westlichen Industrie gibt es noch zahlreiche Arbeiter, die aus der östlichen Landwirtschaft abgewandert sind und gern wieder zurückkehren möchten. Heute sind diese arbeitswilligen und arbeitsfähigen Kräfte erwerbslos.

Ihre ganze Hoffnung richtet sich auf die Rückführung in die Heimat. Sie haben z. T. noch kleine Ersparnisse aus besseren Zeiten, die sie gern zum Erwerb einer neuen Wirkungsstätte verwenden wollen. Es ist die Aufgabe aller Siedlungskreise, diese Bestrebungen zu unterstützen. Nur bei tatkräftiger Mitwirkung aller kann der Zug von der Großstadt zum Lande zu einer großen Bewegung wachsen und ein wirksames Heilmittel zur Gesundung unserer an der Arbeitslosigkeit schwer erkrankten Wirtschaft werden.

Dr. F. R.

Besprechungen

„Arbeitslosigkeit und Siedlung“. Herausgegeben vom Deutschen Archiv für Siedlungsweisen. Mit der Notverordnung vom 6. Oktober 1931, Viertes Teil, Kapitel II, und den Richtlinien des Reichskommissars für die vorläufige Kleinsiedlung vom 10. November 1931 Deutsche Landbuchhandlung, Berlin 1931, RM. 7.—

In diesem Buche ist die Siedlung im Zusammenhang mit dem Zentralproblem der Wirtschaft behandelt, der Arbeitslosigkeit. Die Ursachen und Wirkungen beider Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens sind gegenübergestellt. Die Frage lautet, wie und in welchem Maße die Arbeitslosigkeit, das Grundübel der Jetztzeit, durch die Siedlung erfolgreich bekämpft werden kann.

Dem Deutschen Archiv für Siedlungsweisen gebührt unser Dank, daß er dies Sonderproblem bereits in der letzten Märzwoche 1931 zum Gegenstand einer besonderen Lehrgangstagung gemacht hat. In dem Buche „Arbeitslosigkeit und Siedlung“ sind die damals von hervorragenden Sachkennern

gehaltenen Vorträge und Aussprachen zum Abdruck gelangt. Die durch die Zeitentwicklung gegebenen Veränderungen sind noch berückichtigt worden. Der gesamte Inhalt der Schrift ist zeitgemäß.

Dr. Lüttgens, der Direktor beim Landesarbeitsamt Niederlahsen, untersucht im ersten Aufsatze die Grundzüge der Arbeitslosenfrage. Nach einem Überblick über den Umfang der Arbeitslosigkeit nimmt er als ihre wesentliche Ursache drei Gründe an: Die durch den Krieg und das Friedensdiktat herbeigeführte Not hat große Scharen — insbesondere die Frauen —, die früher nicht an Erwerbsarbeit zu denken brauchten, auf dem Arbeitsmarkt erscheinen lassen. Diese Kriegsfolgen, insbesondere auch der Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht, sind die Grundursache. Daneben tritt der Fortschritt der Technik, der uns in einer früher kaum denkbaren Form der Rationalisierung heute in fast allen Wirtschaftszweigen bekannt ist, in der Klauselreihe zur Arbeitslosigkeit besonders hervor. Weltwirtschaftliche Störungen bringen den Schluß dieser Reihe und gleichzeitig eine erschütternde Wirkung.

Daß daneben in unserer Nationalwirtschaft nicht einmal die mit rd. 7 Milliarden Wert angegebene Einfuhr vermieden wird, hebt der Verfasser plastisch durch das Beispiel hervor, daß eine Einfuhr von ausländischen Nahrungsmitteln für 2 500,— RM. eine deutsche Arbeiterfamilie für ein Jahr arbeitslos macht. Bei der abschließenden Betrachtung dieser Ursachenkette folgert Küttgens, daß weder die Wirtschaftskonjunktur, noch die Bevölkerungsentwicklung in absehbarer Zeit Erleichterungen der Arbeitslosigkeit oder gar ihr Ende bringen werden.

Regierungsrat a. D. Maßmann stellt im Anschluß daran in seinem Aufsatz „wie kann die landwirtschaftliche Siedlung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen“ fest, daß heute die so nötige organische Verbindung zwischen Siedlung und Sozial- und Wirtschaftspolitik immer noch fehlt. Die Spaltung der Zuständigkeiten hindert die Entwicklung und vor allem die Wirkung einer planmäßigen Siedlungsarbeit. Bei der ins Einzelne gehenden Betrachtung der Siedlungsmethoden kommt Maßmann dann zu der Überzeugung, daß die Siedlung eine „wertvolle Waffe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ sei.

Direktor Tenhaeff wendet sich in einem besonderen Beitrage gegen die weitere Ausbreitung der Gärtneriedlung, wenn die Absatzfrage nicht sorgfältig geregelt ist.

Alsdann eröffnet der Leiter des Deutschen Archivs für Siedlungswesen, Gustav Langen, die Vortragsreihe über die „nebenberufliche Siedlung“ mit einer groß angelegten Arbeit über die allgemeine und arbeitspolitische Bedeutung dieser Siedlungsart. Diese Wirtschaftsform sei in bürgerlichen Kreisen bis tief in das 19. Jahrhundert hinein die Regel gewesen. Sie habe sich in kleinen Landstädten und in den Außenbezirken vieler Mittelstädte bis heute erhalten. Für diese geschichtliche nachweisbare Bevorzugung der nebenberuflichen Siedlung führt Langen vier Gründe an: Der verbesserte Verkehr ermöglichte die Dezentralisation der Wohnstätten, die Arbeitsstätten werden dezentralisiert, zum Teil als Filialbetriebe in Dörfer gelegt, um den Frauen die Wege zu ersparen, alsdann die Gruppierung der Industrie mit dem Ziele, daß Familienangehörige Landarbeit verrichten könnten, schließlich den Saisoncharakter mancher Industrien.

Nach einer Klarstellung des heutigen Begriffs der Nebenberufliche Siedlung (Seite 72) erklart der Verfasser dann in begründeten Ausführungen in der nebenberuflichen Siedlung die notwendige Ergänzung zu der durch die Arbeitslosigkeit erforderlich gewordenen Arbeitsstreuung. Als günstige Wirkung dieser Siedlungsart nennt er u. a.: „Die Erhöhung der Spartätigkeit und des Wohlstandes der Bevölkerung, Verbesserung der Lebenshaltung, Gesundheit und Vermehrungsfähigkeit, politische Veruhigung, große Widerstandskraft in Krisen- und Lohnbewegungen, verstärktes Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung, Stärkung des Familienfinns und der gerant-

aufbauenden geistigen Kräfte der wieder naturnahen Bevölkerung (Seite 81).

Graf Günther von der Goltz erhärtet dann diese allgemeinen Ausführungen über die nebenberufliche Siedlung durch die Schilderung und kritische Würdigung eines niederfächsischen Beispiels und führt den gabelnmäßigen Beweis für die heute noch vorhandenen Möglichkeiten und die wirtschaftlichen Vorteile einer derartigen Wohnweise.

Generaldirektor Radolny nennt die nebenberufliche Siedlung in einer weiteren Arbeit „ein Rettungsmittel für den Osten“. Der Kleinbesitz findet als Besitzform allein schon seine Rechtfertigung darin, daß er Waren produzieren soll und kann, die wir heute vom Auslande in so großem Umfange einführen (Seite 100). Die Notwendigkeit der elastischen Anspannung an den Markt der wirtschaftlichen Erzeugnisse verlangt bäuerliche Siedlerstellen in kleinem Format, die sich spezialisieren und dennoch schnell umstellen können.

Als Ziel einer volkswirtschaftlich gefunden Siedlungstätigkeit nennt Radolny mit eingehender und fünfjähriger Rechtfertigung vier Gründe:

- „Die Notwendigkeit der Bevölkerungsverdichtung aus Gründen nationaler und volkspolitischer Bedeutung,
- die Notwendigkeit der Abwehr der Arbeitslosigkeit,
- die Schaffung selbständiger Eigenwirtschaft bei steter wirtschaftlicher Verbindung zwischen Stadt und Land und
- die Rückstufung auf die landwirtschaftliche Einstellung des Ostens“.

Danach steht im Mittelpunkt der Siedlung der Mensch und nicht das Land. Bei der Aufteilung ist deshalb nicht eine Ansetzung von Bauer an Bauer zu erstreben, sondern die Bildung einer wirtschaftlich sich ergänzenden Gemeinde.

In den weiteren Vorträgen zur nebenberuflichen Siedlung behandelt Kreisbaumeister Dornis die Lage im Landkreise Bitterfeld, Dr. von Mangold die neuartige Kleinsiedlung bei den Großstädten, Dr. F. Lemmer die planmäßige Kurzarbeit in Verbindung mit der nebenberuflichen Siedlung, schließlich Regierungsrat Kehr und Direktor Grothe die Grundzüge eines allgemeineren praktischen Vorgehens zur Förderung der nebenberuflichen Siedlung. Hervorzuheben sind vor allem die Forderungen der beiden letzten Redner nach einer planmäßigen Förderung dieser Siedlungsart, die insbesondere in der Aufklärung der Öffentlichkeit, in der Werbung und Beratung der Siedler und in einer nach den Grundsätzen einer zweckmäßigen Landesplanung orientierten Standortwahl bestehen müssen.

Der bekannte Förderer des Arbeitsdienstgedankens, Professor Schäpke und außerdem Landrat Stelker, referieren dann über Arbeitslosigkeit, Siedlung und

Arbeitsdienst, und schließlich der Vertreter des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Reinhold über das Kleingartenwesen und die Arbeitslosenot.

Das Buch schließt mit einem Aufsatz von Landrat Rönneburg über die Siedlungspläne der Reichsregierung nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931. Rönneburg behandelt insbesondere die Grundzüge der vorläufigen Kleiniedlung und warnt abschließend vor einer Überplanung der Hoffnungen, die in der Öffentlichkeit vielfach auf diese neue Maßnahme gesetzt werden.

Das Buch bringt insgesamt nicht nur einen Überblick über die schwierigen Fragen der Arbeitslosigkeit und Siedlung, sondern praktische Leitfäden für ein plannmäßiges Vorgehen zur Auflockerung der Großstädte und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verpflanzung der Erwerbslosen auf das Land. In diesem Sinne bleiben die Worte des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald bei der Eröffnungsrede des Lehrgangs für jeden eine dauernde Mahnung: „Was wir in Stunden des Friedens und der Wohlhabenheit verläumt haben, müssen wir jetzt in Stunden der Not unter den viel schwierigeren Verhältnissen nachholen.“ (Seite 12). Dr. F. N.

„Bevölkerungsgang und Landwirtschaft“, von N. Jasný, Schriftenreihe des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Heft 2, Berlin 1931.

Die sehr lesenswerte Schrift untersucht den Einfluß der veränderten Bevölkerungsentwicklung auf die Landwirtschaft im allgemeinen und auf die deutsche Landwirtschaft im besonderen. Der Verfasser geht davon aus, daß die gegenwärtige abnorme Wirtschaftsentwicklung nicht als Richtschnur für eine auf lange Dauer zugeschnittene Agrarpolitik dienen dürfe. Die augenblickliche Wirtschaftslage ist zu einem sehr großen Teil die Auswirkung des kurzfristigen Konjunkturkreislaufes und muß sich schon in wenigen Jahren völlig ändern. Im Gegensatz zu der heutigen Arbeitslosigkeit von Millionen kommt Jasný zu dem Ergebnis, daß sich der verlangsamte Bevölkerungszuwachs in nicht allzuferner Zeit in einer Verknappung der Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften bemerkbar machen werde. Durch den Bevölkerungstillstand und den dadurch bedingten Arbeitermangel werde in erster Linie der Großbetrieb betroffen werden. Der Zug zur Aufteilung von Großbetrieben wird immer stärker werden; andererseits wird bei den Kleinbetrieben ein immer kräftigeres Bestreben zur Vergrößerung zum Ausdruck kommen, da die Lebenshaltung der Besitzer steigt. In den Überseeeländern, aber auch in England und Frankreich, tritt der Zug zur Vergrößerung der kleinsten Betriebe bereits stark hervor.

Besonders bemerkenswert sind die Schlüsse, die Jasný aus seinen Untersuchungen für die Siedlungspolitik zieht. Mit steigenden Ansprüchen der Siedler an die Lebenshaltung werde die untere Grenze der zur Siedlung geeigneten Betriebsgröße

steigen. Man dürfe daher keine schlechten Böden besiedeln und müsse bei der Errichtung neuer Wohn- und Wirtschaftsgebäude vorichtig sein, um bei späterer Zusammenlegung Verluste zu vermeiden. Die Größe einer Siedlung solle sich nicht unbedingt auf die Leistungsfähigkeit eines Gemarktes beschränken, da in Zukunft die Arbeitspijken durch Heranziehung von genossenschaftlich bewirtschafteten Traktoren überwunden werden könnten. Die Ansiedleriedlung müsse in erster Linie gefördert werden.

Bevölkerungsrückgang und Arbeitermangel bedingen erhöhte Löhne für die Landarbeiter und verstärkte Rationalisierung der Betriebe. Am schwersten werde der Ackerbau betroffen werden (Rückgang des Bedarfs an Roggen, Hafer und Kartoffeln), während bei der Tierhaltung durch eine gewisse Verbrauchssteigerung tierischer Erzeugnisse die Produktion ausgedehnt werden könne. Bodenpreise und Pachtwerte werden zurückgehen.

Der Verfasser ist sich selbst bewußt, daß seine Schlussfolgerungen gegenwärtig wenig aktuell sind. Die deutsche Wirtschaft ringt z. Zt. um ihren Bestand. Ihre Sorgen gelten dem Heute und Morgen. Diese Sorgen sind so riesenhaft groß, daß sie den Ausblick in fernere Zukunft zu verbauen drohen. Gerade deshalb ist es dankenswert, daß der Verfasser den Versuch unternommen hat, unbeirrt von den Krisenercheinungen der Gegenwart eine wirtschaftliche Vorhergabe für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft zu stellen. Freilich wird erst die Zukunft lehren, ob er richtig vorausgesagt hat. Fuchs.

„Auswirkungen der Siedlung“. Bausteine zum Siedlungsproblem. Teil I: Ländliche Siedlung und Bevölkerung. Von Privatdozent Dr. agr. Dr. rer. pol. Hellmut Kollenweber. Herausgegeben im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in: Berichte über Landwirtschaft, 44. Sonderheft, Neue Folge, Berlin 1931, Verlag Paul Parey. RM 9.—.

Die Kenntnis von dem wirtschaftlichen Vorgang „Siedlung“ in seiner Gesamtheit und in all seinen Auswirkungen ist noch verhältnismäßig gering, wurde doch erst 1929 die Reichsiedlungsstatistik dahin ergänzt, daß auch die weiteren Auswirkungen der Siedlung in den Tragentreibern einbezogen wurden. Da ein Ergebnis dieser Statistik erst nach Ablauf einiger Jahre zu erwarten ist, ist es besonders zu begrüßen, daß in der vorliegenden Schrift die Auswirkung der „Ereignung“ Siedlung, wie der Verfasser den Vorgang der Besiedlung in seiner Gesamtheit benennt, für einen bestimmten Zeitraum auf einem umgrenzten Gebiet erfaßt und festgestellt ist. Die Frage „Ländliche Siedlung und Bevölkerung“ wurde als erste Untersuchung aus dem großangelegten Werk „Auswirkungen der Siedlung“ ausgewählt, weil die Bevölkerungsentwicklung in den Siedlungsgebieten am deutlichsten die Einwirkung der Besiedlung zu zeigen vermag. Die vorliegende Untersuchung mußte sich, da Gesamtmaterial noch nicht vorliegt, auf ein Gebiet beschränken, in dem

Erhebungen statistischer Art bereits in früherer Zeit vorgenommen worden sind und in dem eine verhältnismäßig starke Siedlung erfolgt ist. Diese Forderungen treffen für die Pommern zu, für die in den Jahren 1906/7 und 1912 Erhebungen dieser Art durch das Landesstatistikamt durchgeführt worden sind, die in neuerer Zeit durch eine Erhebung ergänzt wurden, die der Verfasser mit Hilfe amtlicher Stellen im Jahre 1928 für den Siedlungsbezirk Pommern und die beiden Mecklenburg unternahm. Auf diese drei Erhebungen stützt sich die vorliegende Arbeit, in der etwa 6000 bis 7000 Siedlerstellen berücksichtigt worden sind. Es ist klar, daß einer Untersuchung dieser Art große Schwierigkeiten entgegenstehen, zumal da die Grundlagen der drei Erhebungen nicht in allen Punkten übereinstimmen. Dadurch aber, daß die Erhebung 1928 sich in der Merkmalsauswahl und der Merkmalsskombination möglichst eng an die früheren Erhebungen anschließt, ist bis zu einem gewissen Grade die Gewähr gegeben, daß vergleichbares Material der Untersuchung zugrunde liegt.

Die Untersuchung der Frage, ob und inwieweit eine Siedlungstätigkeit einen Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung des betreffenden Gebietes ausgeübt hat, muß von einer Betrachtung der Tendenz in der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung des ganzen Gebietes ausgehen. Dabei zeigt sich, daß für das Untersuchungsgebiet im ganzen der Tatbestand der „Landflucht“ zwar auch jetzt noch gegeben ist, sich aber Ausgangspunkt und Ziel der Bevölkerungsbewegung verschoben haben. Während zu Beginn des Jahrhunderts das Streben vom flachen Lande in einzelne Großzentren ging, hat heute die Bewegung alle Gemeindegrößenklassen bis zu 2000 Einwohnern erfaßt, mit Ausnahme der Gutsbezirke, mit den Mittelstädten als Ziel.

Die Untersuchung unterscheidet einmal die Bevölkerungsentwicklung im Siedlungsgebiet der Vorkriegszeit und im Siedlungsgebiet der Nachkriegszeit. Aus dem Material der beiden Erhebungen vor dem Kriege ergibt sich übereinstimmend, daß durch die Besiedlung eine Bevölkerungsvermehrung um etwa 54 v. H. eingetreten ist. Je nach der Größe der ausgelegten Stellen ergaben sich Spannweiten in der Zunahme, die zwischen 14,7 und 123,4 v. H. liegen mit der Maßgabe, daß innerhalb eines Beobachtungsgebietes die Zunahme der Bevölkerung mit zunehmender Größenklasse der ausgelegten Stellen abnimmt. Bei einer Gegenüberstellung derselben Siedlungssubjekte nach der Erhebung von 1912 und 1928 ergibt sich, daß 1928 ein Bevölkerungsrückgang von etwa 5 v. H. im Durchschnitt gegenüber 1912 eingetreten ist. Dieser Bevölkerungsrückgang ist je nach dem Alter der Siedlungen verschieden, und zwar ist er bei älteren Siedlungen größer als bei jüngeren. Es läßt sich also der Satz aufstellen, daß die Bevölkerungsdichtezunahme, die nach der Besiedlung die Tendenz hat, sich unter Umständen

recht weit über den Satz einer Steigerung von 50 v. H. (im Durchschnitt 54 v. H.) zu bewegen, nach einem Zeitraum von etwa 12 bis 15 Jahren nachläßt, nimmt die einmal erreichte Bevölkerungsdichte etwa um 5 v. H. ab. Eine annähernd doch noch 50%ige Steigerung gegenüber dem Zeitpunkt vor der Besiedlung in der Bevölkerungsdichte bleibt erhalten. Nach Abschluß der Besiedlung zeigen die Siedlungskolonien eine den Landgemeinden parallele Entwicklung in Bezug auf die Bevölkerungsabnahme. Diese Feststellung verdient besondere Aufmerksamkeit, da sie zeigt, daß das durch die Siedlung erzielte bevölkerungspolitische Ergebnis nicht in seiner vollen Höhe erhalten bleibt, sondern daß die Erscheinung der Landflucht auch die Siedlerkolonien erfaßt. Immerhin ist die Bevölkerungsdichte im Siedlungsgebiet von 27 Einwohnern pro Quadratkilometer vor der Besiedlung auf 39 pro Quadratkilometer nach der Besiedlung gestiegen.

Das Ergebnis der Untersuchung über die Bevölkerungsentwicklung im Siedlungsgebiet der Nachkriegszeit ist dahin zusammenzufassen, daß der durchschnittliche Steigerungssatz der durch die Siedlung erzielbaren Bevölkerungsverdichtung sich gegenüber der Besiedlung in der Vorkriegszeit erhöht hat. Für Pommern ist im Siedlungsgebiet der Nachkriegszeit eine Steigerung der Bevölkerungsdichte um 93,4% festzustellen. Die Zahl der Einwohner erhöhte sich im Beobachtungsgebiet von 17,3 vor der Aufteilung auf 33,5 pro Quadratkilometer nach der Aufteilung. Es ergibt sich also für das gesamte Untersuchungsgebiet in Pommern im gewogenen Mittel eine Steigerung von 74,9 v. H. der Bevölkerungsdichte im Vergleich zu der Zeit vor der Besiedlung. Dieser höhere Prozentsatz der Steigerung erklärt sich daraus, daß nach dem Kriege verhältnismäßig dünner bewohnte Gegenden zur Aufteilung gelangten als in der Vorkriegszeit. Außerdem dürften aber auch andere Faktoren, wie Änderung in der Handhabung des Siedlungsverfahrens, geänderter Arbeitsmarkt usw., mitprechen.

Diese Arbeit zeigt zum ersten Mal in einwandfreier Weise, soweit sich überhaupt eine derartige Untersuchung bei der schwierigen Materialbeschaffung einwandfrei gestalten läßt, welche Auswirkung die Siedlungstätigkeit in bevölkerungspolitischer Hinsicht bisher gehabt hat. Die Zahl der beobachteten Stellen ist groß genug, um das Gesetz der großen Zahl anzuwenden und den sich ergebenden Merkmalen eine gewisse Allgemeingültigkeit zuschreiben zu können, zumal das Ergebnis durch gutachtliche Äußerungen für andere Siedlungsgebiete bestätigt wird.

Das Buch ist demnach ein beachtlicher „Baustein zum Siedlungsproblem“ weil es den Nachweis für den bevölkerungspolitischen Nutzen der Siedlung erbringt.

Dr. Gr.

„Das Bausparen“. Ein Handbuch für Bausparer und Bausparfassen. Von Dr. phil. Harald v. Waldheim, Dipl. Versicherungsgeschäftswissenschaftler (Schriften des Deutschen Vereins für Wohnungsreform e. V., Heft 9). Verlag Carl Heymann, Berlin 1931, RM 7.—.

Das Buch bringt eine wissenschaftliche und brauchbare Erläuterung der gesetzlichen Vorschriften über das Bausparwesen und einen Überblick über das Recht des Bausparvertrages. Der besondere Wert der Schrift gegenüber anderen Neuerscheinungen über das Bausparwesen liegt in den betriebswirtschaftlichen Ausführungen über die Organisation des Bausparens. An.

„Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Bausparfassen“, im Zusammenhange dargestellt und für die Praxis erläutert von Oberregierungsrat Werner Meyer und Verwaltungsrechtstat Justus von Gruner. Verlag: Deutsche Bauzeitung G. m. b. H., Berlin 1931, Preis 3,35 RM broschürt, 4,20 RM gebunden.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse

Aus Raumangel ist es diesmal nicht möglich, die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen hier zum Abdruck zu bringen. Wir geben darum nur eine vollständige Zusammenstellung der für das Arbeitsgebiet der Zeitschrift in letzter Zeit ergangenen Verordnungen und Erlasse. Die Schriftleitung.

I. Wohnungswirtschaft.

1. RdErl. d. RM v. 16. 14. 1931, betr. Herabsetzung des Zinsfußes für Hauszinssteuerhypotheken — II 7102/8. 9. — (WMBI. Sp. 1057).

2. Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen zum Schutze des inneren Friedens. Vom 8. Dezember 1931 (RGBl. I 690).

Erster Teil: Preis- und Zinsentzug.

Kapitel III: Zinsentzug.

Kapitel IV: Aufhebung der Steuererzugszuschläge.

Zweiter Teil: Wohnungswirtschaft.

Kapitel I: Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken.

Kapitel II: Mietentzug.

Kapitel III: Außerordentliche Kündigung von Mietverträgen.

Kapitel IV: Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft.

Kapitel V: Beamtenheimstätten.

3. Erste Durchführungs- und Ergänzungsverordnung über Zinsentzug auf dem Kapitalmarkt. Vom 23. 12. 1931 (RGBl. I 793).

Die im Schrifttum zum Bausparwesen bekannten Verfasser geben hier eine sinnfällige Zusammenstellung der gesetzlichen Vorschriften über das Bausparen für den praktischen Handgebrauch mit kurzen, aber verständlichen und treffenden Erläuterungen. An.

„Bausparfasse und Lebensversicherung“ von Dr. jur. Arnold Steininger und Carl Bennenwig, Versicherungsmathematiker, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1931, RM 2,50.

Die Bausparlebensversicherung enthält zwei Merkmale einer finanziellen Sicherung. Einmal sollen durch die Lebensversicherung die Angehörigen des Versicherungsnehmers für den Fall geschützt werden, daß ihr Ernährer vorzeitig stirbt, ohne ausreichend für den Lebensunterhalt der Versicherten gesorgt zu haben. Beim Bausparvertrage will der Sparer für immer für seine Wohnung sorgen, regelmäßig auch für die Unterhalt seiner Familie. Die Verbindung der Lebensversicherung mit dem Bausparen ist daher ein bestechender Gedanke. Zu diesem Fragenzirkel geben die Verfasser einen interessanten Beitrag. An.

4. Preussische Verordnung über die Mietentzug. Vom 21. 12. 1931 (GS. Nr. 53) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. 1. 1932 (GS. Nr. 1). Verordnung über die außerordentliche Mietkündigung zum 5. Januar 1932. Vom 23. 12. 1931 (RGBl. 796).

II. Ländliche Siedlung.

1. RdErl. d. RM v. 20. 11. 1911 — VI 39 287. Über die Einrichtung der Kulturämter. (WMBI. S. 647).

2. Zweite Sparverordnung vom 23. 12. 1931 (GS. Nr. 54).

Erster Teil: Vereinfachung der Behördenorganisation. Landwirtschaftliche Verwaltung §§ 12 ff. Siedlungswesen §§ 26 ff.

Fünfter Teil: Steuern.

III. Vorstädtische Kleinsiedlung.

1. RdErl. d. RM v. 6. 12. 1931, betr. Vollzeilverordnung über die Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlerstellen — II 2100 d/26. 11. 2. Ang. — WMBI. Nr. 24 v. 15. 12. 31).

2. RdErl. d. RM v. 7. 12. 1931, betr. Berücksichtigung von ausgeschiedenen (erwerbslosen) Wehrmachtsangehörigen im Rahmen der vorstädtischen Kleinsiedlung — II 1003/1. 12. a WMBI. Sp. 23.

3. Verordnung zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose vom 23. 12. 1931 (RGBl. I 790).

- a) Arbeitsrecht und Sozialversicherung.
- b) Öffentliche Lasten.

IV. Heimstättenwesen.

RdErl. d. RM. v. S. 12. 1931, betr. Aus-
gebergesellschaft von Wirtschaftsheimstätten —
II 1001/29. 9. III 6 —.

Inhalt: Die preussischen Wohnungsfürorge-
gesellschaften werden als Ausgeber von Wirt-
schaftsheimstätten zugelassen.

(RMBl. 1932 Sp. 24.)

Nachrichten des Bau- und Siedlungsmarktes

Ländliche Kleiniedlung in Oberschlesien.

Im den letzten Tagen des Jahres 1931 ist die Bau- und Siedlungsgesellschaft Oberschlesien G.m.b.H., als Tochtergesellschaft der Wohnungsfürorgegesellschaft für Oberschlesien G.m.b.H. in Oppeln gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist die Beschaffung, die Ausschließung und Aufteilung geeigneten Bau- und Siedlungsgeländes und die Mitwirkung bei der ländlichen Siedlung einschließlich der Anliegeriedlung, vorzugsweise die Schaffung neuer ländlicher Kleinbetriebe. Die neue Gesellschaft wird die von der Wohnungsfürorgegesellschaft in jüngster Zeit erworbenen Güter Strebinow, Kreis Groß-Strehlitz, Kempczowitz, Kreis Beuthen O/S., und Sacharowitz, Kreis Tost-Gleiwitz, in einer Gesamtgröße von rund 6000 Morgen übernehmen, um sie im Laufe des Jahres 1932 in Kleiniedlerstellen aufzuteilen. Besonders bei Strebinow dürften die Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit der anzufangenden Siedler besonders günstig sein, weil in unmittelbarer Nähe neue Industrien im Entstehen sind, u. a. die Schufabrik Bata auf dem Gelände des früheren Rittergutes Otmuth. Auch auf dem Gebiete der Anliegeriedlung hofft die Gesellschaft eine umfangreiche Tätigkeit entfalten zu können, da gerade in Oberschlesien die Zahl der landwirtschaftlichen Zwergbetriebe besonders groß ist. Die Besitzer dieser kleinen ländlichen Stellen verdienen den hauptsächlichsten Lebensunterhalt bisher meistens durch Beschäftigung in der Kohlen- und Eisenindustrie. Da durch Betriebs Einschränkungen diese Verdienstmöglichkeit vielfach weggefallen ist, ist der Ausbau der vielen kleinen Betriebe zu selbständigen Ackerbauern das Gegebene. Die Gesellschaft glaubt durch ihre Tätigkeit zu einer in Oberschlesien in ausreichendem Maße noch nicht bestehenden gesunden Mischung ländlicher Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe beitragen zu können.

Baumwirtschaft.

Für die Provinzen Ostpreußen, Pommern und Grenzmark liegen jetzt Angaben vor, die die Lage auf den Baumstoffmärkten in den betreffenden Provinzen beleuchten und auch einen gewissen Vergleich der Provinzen untereinander zulassen, da die Preisangaben und die Berechnung der Indizes auf der gleichen Grundlage erfolgt sind. Die Indizes der drei Provinzen ergeben aber insofern kein vergleichbares Bild in Bezug auf die Baumstoffverwertung in den einzelnen Beobachtungsgebieten, als der Preisstand von 1913, auf dem die Indexberechnung

aufbaut, in den einzelnen Provinzen sehr verschieden war. Besonders macht sich dieser Unterschied bei Pommern geltend; hier wurden, um nur einzelne Preise herauszugreifen, für Dachpfannen 20.— RM pro 1000 Stück mehr gezahlt als in Ostpreußen und in der Grenzmark, für Balken und Bohlen je cbm 9.— RM mehr, für Kantholz 8.— RM mehr, für Stammware sogar 25.— RM mehr je cbm, während die Preise in der Grenzmark zum Teil niedriger lagen als in Ostpreußen. Ebenso waren die für Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter gezahlten Stundenlöhne in der Provinz Pommern 1913 höher als in den beiden anderen Provinzen. Daraus erklärt sich, daß der Baustoffindex für Pommern jetzt einen im Verhältnis niedrigeren Stand aufweist als der der beiden anderen Provinzen, obwohl die Baumstoffpreise in Pommern, was die Bauhölzer anbetrifft, zum Teil recht erheblich höher sind als in Ostpreußen und der Grenzmark. Aus der folgenden Kurve wie auch aus der Zahlenübersicht ist ersichtlich, daß im Juni in Ostpreußen bei fast allen Baumstoffen, in der Grenzmark bei den Baumstoffen mit Ausnahme der Hölzer, zum Teil recht ins Gewicht fallende Preisermäßigungen eingetreten sind, während der Preisstand in Pommern gegenüber Dezember 1931 der gleiche geblieben ist. Der Baumstoffindex für Ostpreußen erhöht durch diese Preisentung eine Verringerung um 6,6 v. H. der für die Grenzmark um rund 7 v. H. Da es sich bei diesen Preisentungen wohl in der Hauptsache um Ermäßigungen infolge des außerordentlich geringen Umfanges während der Winterruhe handelt, ist anzunehmen — besonders bei den Holzpreisen — daß sich mit Beginn der neuen Bauzeit ein Anziehen der Preise bemerkbar machen wird.

Die Ausdichten für das neue Baujahr werden auf dem Baumstoffmarkt allgemein als sehr trübe bezeichnet. Man erwartet von den geplanten Stadtlandsiedlungen keine wesentliche Belebung des Baumstoffgeschäftes; in welchem Umfang es möglich sein wird, andere Bauvorhaben auszuführen, läßt sich bislang noch garnicht übersehen. Von der Sägewerksindustrie wird gemeldet, daß die Betriebe zum Teil stillgelegt sind. Obwohl die Preise für Bauhölzer in allen Provinzen Ostdeutschlands bei den jetzigen Verkaufsterminen weit niedriger ausgefallen sind als bei den vorjährigen, kann mit einem Nutzen hieraus für die Betriebe kaum gerechnet werden, da die Preise für Schnitthölzer unter dem Einfluß der Verkaufspreise aus Infolenzen außerordentlich niedrig sind.

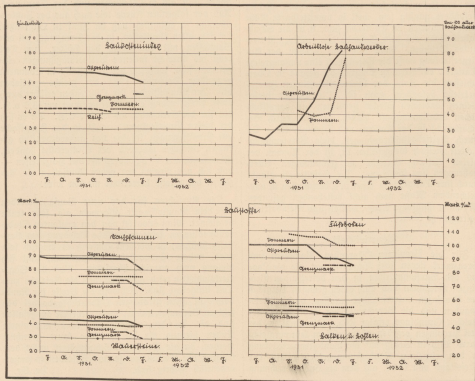
Dr. Gr.

Zahlen zur Bauwirtschaft

Gegenstand	Monat 1931/1932	Ostpreußen	Pommern	Grenzmark	Ober- schlesien ^{*)}
Lebenshaltungsindex	Dezember	130,4 (Bormonat 131,9)			
Großhandelsindex	Dezember	100,7 (Bormonat 100,6)			
Baufostenindex	Dezember	140,5 (Bormonat 142,6)			
Baufostenindex	Dezember	165,6	142,6	158,7	171,9
Baufostenindex	Januar	140,4	142,6	153,2	163,8
Baufostenindex	Dezember	142,8	126,9	147,1	128,2
Baufostenindex	Januar	133,4	126,9	136,9	127,2
Baufostenindex	Dezember	103,4	101,7	173,0	186,9
Baufostenindex	Januar	130,4	101,7	173,0	161,9
Baufostenindex	Dezember	43,- RM	30,- RM	35,- RM	11,20 RM
Baufostenindex	Januar	30,- "	29,- "	30,- "	32,- "
Baufostenindex	Dezember	88,- "	75,- "	72,- "	69,- "
Baufostenindex	Januar	80,- "	70,- "	63,- "	64,- "
Baufostenindex	Dezember	30,25 "	21,50 "	25,- "	21,00 "
Baufostenindex	Januar	18,25 "	21,50 "	21,- "	17,50 "
Baufostenindex	Dezember	10,- "	15,- "	10,- "	8,50 "
Baufostenindex	Januar	85,- "	105,- "	90,- "	84,15 "
Baufostenindex	Dezember	45,- "	45,- "	38,- "	40,33 "
Baufostenindex	Januar	45,- "	45,- "	38,- "	41,50 "
Baufostenindex	Dezember	10,- "	100,- "	85,- "	75,- "
Baufostenindex	Januar	85,- "	100,- "	85,- "	70,75 "
Baufostenindex	Dezember	50,- "	55,- "	48,- "	45,10 "
Baufostenindex	Januar	49,- "	55,- "	48,- "	47,25 "
Baufostenindex	Januar	1,- "	1,- "	0,66 "	0,76 "
Baufostenindex	Januar	0,82 "	0,83 "	0,81 "	0,63 "
Baufostenindex	Ende Novemb.	14 124	8 028	.	.
Baufostenindex	Ende Dezemb.	16 778	15 460	.	17 048

*) Anm. Da die Angaben für Oberschlesien erst nach Reaktionschluss eingingen, konnten sie im Text nicht berücksichtigt werden.

Bauwirtschaftliche Kurven



Verantwortliche Schriftleiter: Wilhelm Schlemm und Dr. Ferdinand Neumann in Königsberg Pr. Verlag: Ostpreussische Heimstätte G.m.b.H. in Königsberg Pr., Bernauerstraße 9, Postfachamt Königsberg Pr. 10131. — Bezugsbedingungen: Einzelnummer 1,50, im Jahresbezug 12,—, im Probezeiteljahr 3,— RM. — Erfüllungsort: Königsberg Pr. Die Zeitschrift erscheint am 15. eines jeden Monats. Reaktionschluss für Aufsätze am 5. eines jeden Monats. Nachdruck von Aufsätzen, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Schriftleitung. Druck: Julius Wagnild, Königsberg Pr., Tamnauerstraße 45